



Landtag von Baden-Württemberg

59. Sitzung

16. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 11. April 2018 • Haus des Landtags

Beginn: 10:03 Uhr

Mittagspause: 13:14 bis 14:30 Uhr

Schluss: 17:52 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen der Präsidentin	3463	Abg. Alexander Maier GRÜNE	3490, 3496
Umbesetzungen im Ausschuss für Wissenschaft, For- schung und Kunst	3463	Abg. Raimund Haser CDU	3491
1. Aktuelle Debatte – Die Rolle von Kunst und Kul- tur für den gesellschaftlichen Zusammenhalt – beantragt von der Fraktion GRÜNE	3463	Abg. Dr. Heiner Merz AfD	3492
Abg. Manfred Kern GRÜNE	3463	Abg. Sascha Binder SPD	3493
Abg. Marion Gentges CDU	3465	Abg. Nico Weinmann FDP/DVP	3494
Abg. Dr. Rainer Balzer AfD	3466	Minister Klaus-Peter Murawski	3495
Abg. Martin Rivoir SPD	3468	Beschluss	3496
Abg. Nico Weinmann FDP/DVP	3470	4. Regierungsbefragung	
Staatssekretärin Petra Olschowski	3471	4.1 Durchführung der Militär- und Waffentech- nikmesse ITEC in Stuttgart	3498
Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos)	3474	Abg. Rainer Hinderer SPD	3498, 3499, 3500
Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos)	3475	Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut	3498, 3499, 3500, 3501
2. Aktuelle Debatte – Gemeinsam den demografi- schen Wandel gestalten – Für eine generatio- nengerechte Zukunft Baden-Württembergs – beantragt von der Fraktion der CDU	3475	Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE	3498, 3499, 3501
Abg. Stefan Teufel CDU	3476	Abg. Gabi Rolland SPD	3499
Abg. Stefanie Seemann GRÜNE	3477	Abg. Lars Patrick Berg AfD	3500
Abg. Dr. Christina Baum AfD	3479	Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP	3500
Abg. Andreas Kenner SPD	3481	Abg. Sascha Binder SPD	3500
Abg. Jürgen Keck FDP/DVP	3483	4.2 Kleinkriminalitätserlass – Aufhebung der Ba- gatellgrenze	3501
Minister Manfred Lucha	3485	Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU	3501
Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos)	3489	Minister Guido Wolf	3501, 3502
3. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesre- gierung – Gesetz zum Einundzwanzigsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag und zur An- passung des Medien-Datenschutzrechts an die Verordnung (EU) 2016/679 – Drucksache 16/3555		Abg. Jürgen Filius GRÜNE	3501
Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 16/3750	3490	Abg. Sascha Binder SPD	3502
		Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU	3502
		4.3 Umsetzung der Änderung des Landesbesol- dungsgesetzes vom Juli 2017	3503
		Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP	3503
		Staatssekretärin Dr. Gisela Splett	3503, 3504
		Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE	3504

4.4 Konzept der Landesregierung für die freiwillige Polizei	3504	Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD	3512
Abg. Lars Patrick Berg AfD	3504, 3505	Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP	3513
Minister Thomas Strobl	3504, 3505, 3506	Staatssekretärin Dr. Gisela Splett	3514
Abg. Thomas Blenke CDU	3505	Beschluss	3515
Abg. Daniel Rottmann AfD	3506		
Abg. Klaus Dürr AfD	3506		
4.5 Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie Baden-Württemberg	3506	7. Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft – Weiterentwicklung der Abfall- und Kreislaufwirtschaft in Baden-Württemberg – Drucksache 16/952	3515
Abg. Bettina Lisbach GRÜNE	3506	Abg. Bettina Lisbach GRÜNE	3515, 3524
Minister Franz Untersteller	3506	Abg. Karl Rombach CDU	3517
5. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Rechtsanwaltsversorgungsgesetzes – Drucksache 16/3620		Abg. Dr. Bernd Grimmer AfD	3518
Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 16/3751	3507	Abg. Daniel Born SPD	3519
Beschluss	3507	Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP	3520
		Staatssekretär Dr. Andre Baumann	3521
		Beschluss	3524
6. a) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Finanzen – Wie sich die Landesregierung mit kreativer Buchführung von der Schuldenbremse der Landeshaushaltsordnung und der Schuldenbremse des deutschen Grundgesetzes verabschiedet – Drucksache 16/935		8. Antrag der Fraktion der AfD und Stellungnahme des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst – „Genderforschung“ an baden-württembergischen Hochschulen offenlegen – Drucksache 16/1218	3524
		Abg. Dr. Heiner Merz AfD	3524
b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Finanzen – Investitionen in die Infrastruktur des Landes zwischen Anspruch und Wirklichkeit: Mit einem Investitionsprogramm den hohen Ansprüchen auch Taten folgen lassen! – Drucksache 16/3432	3508	Abg. Brigitte Lösch GRÜNE	3525
Abg. Peter Hofelich SPD	3508, 3515	Abg. Christine Neumann-Martin CDU	3527
Abg. Thekla Walker GRÜNE	3510	Abg. Gabi Rolland SPD	3528
Abg. Winfried Mack CDU	3511	Abg. Nico Weinmann FDP/DVP	3528
		Ministerin Theresia Bauer	3529
		Abg. Stefan Räßle AfD	3533
		Beschluss	3534
		Nächste Sitzung	3534
		Anlage	
		Vorschlag der Fraktion der AfD – Umbesetzungen im Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst . . .	3535

Protokoll

über die 59. Sitzung vom 11. April 2018

Beginn: 10:03 Uhr

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, Ihre Plätze einzunehmen und die Gespräche einzustellen. – Vielen Dank.

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 59. Sitzung des 16. Landtags von Baden-Württemberg.

Von der Teilnahmepflicht befreit sind Frau Abg. Boser, Herr Abg. Deuschle, Frau Abg. Erikli, Herr Abg. Dr. Rösler und Herr Abg. Walter.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt haben sich ab 11:30 Uhr Frau Ministerin Sitzmann, ab 14:45 Uhr Herr Ministerpräsident Kretschmann, ab ca. 15 Uhr Frau Ministerin Dr. Hoffmeister-Kraut, bis 11:15 Uhr Herr Staatssekretär Dr. Baumann und bis ca. 12:30 bzw. 13 Uhr Frau Staatssekretärin Mielich.

Auf Ihren Tischen finden Sie einen Vorschlag der Fraktion der AfD – –

(Unruhe)

– Ich bitte um etwas Ruhe. Wir sind mitten in der Sitzung. Die Begrüßungszeremonien können gern später stattfinden. – Vielen Dank.

Auf Ihren Tischen finden Sie einen Vorschlag der Fraktion der AfD für Umbesetzungen im Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst (*Anlage*). – Ich stelle fest, dass Sie den vorgeschlagenen Umbesetzungen zustimmen. Vielen Dank.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, muss ich zu meinem Kollegen, Herrn Klenk, doch einen Satz sagen.

(Zuruf: Nur einen?)

– Nur einen Halbsatz. Das ist jetzt keine Würdigung. Die richtige Würdigung kommt noch.

Herr Klenk, Sie haben uns gestern ganz schön überrascht, als Sie angekündigt haben, dass Sie uns in Richtung Innenministerium verlassen werden. Aber ich darf Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, beruhigen: Die Sitzungsleitung der nächsten Plenartage ist natürlich gesichert. Herr Klenk bleibt auf jeden Fall so lange Vizepräsident, bis wir einen Nachfolger oder eine Nachfolgerin haben.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Wir treten nun in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Die Rolle von Kunst und Kultur für den gesellschaftlichen Zusammenhalt – beantragt von der Fraktion GRÜNE

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtredezeit von 50 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die Aussprache steht eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion zur Verfügung. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Schließlich darf ich wie immer an dieser Stelle auf § 60 Absatz 4 der Geschäftsordnung verweisen, wonach im Rahmen der Aktuellen Debatte die Aussprache in freier Rede zu führen ist.

Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Abg. Kern.

Abg. Manfred Kern GRÜNE: Frau Präsidentin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Am 11. April 1968 fielen drei Schüsse auf den linken Studentensprecher Rudi Dutschke. Daraufhin gab es Anschuldigungen gegen den Springer-Verlag, der damals von „der Polizei die Drecksarbeit abnehmen“ gesprochen hatte, und es gab eine riesige Protestwelle im Anschluss.

1968 war ich gerade einmal zehn Jahre alt. Meine Mutter hörte die Beatles im Radio, die deutschsprachige Version von „She loves you“. Was drum herum los war, bekam ich damals nicht wirklich mit.

In diesem Jahr werden die 1968 Geborenen 50 Jahre alt. Die damalige Zeit war geprägt von einem kulturellen Aufbegehren. Das wird gerade in der Sonderausstellung über die Sechzigerjahre im Haus der Geschichte gut sichtbar. Nicht nur in Paris, Amsterdam und London, sondern auch in Tübingen und in Heidelberg, in Schwäbisch Hall und in Schorndorf wurde neu verhandelt, was eigentlich Kultur ist und was Kultur will. Der Blues schwappte aus den Vereinigten Staaten über den Großen Teich zu uns ins Ländle. Ohne Eintritt und unter freiem Himmel wurden allerorten Festivals im Stile des Woodstock-Festivals veranstaltet. Eine neue Folk-Musik entwickelte sich.

Die Jahre danach waren bestimmt von Demonstrationen gegen Aufrüstung, gegen Fahrpreiserhöhungen, gegen Atomkraft. Auf der Straße wurden aber nicht nur Parolen gerufen.

(Manfred Kern)

Es wurde auch gesungen: „Haltet fest zusammen.“ Musik verbindet.

Einen Bruch gab es mit den althergebrachten kulturellen Formaten. Es entstand auch dort, im Kulturbereich, eine Protestbewegung. Diese mündete nicht nur in die kreative Erfindung neuer Formate, sondern vor allem auch in die Schaffung neuer kultureller Orte in alten Räumen. In den Achtzigerjahren entstanden Kulturinitiativen, kommunale Kinos und soziokulturelle Zentren. Gerade in der Provinz waren und sind heute noch diese Orte oft beides: Ort der kulturellen Teilhabe und Ort der politischen Diskussion. Kunst wurde damit sozial und politisch. Vielleicht ließe sich auch sagen: Die integrative, den Zusammenhalt fördernde Funktion von Kunst und Kultur fand und findet sich in den soziokulturellen Initiativen wieder.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt durch Kultur: Das gab es auch vorher schon, vielleicht nicht gerade in den strikt nach Ständen getrennten Rängen des Königlich Württembergischen Hof-Theaters, aber doch in Musik- und Gesangsvereinen, auf dem Tanzboden im Wirtshaus oder bei dem mit Blasmusik umrahmten Volksfest. – „Wo man singt, da lass dich ruhig nieder.“

Und heute? Alles gut? Grau gewordene Achtundsechziger und modisch gekleidete junge Hipster treffen da und dort aufeinander. Das bildungsbürgerliche Publikum ist offen für Kleinkunst und Kabarett im soziokulturellen Zentrum, es liest begeistert Literatur, lässt sich durch Inszenierungen auf den Theater- und Opernbühnen des Landes je nach Gusto provozieren oder amüsieren und weiß sich im Museum selbstverständlich „kunstgerecht“ zu benehmen. Aber machen wir uns nichts vor: Wenn das alles wäre, was Kunst und Kultur zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beizutragen haben, dann wären wir in Baden-Württemberg arm dran.

Stärker noch als vor einigen Jahren merken wir, vor welchen großen Herausforderungen wir, die Gesellschaft, stehen. Das fängt bei der ökologischen Krise in einer globalisierten Welt an; Umweltschutz und Nachhaltigkeit sind hier die Antworten. Aber es gibt heute eben auch eine Krise des Sozialen. Die Fliehkräfte sind stärker geworden. Die Lebenswirklichkeiten der Menschen entwickeln sich auseinander. Herkunft spielt wieder eine größere Rolle, etwa wenn es um den Bildungsaufstieg geht. Die Bewohnerinnen und Bewohner der solcherart individualisierten Lebenswelten schotten sich zunehmend voneinander ab. Manchmal habe ich das Gefühl, dass wir uns mit wachsender Geschwindigkeit wieder der Ständegesellschaft des 18. Jahrhunderts nähern.

Zunehmend beobachte ich auch so etwas wie eine digitale Verschmutzung unserer sozialen Umwelt. Das mag die eine, das mag der andere nicht gern hören. Aber es ist doch so: Digitale Medien tragen eher dazu bei, die Gesellschaft auseinanderzutreiben, als sie zusammenzuhalten. Damit müssen wir umzugehen lernen.

Auch das möchte ich sagen: Das World Wide Web wirkt als Verstärker für Verschwörer und rechte Populisten. Damit ist unsere Welt lauter und rauer geworden, was ich sehr bedaure.

(Abg. Anton Baron AfD: Diese Linkspopulisten überall!)

Welche Antworten aber haben wir auf die soziale Krise und auf die zunehmende Entfremdung der Menschen? Eine wichtige Antwort liegt für mich in der Rolle, die Kunst und Kultur für den gesellschaftlichen Zusammenhalt spielen. Es geht mir nicht darum, Kunst und Kultur eine bestimmte Form, eine bestimmte Funktion aufzudrücken. Die Kunst ist und bleibt frei. Es geht darum, Türen zu öffnen, Brücken zu bauen.

Lassen Sie mich drei solcher Brücken nennen. Zuerst kommt für mich die kulturelle Bildung. Welchen anderen Ort als die Schule haben wir, um jedes Kind erreichen zu können? Kulturelle und ästhetische Bildung kommen nicht von allein. Musik wird anders wahrgenommen, wenn man selbst ein Instrument spielt. Bilder und Bücher öffnen sich, wenn Anspielungen verstanden und Formen gedeutet werden können. In schulischen Theaterprojekten wird der Rollenwechsel eingeübt: den anderen verstehen und nachfühlen, Empathie lernen.

Seit 2011 setze ich mich dafür ein, kulturelle Bildung stärker zu machen, und ich werde das auch weiterhin tun. Die Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung, der Landesverband Theater in Schulen, die Musikschulen, die Jugendkunstschulen, die Kinder- und Jugendtheater, die Tanzszene und alle anderen, die sich für kulturelle Bildung starkmachen, haben unsere Unterstützung verdient.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Zuruf von den Grünen: Bravo!)

Ich denke zweitens an kulturelle Teilhabe, an eine Öffnung der Kulturinstitutionen für alle. Dazu kann, wie es beim Württembergischen Landesmuseum mithilfe privater Förderer gerade erprobt wird, der Verzicht auf Eintrittsgelder gehören. Noch läuft dieser Versuch. Die ersten Zahlen sind sehr positiv. Ich zitiere dazu aus den „Stuttgarter Nachrichten“ vom 4. April:

Wenn die Besucher mit dicken Jacken und Rucksäcken in die Ausstellung stürmen, dann ist das für Cornelia Ewigleben ein sehr gutes Zeichen. Selbst wenn jemand eine Skulptur anfassen will, ist das Aufsichtspersonal zwar gefordert, aber an sich erfreut die Direktorin des Landesmuseums Württemberg diese Neugier. ... Und offensichtlich hat das ... Besucher angelockt, die vorher noch nie in einem Museum waren.

Hier zeigt sich, dass der Verzicht auf Eintritt nur einen von mehreren Bausteinen darstellt. Der Geldbeutel ist sicherlich eine große Hürde, wenn es darum geht, Kultureinrichtungen für alle Menschen zu öffnen. Gleichzeitig stellt sich jedoch die Frage, wer überhaupt auf die Idee kommt, ins Museum zu gehen, sich eine Oper oder Ballettaufführung anzusehen oder gar selbst künstlerisch aktiv zu werden. Was muss sich beispielsweise an Ausstellungskonzepten ändern, damit ein Museum für neue Besucherschichten attraktiv wird? Das sind große Fragen.

Damit ist die dritte Brücke angesprochen: die Maßnahmen der Kulturvermittlung, die über die klassische Förderung der Kulturinstitutionen hinausgehen. Ich denke hier beispielsweise auch an ein Theater, das seine traditionelle Spielstätte verlässt und in einem Brennpunktstadteil einen Container aufstellt, um in diesem Stadtteil zu spielen.

(Manfred Kern)

Ich freue mich, dass das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst sich aktiv der Kulturvermittlung in die Gesellschaft hinein widmet, denn dabei geht es genau um diese Fragen.

Mit Übernahme der Regierungsverantwortung haben wir den Innovationsfonds Kunst eingeführt. Für die Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts durch Kunst und Kultur ist er eine wunderbare Sache. Wenn ich die Projektlisten durchblättere, bin ich immer wieder berührt davon, wie kreativ und ideenreich die erfolgreichen Anträge badischer und württembergischer Kultureinrichtungen gerade in den Förderlinien „Kulturelle Bildung“ und „Interkultur“ sind. Hier wird das große Potenzial sichtbar, das in Theatern, Museen, Kulturvereinen und vielen Einrichtungen steckt. Dieses Potenzial gilt es für die Gesellschaft nutzbar zu machen.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Die Förderung aus dem Innovationsfonds bleibt jedoch auf Projekte beschränkt. Wenn Kunst und Kultur nachhaltig zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beitragen, wenn sie als Gegengift zu Hass und Gewalt wirken sollen, dann müssen wir dafür sorgen, dass die sie tragenden Einrichtungen ständigen Zugang zu dem Laboratorium haben, welches es braucht, um sich selbst neu zu erfinden.

Kulturelle Bildung von Anfang an, Kultureinrichtungen, die sich öffnen und sich neu erfinden, neue Wege der Kulturvermittlung, das sind die Antworten, die wir 50 Jahre nach den Schüssen auf Rudi Dutschke kunstpolitisch auf die heutige soziale Krise geben können. Lassen Sie uns gemeinsam die genannten Brücken beschreiten, um die Spaltung der Gesellschaft zu überwinden.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Frau Abg. Gentges.

Abg. Marion Gentges CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich gebe zu, mit dem Thema, das heute in der Aktuellen Debatte aufgerufen wird, habe ich nicht unbedingt gerechnet.

(Abg. Anton Baron AfD: Ich schon!)

Jetzt mag das daran liegen, dass Rudi Dutschke und die 68er-Bewegung mir etwas weniger nahe sind als dem Kollegen Kern.

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der AfD – Vereinzelt Beifall bei der CDU – Abg. Manfred Kern GRÜNE: Das ist eine Altersfrage! – Weitere Zurufe)

– Der Aspekt der späten Geburt. – Aber da sich die Gelegenheit gerade bietet, spreche ich natürlich gern über Kultur und Kunst und über die Bedeutung, die Kultur und Kunst in unserer Gesellschaft und für unsere Gesellschaft haben.

Kultur, liebe Kolleginnen und Kollegen, bezeichnet im weitesten Sinn all das, was der Mensch selbst gestaltend hervorbringt, im Unterschied zu der von ihm nicht geschaffenen und

veränderten Natur. Kulturleistungen sind alle Umgestaltungen eines gegebenen Materials, wie in der Technik oder in der bildenden Kunst, aber auch geistige Gebilde wie Musik, Sprache, Moral, Religion, Recht, Wirtschaft und Wissenschaft und auch die Politik.

Unsere Kultur prägt unsere Identität. Zusammen mit der uns geschenkten und uns umgebenden Natur macht sie das aus, was wir Heimat nennen. Sie ist die Basis für gesellschaftlichen Zusammenhalt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

In einer Zeit, in der der Begriff „Heimat“ geradezu eine Renaissance erlebt

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Und ein Ministerium kriegt!)

und viele Menschen wieder nach Identität, die verloren ging,

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE – Gegenruf des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

und nach Halt gebenden Werten suchen, ist die Bedeutung der Kultur für unsere Gesellschaft und ihren Zusammenhang immens.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das müssen Sie Herrn Seehofer mal erklären!)

– Ich glaube, er weiß es. Daher ja das explizit geschaffene Ministerium.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Wissen Sie im Übrigen, warum mir das so wichtig ist? Weil es uns allzu oft nur allzu selbstverständlich scheint und wir deshalb in unserem Einsatz für das, was uns zusammenhält, und für das, was uns ausmacht, nachlassen –

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der AfD)

mit möglicherweise fatalen Folgen; denken Sie an den schändlichen Missbrauch kultureller Leistungen zu Propagandazwecken.

Dagegen steht der Weckruf der Kunst, der intellektuelle, der geistige, der seelische Aufbruch. Kunst ist eine Art des Erkennens, der Äußerung, des Umgangs mit der Welt. Es zeichnet sie geradezu aus, Dinge infrage zu stellen, vor und über Grenzen hinaus zu denken. Kunst spiegelt die Gesellschaft und ihre Prozesse und kann sie kritisch beleuchten. In unserer pluralistischen Gesellschaft kann Kunst die Funktion übernehmen, gemeinsame Werte herauszustellen und den Zusammenhalt gesellschaftlicher Gruppen zu stärken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, für das, was wir Kulturpolitik nennen, leite ich – ich darf das für die CDU-Landtagsfraktion bekennen – drei Folgerungen ab. Ausgangspunkt unserer Kulturpolitik ist die verfassungsrechtlich garantierte Kunstfreiheit. Wir nehmen keinen Einfluss auf die Inhalte der Kunst und erteilen der Instrumentalisierung von Kunst und Kultur eine klare Absage.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen sowie des Abg. Daniel Rottmann AfD)

(Marion Gentges)

Kunst kann ihre Wirkung nur dann entfalten, wenn ihr keine politischen Zielvorstellungen aufgebürdet werden, da sie sonst ungewollt unter einem politischen Rechtfertigungsdruck stehen würde. Politische Zielvorgaben hätten zudem zur Folge, dass die etablierten und vielschichtigen Bewertungskriterien, die jeder Künstler und jeder Kunstinteressierte nach eigenem Ermessen frei definieren kann, durch die Frage nach dem Erfüllungsgrad der politischen Zielvorgabe ersetzt würden.

Kultur ist aber ein Wert an sich, und Kunst ist erst einmal sie selbst. Kunst, meine Damen und Herren, braucht Freiheit, Kunst ist Freiheit, und Freiheit braucht Kunst.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Dazu kommt, dass nachhaltige Kulturpolitik das Wechselspiel zwischen Breitenkultur und Spitzenförderung im Auge haben muss. Denn ohne Breite keine Spitze, und ohne Spitzenleistungen, die Anreize setzen, erreichen wir keine gute Breitenarbeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Es wird nicht ausreichen, einzelne Prestige- oder Leuchtturmprojekte zu fördern, sondern wir müssen gemeinsam dafür Sorge tragen, dass möglichst viele interessierte Menschen überall im Land die Möglichkeit haben, kulturelle Angebote wahrzunehmen.

Ein Drittes kommt hinzu: Kunst und Kultur haben auf dem Gebiet unseres Landes glücklicherweise schon immer in der gesamten Fläche stattgefunden: in städtischen Ballungszentren und in den ländlichen Räumen, im Staatstheater und auf der Freilichtbühne, im Linden-Museum und im Vogtsbauernhof, in soziokulturellen Zentren und in Musik-, Gesang- und Trachtenvereinen.

Dieses regionale Gleichgewicht unseres hochwertigen Kunst- und Kulturangebots gilt es auch in Zukunft zu bewahren und zu stärken.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich zusammenfassend zur Bedeutung, zur Rolle von Kunst und Kultur in Anlehnung an Lorient wie folgt schließen:

(Vereinzelt Heiterkeit)

Ein Leben ohne Kunst ist möglich, aber sinnlos.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD – Heiterkeit – Zuruf: Sehr gut!)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Balzer.

Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Kollegen Abgeordnete! „Die Rolle von Kunst und Kultur für den gesellschaftlichen Zusammenhalt“ – welch ein schöner Titel. Danke an Sie, die Grünen, dass Sie uns Gelegenheit geben, den Blick auf das zu lenken, was wichtig ist für den Menschen, auf das, was den Menschen überhaupt erst zum Menschen macht: die Kunst und die Kultur.

Ich muss Ihnen gestehen, ich liebe diese Themen der Grünen besonders.

(Heiterkeit bei der AfD – Lachen bei Abgeordneten der CDU)

Ob es wirklich das Thema für die Menschen im Ländle, das wichtige Thema ist, das sei dahingestellt.

(Beifall bei der AfD – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Dann können Sie sich ja wieder setzen!)

Kunst und Kultur dienen dem Zusammenhalt der Gesellschaft. Und wer spaltet die Gesellschaft? Richtig, die bösen Populisten. Und wer sind die bösen Populisten hier in diesem Parlament?

(Abg. Thomas Marwein GRÜNE: Die AfD! – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Sie reden also am liebsten wieder über sich selber!)

– Richtig, die böse AfD. Das ist also ein Thema, extra für uns entworfen.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD)

Im Folgenden will ich untersuchen, ob das nicht etwas zu viel der Ehre für uns, für diese junge Partei ist.

Gemeinsame Werte verbinden die Menschen und schaffen Gemeinschaft. Doch es sind nicht die Populisten, die diese Gesellschaft spalten, es sind die linken Ideologen – einer wurde ja vorhin zitiert –, die diejenigen ausgrenzen, die die gemeinsamen Werte weitertragen möchten, die traditionellen Werte, die vielleicht wieder neu begriffen werden müssen, neu auf unsere Zeit angepasst werden müssen, die aber weiterhin Gültigkeit besitzen.

(Beifall bei der AfD)

Üblicherweise kann man eine solche Rede mit einem wohlklingenden Zitat beginnen, um zu zeigen, für wie wichtig man Kunst und Kultur hält. Aber ich möchte heute anders anfangen: mit dem gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Wo spüren wir eigentlich gesellschaftlichen Zusammenhalt, wo merken wir, wenn er nicht mehr vorhanden ist? Ich denke hier an die öffentlichen Verkehrsmittel. Ich nutze diese häufig, und ich nehme an, dass auch viele von Ihnen das tun. Dort sehen wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt ganz konkret vor uns, je nach Tageszeit, je nach Ort und Gelegenheit. In den dunklen Unterführungen unterwegs, möchte ich wissen, ob der gesellschaftliche Zusammenhalt so stark ist, dass ich mich alleine sicher dort bewegen kann, oder ob mir ein Einzelfall entgegenkommt, der mir ans Leder oder an den Geldbeutel will.

Meine Damen und Herren, was ich dort sehe, bereitet mir durchaus Sorgen. Denn von einem gesellschaftlichen Zusammenhalt ist im öffentlichen Raum nicht mehr so furchtbar viel zu sehen.

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Graffiti! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Graffiti in den Unterführungen!)

(Dr. Rainer Balzer)

Einige Vorfälle in den vergangenen Monaten und Jahren haben deutlich gemacht, dass es mit diesem gesellschaftlichen Zusammenhalt nicht mehr allzu weit her ist. Frauen werden in Zügen, Bahnhöfen oder Unterführungen bedrängt, begrabscht oder sogar die Treppe hinuntergestoßen.

(Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Balzer, darf ich Sie zur Sache rufen?

Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Ja.

Präsidentin Muhterem Aras: Die Aktuelle Debatte lautet: „Die Rolle von Kunst und Kultur für den gesellschaftlichen Zusammenhalt“.

Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Beim Thema „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ bin ich auch.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: So ein Unsinn!)

Präsidentin Muhterem Aras: Aber zur Rolle von Kunst und Kultur, bitte.

(Unruhe)

Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Darf ich weitermachen? – Wunderbar.

(Unruhe)

Präsidentin Muhterem Aras: Ich bitte um Ruhe.

Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Im Nachbarland Belgien fordert eine Partei namens „Islam“ die Geschlechtertrennung im öffentlichen Nahverkehr. Gesellschaftlicher Zusammenhalt oder eher Parallelgesellschaft?

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Okay. Gut. – Machen Sie weiter.

Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Kunst und Kultur sind nicht geeignet, eine inhomogene Gesellschaft zusammenzuschweißen. Die Entwicklung ist andersherum: Eine Gesellschaft bildet zuerst einen gesellschaftlichen Zusammenhalt aus, der auf gemeinsamen Werten beruht, und dann eine gemeinsame Kultur.

(Beifall bei der AfD)

Wo eine falsche Einwanderungspolitik oder eine Sozialpolitik herrscht, die die Instinkte und den Egoismus nährt, statt Verantwortung und Gemeinsinn zu stärken, genau da wird die Kultur zerstört und damit auch der Zusammenhalt.

Im Moment wird dies häufig noch verleugnet, doch in nächster Zeit wird es immer offener werden: Gemeinsame Werte sind nur in weitgehend homogenen Gesellschaften möglich. Der Multikulturalismus hingegen zerstört den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

(Beifall bei der AfD)

Unsere deutsche Gesellschaft, unsere Kultur ist eine solche, in der die Kunst, die Musik und das Theater einen hohen Stellenwert haben – die Musik Johann Sebastian Bachs, das Theater bei Friedrich Schiller. Wenn Sie sich jetzt die Menschen anschauen, die in den vergangenen Jahren verstärkt in unser Land gekommen sind – legal oder illegal –, dann wissen Sie: Diese kommen oft aus Kulturen, in denen die Musik oder das Theater gar keinen Stellenwert haben

(Abg. Martina Braun GRÜNE: Quatsch!)

und die meisten anderen Künste auch eher nicht.

Das bezieht sich auch auf die gesellschaftliche Position der Künstler. Möchten Sie eventuell wissen, was arabische Migranten über deutsche Frauen denken, die orientalischen Bauchtanz machen?

Und was machen unsere Freunde von den Grünen, um die sogenannten Flüchtlinge zu integrieren? Sie geben Malkurse, Kunstkurse und andere Kurse – und wundern sich, wenn das nicht alles Anklang findet. In der „Stuttgarter Zeitung“ wurde vorgestern berichtet, zum gemeinsamen Singen des Internationalen Chores mit Flüchtlingen sei kein einziger Flüchtling in die Auferstehungskirche nach Stuttgart-Möhringen gekommen; die dortigen Anwohner sangen dafür mit diesem Internationalen Chor. Offensichtlich bestand aufseiten der Migranten kein Interesse am gemeinsamen Singen. Oder hat es vielleicht am Ort, an der Auferstehungskirche, gelegen? Was hatte man denn erwartet? Glauben Sie, dass diese jungen Männer zum Singen nach Deutschland gekommen sind

(Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD)

oder für die Kunst oder für die gemeinsamen Werte oder für ebendiesen Zusammenhalt der Gesellschaft? Nein, sie sind wegen des Geldes und für einen besseren Lebensstandard gekommen, und das mag im Einzelfall sogar durchaus verständlich sein. Es ist unser Problem, wenn wir das in dieser Form zulassen.

Und ja, natürlich gibt es noch Kunsttherapie für traumatisierte Flüchtlinge, ganz modern und sehr angesagt. Rein zufällig sind es alles Frauen, die das machen.

Das Interesse für die deutsche Kultur ist sehr unterschiedlich. Die Musikstudenten, die an der Stuttgarter Musikhochschule studieren, kommen genau deswegen in unser Land: wegen des reichen Erbes, wegen der Musik. Und was wird der AfD nachgesagt? Sie seien Rassisten, Populisten, Nationalisten. Aber gegen diese Musikstudenten haben wir uns noch nie gewendet. Sie sind es nicht, die den Zusammenhalt in der Gesellschaft bedrohen. Sie sind es nicht, die die Sicherheit auf öffentlichen Plätzen oder im Personennahverkehr bedrohen. Und sie sind es auch nicht, die die Solidargemeinschaft in unserem Sozialsystem belasten.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Meine Damen und Herren, die Beurteilung von Kunst hat etwas mit Geschmack zu tun. Immanuel Kant hat dies in seiner „Kritik der Urteilskraft“ herausgearbeitet. Interessanterweise fällt diese Kritik in die Zeit der Aufklärung, in die Zeit der Entwicklung des modernen Mitbestimmungswillens der bürgerlichen Schichten im Vorfeld der Französischen Revolution.

(Dr. Rainer Balzer)

Welche Wertschätzung haben wir dagegen heute für unsere eigene gewachsene Kultur? Während meiner Krimreise wurde ich von der dortigen Kultusministerin gefragt, wie es möglich ist, dass in Deutschland ein Film wie „Fack ju Göhte“ gedreht werden kann. Bei uns macht sich eine Partei des Kulturrassismus verdächtig, wenn sie sich für die Wertschätzung der eigenen Kultur ausspricht. In England ist es selbstverständlich, dass die englische Literatur wie „Romeo and Juliet“ verfilmt wird, positiv wahrgenommen wird.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Und in Deutschland? Die Dramen von Friedrich Schiller wurden zwar bewundert, sodass Giuseppe Verdi und Peter Tschaikowski sie vertonten. Von einer Verfilmung bei uns ist mir aber in den letzten 30 Jahren nichts zu Ohren gekommen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Machen Sie doch einen Film!)

„Kunst ist eine Tochter der Freiheit“, lautete nach einem Zitat Friedrich Schillers der Titel einer schönen Debatte vor einigen Wochen. Freiheit, die eigene Meinung zu äußern – wie sieht es mit der Meinungsfreiheit heute aus, wenn sie abweicht vom Werturteil der selbst ernannten kulturellen Eliten? Nicht allzu gut.

(Abg. Daniel Rottmann AfD: Da greift sogar die Landtagspräsidentin ein!)

Das können wir bezeugen. Wir haben heute die Theaterkultur prägenden Regisseure, die bestimmte sexuelle Präferenzen öffentlich leben. Damit einher geht interessanterweise sehr häufig eine bestimmte ästhetische Vorstellung, die nicht jeder teilt. Wenn ich jetzt sage, dies gefällt mir nicht, dann bin ich ein „homophober, rassistischer weißer Mann“, nicht wahr, liebe Frau Lösch? – Leider ist sie gerade nicht da. Sie hat mir das geschrieben.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD)

Ein gut situiertes weißer, möglicherweise heterosexueller Mann hat offensichtlich nicht mehr das Recht, seine Meinung zu sagen, ob es um Gender oder um die Tendenzen im heutigen Theaterbetrieb geht.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Sie stehen doch da vorn und reden! – Zuruf des Abg. Manfred Kern GRÜNE)

Meine Damen und Herren, wir halten die Rolle von Kunst und Kultur für immens wichtig. Ich zitiere:

Für die AfD ist der Zusammenhang von Bildung, Kultur und Identität für die Entwicklung der Gesellschaft von zentraler Bedeutung.

So unser Grundsatzprogramm.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Wir brauchen ein Bewusstsein, welches kulturelle Verbundenheit wahrnimmt, fördert und schützt. Kultur ist nicht die Freizeitbeschäftigung von Eliten, Kultur ist der Kitt der Gesellschaft. Sie ist genau dieser gesellschaftliche Zusammenhalt einer gewachsenen Gesellschaft.

Diese kulturelle Verbundenheit entsteht nicht von allein und auch nicht in fünf Minuten. Sie braucht Jahrhunderte der Entwicklung, um zu entstehen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Man kann sie Zuwanderern nicht einfach in wenigen Wochen in einem Kurs beibringen.

Sie, liebe Grüne, sollten nicht der Illusion anheimfallen, dass Sie durch eine Steuerung der Kultur das Volk erziehen könnten. Sie wollen es aber. Nach dem berühmten „Marsch durch die Institutionen“ – das sollte Ihnen bekannt vorkommen – hat eine linke Mächtigen-Kulturelite die Deutungshoheit über Kunst, Kultur und Medien erlangt

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE schüttelt den Kopf.)

und nutzt dies für ihre Zwecke.

Präsidentin Muhterem Aras: Kommen Sie bitte zum Schluss.

Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Sie meinen, vorgeben zu können, was Kunst ist und was nicht. Diese linke Deutungshoheit lösen wir auf.

(Beifall bei der AfD)

Frau Präsidentin, ist die Unterbrechung vorhin berücksichtigt?

Präsidentin Muhterem Aras: Sie ist berücksichtigt.

Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Tatsächlich?

Präsidentin Muhterem Aras: Sie haben eine Minute überzogen.

Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Deswegen zum Schluss: Die AfD spaltet nicht die Gesellschaft; von uns wird diese Spaltung hingegen angesprochen und thematisiert. Die Aufkündigung der Solidargemeinschaft bringen wir, die AfD, zur Sprache. Wir haben sie nicht herbeigeführt.

Den gesellschaftlichen Zusammenhalt – gerade diesen – möchten wir pflegen und in all seiner Fragilität erhalten. Dafür stehen wir, und dafür setzen wir uns ein: für unsere Kultur und für die gemeinsamen gewachsenen Werte.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Rivoir das Wort.

Abg. Martin Rivoir SPD: Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Die essenzielle Rolle von Kunst und Kultur für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft steht gerade für uns Sozialdemokraten außer Frage. Wir haben uns in unserer Geschichte immer auch als Kultur- und Bildungsbewegung verstanden, mit der zentralen Aufgabe, die Politik der Sozialdemokratie auf der einen Seite sowie künstlerische und intellektuelle Impulse auf der anderen Seite zusammenzubringen. Hilmar Hoffmanns Konzept von einer „Kultur für alle“ in den Sechziger- und Siebzigerjahren war ein Meilenstein in dieser Entwicklung.

(Martin Rivoir)

Gerade heute sind kulturelle Vielfalt, die Künste, Kulturwissenschaften und die Kreativwirtschaft noch viel wichtiger geworden. Sie verleihen unserer Zeit ihren Ausdruck, stiften Werteorientierung und Identitäten, üben Kritik und unterhalten manchmal auch ganz einfach.

Kulturpolitik ist zu einer zentralen gesellschaftlichen Gestaltungsaufgabe im Spannungsfeld zwischen der Kultur als öffentlichem Gut und einer zunehmend globalisierten Kulturindustrie geworden.

Zudem sind in der globalisierten Wissensgesellschaft und im Zeitalter der Digitalisierung politische Zukunftsaufgaben nach unserer Auffassung eben nicht ohne den Beitrag von Kultur und Kreativität zu lösen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich will an dieser Stelle eines klar sagen – das scheint mir nach dem, was wir gerade gehört haben, besonders wichtig –: Diesen unsäglichen Forderungen nach einer deutschen Leitkultur erteilen wir eine klare Absage.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wir stehen für ein Konzept einer offenen, demokratischen und toleranten Kultur in unserem Land. Wir wollen ein buntes Land, das Kraft aus seiner kulturellen und kreativen Vielfalt schöpft und in dem Kunst und Kultur kein Nischendasein fristen, sondern in unserer Gesellschaft einen zentralen Raum einnehmen können.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Kultur – das wurde schon mehrfach angesprochen – ist mehr als eine Ware. Sie gehört zu den menschlichen Grundbedürfnissen, sie ist Teil der Daseinsvorsorge. Deswegen brauchen wir ein starkes, auch finanzielles öffentliches Engagement in diesem Bereich. Kultur ist der Schlüssel zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft und muss eben auch finanziell entsprechend unterstützt werden.

So weit möchte ich einige grundsätzliche Anmerkungen zu diesem Thema gemacht haben. Aber wir sollten, wenn wir im Landtag von Baden-Württemberg darüber diskutieren, auch ganz konkret über Maßnahmen und Aktivitäten sprechen, über die wir hier entscheiden können und die uns den Zielen, die eigentlich von uns allen gesehen werden, näherbringen.

Eine konkrete Tat – das wurde vom Kollegen Kern schon angesprochen – wäre z. B., endlich auf den Eintritt bei den Dauerausstellungen der Landesmuseen in unserem Land zu verzichten. Das war ein Vorschlag der SPD-Fraktion; in den letzten Haushaltsberatungen wurde es abgelehnt, den Museen die entsprechenden Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Resonanz, die wir hier drüben im Württembergischen Landesmuseum oder auch im ZKM Karlsruhe bei der Ausstellung „Open Codes“ sehen können, ist überwältigend. Es kommen viel mehr Leute. Die Resultate sind eigentlich völlig klar. Man muss da nicht mehr diskutieren, sondern man muss handeln und die entsprechenden Haushaltsmittel zur Verfügung stellen.

(Beifall bei der SPD)

Ich will hier auch noch über ein zweites Thema sprechen – Kollege Kern hat es auch angesprochen –: Es geht um das Thema „Kulturelle Bildung“ in unserem Land. Nach unserer Auffassung brauchen wir in Baden-Württemberg, aber auch bundesweit jetzt einen breit angelegten Pakt für kulturelle Bildung. Denn die Kulturvermittlung und die Museumspädagogik, aber auch die Medienpädagogik, der Umgang mit dem Internet, mit Facebook, mit all diesen Dingen sind eben auch ein Stück Demokratieerziehung, und hier gilt gerade für die jungen Leute der Grundsatz: Auf den Anfang kommt es an. Oder, wie man früher sagte: Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr.

Deswegen müssen wir in diesem Bereich massiv investieren. Die Grundsteine für die Art und Weise, wie Menschen Kultur wahrnehmen, begreifen, nutzen und auch aktiv gestalten, werden in der Kindheit und Jugend gelegt, und zwar durch Erziehungs- und Bildungsprozesse. Kulturelle Bildung ist deswegen eben nicht nur Wissensvermittlung, um dann vielleicht irgendwann einmal an einer Quizshow teilnehmen zu können, sondern kulturelle Bildung ist vornehmlich Selbstbildung in kulturellen Lernprozessen. Sie führt zu sozialer Mündigkeit, fördert die demokratische Reife und ermuntert zu aktiver Teilnahme am gesellschaftlichen Leben.

Meine Damen und Herren, bei diesem Pakt für kulturelle Bildung müssen alle Akteure zusammenwirken. Es geht um die Politik, es geht um den Staat, es geht darum, dass die zivilgesellschaftlichen Gruppierungen mitwirken. Das Land muss nach unserer Auffassung hier die treibende Kraft sein. Es hilft auch nicht, zu kleckern und mal hier und mal da ein Projekt zu fördern – solche Projekte sind ja auch hier schon zum Teil angesprochen worden –, sondern ein solcher Pakt muss wirklich mit erheblichen finanziellen Mitteln unterlegt werden.

Mich wundert es jetzt schon etwas: Hier wurden ja richtige Forderungen gestellt. Solche Forderungen müssen Sie aber in den Haushaltsberatungen stellen. Wenn wir im Finanzausschuss darüber sprechen und entsprechende Anträge stellen, dann müssen Sie zustimmen. Sie sollten es nicht dabei belassen, hier schöne Worte zu machen, sondern wichtig sind konkrete Taten.

(Beifall bei der SPD)

Wenn es darum geht, Geld zur Verfügung zu stellen, darf man eben nicht bei Nein die Hand heben, sondern muss man bei Ja die Hand heben.

(Beifall bei der SPD – Heiterkeit bei der SPD und der Abg. Marion Gentges CDU)

Leider konnten wir bei den letzten Haushaltsberatungen die Hände aufseiten der Regierungskoalition und natürlich insbesondere in den Reihen der Grünen immer nur dann sehen, wenn das Nein gefragt war.

Meine Damen und Herren, ich will es einmal so sagen: Da können sich die Frau Ministerin oder auch die Frau Staatssekretärin ein Beispiel am Herrn Justizminister oder am Umweltminister nehmen, die bei den letzten Haushaltsberatungen massiv Stellen zugesprochen bekommen haben. Die haben für ihr Anliegen geworben, haben Mehrheiten besorgt. Das sind die Vorbilder.

(Minister Guido Wolf zeigt einen hochgestreckten Daumen. – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

(Martin Rivoir)

Nach dieser Art und Weise – – Das sind die Vorbilder dafür, sich Stellen zu sichern, natürlich in einem Kampf, wenn es darum geht, Gelder zu verteilen. Da habe ich leider aus dem Bereich der Kulturpolitik praktisch nichts gehört. Die Bereiche Umwelt und Justiz haben ihre Ansprüche angemeldet und sie auch entsprechend durchgesetzt. Ich behaupte jetzt, dass der Leidensdruck gerade im Bereich der kulturellen Bildung mindestens genauso groß ist wie der in der Umweltverwaltung. Man muss ihm jedoch entsprechend Gehör verschaffen, und das, meine liebe Frau Bauer und Frau Olschowski, ist eigentlich Ihre Aufgabe.

(Beifall bei der SPD)

Zusammenfassend will ich es durchaus als positiv bewerten, dass sich der Landtag von Baden-Württemberg nun mit diesem Thema befasst. Dass wir dabei mit Rudi Dutschke anfangen, hat auch mich überrascht. Ich habe mich gefragt, ob Rudi Dutschke eigentlich den gleichen Weg genommen hätte wie Sie, Herr Kern – aber schauen wir mal. Er hätte vielleicht auch irgendwo hier gesessen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Aber dann bei den Grünen, Herr Kollege! – Vereinzelt Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, in aller Ernsthaftigkeit noch einmal: Wir müssen uns schon, nicht nur in diesen Aktuellen Debatten und in Sonntagsreden – die hier zwar aktuell an einem Mittwoch stattfindet – um dieses Thema kümmern, sondern ganz konkret auch Maßnahmen ergreifen. Jetzt hat vor anderthalb Jahren Frau Staatssekretärin Olschowski hier angekündigt, dass es eine neue Kunstkonzeption geben soll. Es wurden bereits Leitlinien vorgestellt. Anderthalb Jahre ist das her. Konkrete Taten haben wir noch nicht gesehen. Der Diskussionsprozess hat noch nicht begonnen.

Wir hatten, als diese Debatte hier nun aufgerufen wurde, die Hoffnung, dass mit dem Thema Kunstkonzeption jetzt hier der Startschuss gegeben wird. In den Beiträgen der Regierungsfractionen habe ich zu diesem Thema nichts gehört. Ich bin jetzt gespannt, was die Frau Staatssekretärin zu diesem Thema sagen wird. Dann können wir in einer zweiten Runde vielleicht noch einmal darauf eingehen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Weinmann.

Abg. Nico Weinmann FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Uns ist noch die jüngste Debatte in der Aktuellen Stunde in Erinnerung – „Kunst ist eine Tochter der Freiheit“ –, eine Debatte anlässlich des Falles Serebrennikow hier in Stuttgart, in der wir uns einmütig für die Kunstfreiheit als wertvolles und essenzielles Kommunikationsgrundrecht und gegen Repressionen gegen das Andere, gegen das Fremde ausgesprochen haben.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Heute diskutieren wir über die Rolle von Kunst und Kultur für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Auf den ersten Blick drängt sich der Eindruck auf, dass die vermeintliche Ideenlo-

sigkeit bei der Antragstellung wohl auch damit zu tun haben könnte, dass aktuell wenige grüne Themen vorhanden sind, die nicht mit einer negativen oder unerfreulichen Überschrift verbunden sind.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Herr Kollege, wie kommen Sie denn darauf?)

– Herr Kollege Sckerl, Ihre Antwort bestätigt dies.

(Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP: Ja, sehr gut!)

Aber auf den zweiten Blick zeigt sich, dass auch im Bereich Kunst und Kultur nicht alles Gold ist, was glänzt. Denken wir etwa an die Einführung der Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer, die ja durchgesetzt wurden mit der Drohgebärde,

(Abg. Anton Baron AfD: Diese Populisten! Unglaublich! – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

dass ansonsten im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und – eben auch – Kunst der Rotstift angesetzt würde.

(Abg. Anton Baron AfD: „Rechtspopulisten“! Unglaublich!)

Wir erinnern uns dann an den von der Koalition abgelehnten Antrag der SPD auf Verzicht auf Eintrittsgelder in den Landesmuseen. Insofern offenbart sich hier schon eine paradoxe Haushaltspolitik. Herr Kollege Kern, diesen Widerspruch konnten Sie bis heute nicht ausräumen, sondern haben ihn erst recht verschärft.

Interessant ist, dass es dann doch nicht die Nicht-EU-Ausländer sind, die mit ihren Studiengebühren für den freien Eintritt in die Museen sorgen, sondern eben die von uns geschätzten Mäzene, beispielsweise Herr Professor Reinhold Würth beim Landesmuseum hier in Stuttgart.

Ich verhehle nicht, dass in der Tat durch die Veränderung der Eintrittsstruktur neue Zielgruppen erschlossen werden können – aber eben nicht nur dadurch. Vielmehr geht es um die Kunstvermittlung, es geht um interessante Ausstellungen, und es geht um ein Angebot für Kinder und Jugendliche. Hier, denke ich, muss das Ministerium noch Antworten liefern.

Denken Sie auch an die aktuelle Diskussion über die Sanierung der Staatsoper. Noch im Oktober 2016 haben Sie, Frau Ministerin Bauer, und Sie, Frau Staatssekretärin Olschowski, bei einem Kulturgespräch der „Stuttgarter Nachrichten“ gesagt, dass die Themen von innen betrachtet werden, das heißt, bestmögliche Lösungen für bevorstehende Herausforderungen gesucht werden und man sich erst im Anschluss in Bezug auf die inhaltlichen Konsequenzen um die Frage der Finanzierung kümmern werde. Bis heute liegt ein belastbares Umsetzungskonzept für die Sanierung nicht vor. Wer sich wie wir jüngst in der Staatsoper mit dem Intendanten Hendriks die Technik angeschaut hat, der kann nachvollziehen, dass selbst in einem Antiquitätenladen die Ersatzteile nicht mehr gefunden werden können.

(Beifall bei der FDP/DVP)

(Nico Weinmann)

Vielmehr dreht sich die Diskussion um den Interimsstandort. Aber auch dort sieht es leider nicht besser aus. Ich darf die Kollegin Kurtz als kulturpolitische Sprecherin der CDU aus den „Stuttgarter Nachrichten“ vom Februar dieses Jahres zitieren:

Auch die Entscheidung für die Ehmannstraße

– das ist das Paketpostamt –

wurde gefällt, ohne dass Kosten dafür beziffert werden konnten.

Jetzt sind wir mit der Sanierung beim Baubeginn 2024. Aber auch der Interimsstandort zeigt, dass hier eine Chance verpasst wurde – denken wir an den „Aufbruch Stuttgart“ um Wieland Backes –, hier im Bereich Schillerstraße/Charlottenplatz/Planie ein attraktives Kulturquartier zu schaffen.

Aber es ist essenziell wichtig, dass wir Kunst und Kultur keineswegs ausschließlich als Spielwiese von Wohlhabenden oder gar des Bildungsbürgertums verstehen können, die sich – das gehört an dieser Stelle auch dazu – in hochsubventionierten Konzertsälen klassische Musik gönnen oder sich an teuren Kunstwerken erfreuen.

Kultur und Kunst sind viel, viel mehr. Denken Sie an die niederschweligen Angebote in den soziokulturellen Zentren, denken Sie an die Musikvereine, denken Sie an die Trachtenvereine, denken Sie an die Schauspielgruppen, die aktiv sind.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Vereinzelt
Beifall bei der CDU)

Unzweifelhaft ermöglicht Kultur gesellschaftliche Teilhabe und Identifikation unabhängig von der Herkunft oder von möglichen sprachlichen Barrieren.

Es ist daher wichtig – das wurde hier erfreulicherweise schon genannt –, insbesondere Kindern und Jugendlichen zu einem frühestmöglichen Zeitpunkt einen Zugang zu kulturellen Angeboten zu ermöglichen und ihnen langfristig – darauf kommt es an – die Chance zu geben, den aktiven Umgang mit Kunst und Kultur zu erlernen. Dazu sollen die Kultureinrichtungen ihre Rolle in einer sich wandelnden Gesellschaft neu definieren und sich vielfältigeren Zielgruppen öffnen. Auch dies wurde als Ziel genannt.

Angefangen bei der Literaturvermittlung für Kinder und Jugendliche und frühkindlicher kultureller Bildung, müssen wir versuchen, Bildungs- und Kultureinrichtungen mit Fachexpertise zu verbinden, um den Diskurs über die Potenziale kultureller Teilhabe voranzutreiben.

Kunst und Kultur – ich denke, diese Erkenntnis ist wichtig – bedeuten die Kenntnis über und das Verständnis für die unterschiedlichen kulturellen und kunsthistorischen Zusammenhänge, und diese sind eben elementar für unsere Gesellschaft und das gesellschaftliche Miteinander. Dabei stellt man dies – auch wenn ich den Beitrag der AfD höre – nur bedingt in Einklang mit dem Rahmen der Integration. Denn Integration betrifft alle Menschen, die in Deutschland leben, und ihr kommt eine tragende Rolle zu.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt kann aber weder verordnet werden, noch ist er allein eine Aufgabe der Politik. Vielmehr können alle hier lebenden Menschen dazu beitragen, und wir müssen alle Menschen motivieren, ihren Beitrag zu leisten. Wir leben in einem vielfältigen Land, und seit Jahrhunderten leben hier Menschen aus vielen unterschiedlichen Ländern und Kulturen zusammen und tragen so neben der sozialen Integration und der Integration in Arbeit wesentlich zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei.

Kulturinstitutionen vermitteln Geschichte und Gegenwart Deutschlands und ermöglichen eine Auseinandersetzung mit den Werten der Gesellschaft. Ja, wir Freien Demokraten setzen auf die Vermittlungskraft von Kultur. Aber wir wissen auch: Zuwanderung verändert eine Gesellschaft und erfordert Offenheit, erfordert Respekt und Toleranz von allen Seiten. Das ist ein langwieriger Prozess, in dem völlig zu Recht auch um Positionen gerungen werden muss.

Insoweit vermag man dem Thema der heutigen Aktuellen Debatte doch eine gewisse Dringlichkeit, eine gewisse Aktualität beizumessen, nämlich eine permanente, eine fortwährende – ganz im Sinne des berühmten französischen Schriftstellers und Politikers André Malraux, der eingangs des 20. Jahrhunderts sagte:

Kultur ist die Gesamtheit aller Formen der Kunst, der Liebe und des Denkens, die, im Verlaufe von Jahrtausenden, dem Menschen erlaubt haben, weniger Sklave zu sein.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Landesregierung erteile ich Frau Staatssekretärin Olschowski das Wort.

Staatssekretärin Petra Olschowski: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wer sich im Moment umschaute und umhört – egal, ob bei Stiftungen, Parteien, sozialen Initiativen, religiösen Gruppen –, wer Zeitung liest und die neuen soziologischen Publikationen verfolgt, der stellt fest, dass die Frage, wie es um den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland und in Europa bestellt ist, den öffentlichen Diskurs mit beherrscht. Sie ist mit der Sorge verbunden, dass nicht länger zusammenhält, was laut Verfassung, Verträgen und Tradition zusammenhalten soll – Deutschland, Europa, die westliche Welt.

Liebe Frau Gentges, das gilt nicht nur für die von der 1968er-Bewegung geprägten Menschen. Egal, ob Emmanuel Macron oder Frank-Walter Steinmeier und viele andere mehr, sie alle sprechen bei wichtigen Auftritten in diesen Monaten über den Zusammenhalt als Herausforderung. Offenbar gibt es ein drängendes Gefühl der Verunsicherung beim Blick in die nahe Zukunft.

So bin ich dankbar, dass wir auch hier im Landtag von Baden-Württemberg heute die Frage debattieren, wie wir zusammenleben wollen und wie wichtig uns dafür Leitideen wie Demokratie, Freiheit, Gleichheit, Toleranz und unser Gemeinwohl tatsächlich sind. Es geht um die Werte, die fast alle Menschen suchen, egal, wie alt und welcher Herkunft sie sind: soziale

(Staatssekretärin Petra Olschowski)

Gerechtigkeit, echte Menschlichkeit, also Empathie, Solidarität.

Dabei ist gesellschaftlicher Zusammenhalt kein neues Thema. Es war die Vision von vielen vor uns und ist es heute von vielen von uns: ein Leben in friedlichem, respektvollem Miteinander.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Die Bertelsmann Stiftung hat in ihrer aktuellen Studie zum sozialen Zusammenhalt in Deutschland kürzlich definiert – ich zitiere –:

Eine kohäsive Gesellschaft

– also eine Gesellschaft, die zusammenhält –

ist gekennzeichnet durch belastbare soziale Beziehungen, eine positive emotionale Verbundenheit ihrer Mitglieder mit dem Gemeinwesen und eine ausgeprägte Gemeinwohlorientierung.

Darüber reden wir, wenn wir über gesellschaftlichen Zusammenhalt sprechen.

Von Kunst und Kultur ist in diesem Zusammenhang immer dann die Rede – wir haben es auch heute schon gehört –, wenn es um den Kitt oder, wie Macron es sagt, „ciment“, also Zement, Bindemittel, geht, der einzelne Menschen zu einer Gemeinschaft zusammenbindet. Die bundesweite Initiative „Kulturelle Integration“ schreibt in ihren Thesen – Herr Weinmann, Sie haben sich gerade auch schon darauf bezogen; ich zitiere –:

Kultur trägt neben der sozialen Integration und der Integration in Arbeit wesentlich zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei.

Dem wollen wir uns in dieser Landesregierung mit besonderer Kraft stellen, und zwar nicht nur, lieber Herr Rivoir, ideell, sondern auch konkret mit finanziellen Programmen und Mitteln.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Das gilt allerdings unter dem Vorbehalt der Freiheit und Unabhängigkeit der Kunst. Sie darf – das ist schon gesagt worden – nicht instrumentalisiert werden. Das widerspricht ihrem Wesen grundsätzlich.

Lieber Herr Balzer, Geschmack spielt da übrigens – das haben wir hier schon mehrfach diskutiert – keine Rolle. Und wenn Sie Kant lesen, lesen Sie dort auch, dass es um das „interesselose Wohlgefallen“ geht, eben nicht um den Geschmack. Übrigens, falls Sie sich über Schiller in Film und Fernsehen informieren wollen: der SWR hat einen Film dazu produziert, der bei der ARD zu sehen war.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Hört, hört!)

Sie finden ihn also auch im deutschen Fernsehen und Filmgeschäft wieder.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, um zu verstehen, mit welchen Entwicklungen man es tatsächlich und nicht gefühlt zu tun hat, muss man diesen Prozess allerdings offen und nicht ideologisch vorgeprägt analysieren. Nur dann kann man die richtigen Fragen stellen und die richtigen Antworten finden. Dann zeigt sich – auch das muss ich leider noch mal gegenüber Herrn Balzer sagen –, dass das Thema „Sicherheit im öffentlichen Raum und im öffentlichen Nahverkehr“ im Zusammenhang mit der Frage der Migration und der Flüchtlingsbewegung, des Multikulturalismus bei einer drohenden Spaltung der Gesellschaft keine zentrale Rolle spielt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Zurufe von der AfD)

Die tatsächliche Situation sieht anders aus. Die Studie der Bertelsmann Stiftung legt auch belastbares Material für das Verhältnis zwischen Migration und Zusammenhalt vor. Das Ergebnis ist, dass man – ich zitiere aus der Studie – „keinen Zusammenhang zwischen dem Bevölkerungsanteil an Ausländern und Migranten und der Qualität des Zusammenlebens feststellen“ kann.

(Beifall bei den Grünen – Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Frau Staatssekretärin Olschowski, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Räßple zu?

(Zuruf: Nein!)

Staatssekretärin Petra Olschowski: Nein. – Meine Damen und Herren, gerade diese Feststellung gilt übrigens auch für Baden-Württemberg, das bei dieser Umfrage in Bezug auf den sozialen Zusammenhalt als Land sehr gut abschneidet, gerade weil hier eine lange positive Erfahrung mit Zuwanderung und gesellschaftlicher Vielfalt vorliegt.

Wir machen also in Baden-Württemberg eine ganze Menge richtig, und daran ändert sich nichts, auch wenn manche immer wieder das Gegenteil behaupten.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Wenn ich Ihnen, lieber Herr Balzer und liebe Damen und Herren von der AfD, zuhöre, wie Sie in den letzten Monaten und auch heute immer wieder die gleichen Unwahrheiten behaupten, dann muss ich an Winston Churchill denken, der einmal gesagt hat:

Ein Fanatiker ist ein Mensch, der seine Ansicht nicht ändern kann und das Thema nicht wechseln will.

So landen wir immer wieder bei den gleichen Lügen.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Abg. Bernd Gögel AfD: Das haben wir 50 Jahre lang erlebt! 50 Jahre ertragen wir das! – Abg. Thomas Axel Palka AfD: Sie reden immer von sich selbst! – Zuruf des Abg. Stefan Räßple AfD)

Meine Damen und Herren, trotzdem wäre es fahrlässig, wenn man die zentralen Probleme, die wir haben, nicht benennen würde. Dabei bietet die Kultur nicht nur Handlungsmöglichkeiten, sie ist auch ein Feld, auf dem die Debatte –

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Moment! Frau Staatssekretärin Olschowski hat das Wort.

Staatssekretärin Petra Olschowski: Sie ist auch ein Feld, auf dem die Debatte, die Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen, philosophischen und politischen Grundfragen ausgeht wird.

Im Hintergrund stehen – wir haben das auch heute schon gehört – tief greifende Problemfelder und Konflikte: die großen Ungleichheiten bei Vermögen und Bildungschancen zwischen, aber auch innerhalb von Nationen, die Integration von Menschen nicht nur anderer Herkunft, sondern auch aller Altersgruppen, Schichten und Bildungsniveaus. Es geht um die Konsequenzen der Globalisierung, des Klimawandels, um Perspektiven im Umgang mit unseren begrenzten Ressourcen

(Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: „Klimawandel“!)

und um all die Herausforderungen im Bereich „Digitalisierung und technische Neuerungen“.

Es geht aber auch darum, die Entwicklung hin zu immer mehr Individualisierung und, wie es der Soziologe Andreas Reckwitz nennt, der stärkeren Ausprägung singulärer Lebenskonzepte mit den Interessen der Gemeinschaft in Einklang zu bringen.

Viele Kulturschaffende schätzen die Lage durchaus brisant ein und finden klare Worte. Der japanisch-britische Literaturnobelpreisträger Kazuo Ishiguro beispielsweise sprach vor wenigen Wochen bei der Verleihung des Nobelpreises sehr deutlich von den vergangenen etwa 30 Jahren als einer – ich zitiere – „Epoche der Selbstgefälligkeit und der vertanen Gelegenheiten“, was dazu geführt habe, dass sich rechtsextreme Ideologien und völkische Nationalismen rasant ausbreiten, dass Rassismus – Zitat –

ob traditioneller Prägung oder in seinen moderneren, professioneller vermarkteten Erscheinungsformen

wieder im Kommen sei.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, es geht vielen dieser Rassisten und Nationalisten nicht um ein positives Weltbild, sondern um Machtgewinn. Dafür ist ihnen jedes rhetorische Mittel recht: Abwertung, Destruktion, Zersetzung.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Das sagt die Richtige!)

Was wir aber brauchen, sind neue progressive, einigende Ideen und Vorstellungen für eine vielfältige Gesellschaft der Zukunft.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

Denn Diversität ist eine Tatsache und eine Chance.

Kunst ist Freiheit, liebe Frau Gentges, aber sie ist mehr als das. Und freier Eintritt allein macht noch keinen Zusammenhalt.

(Beifall des Abg. Nico Weinmann FDP/DVP)

Versteht man Kunst und Kultur im Sinne eines freien Feldes der Möglichkeiten und des Experiments und eben nicht als Leitkultur, so können über Kunst gewonnene Erfahrungen aufgrund ihres kreativen Potenzials gesellschaftliche Differenzen überbrücken, Verbindendes schaffen, über Klasse, Stand, Religion, Sprache und individuelle Prägung hinweg.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Kunst ist Umgang mit Vielfalt. Sie bietet Spielräume, um Neues auch im Umgang miteinander zu erproben.

Wir brauchen die Freiheit der Kunst und mit ihr die Freiheit der kritischen Stimme, des offenen Wortes, des unverstellten Blickes. Es kann nicht darum gehen, anderen unsere Kulturvorstellungen aufzuzwingen.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

Aber machen wir uns nichts vor. Kunst und Kultur können auch trennen, spalten, ausgrenzen, wenn sie bestimmte klassen- oder bildungsspezifische Codes bedienen.

Trotzdem hat Kultur das Potenzial, Menschen zusammenzubringen. Sie ermöglicht gesellschaftliche Teilhabe und schafft dadurch auch so etwas wie Heimat in dem Sinn, in dem es Ministerpräsident Winfried Kretschmann kürzlich in der FAZ beschrieben hat, als eine – ich zitiere –

Politik der Heimatfindung, die Menschen ins Gemeinwesen hinein holt.

Kultur ist also ein Baustein für „kulturelle Demokratie“, wie es der Europarat schon in den 1970er-Jahren formuliert hat.

Der Kulturpolitik, der Öffnung der Kultureinrichtungen und insbesondere der kulturellen Bildung für alle Altersgruppen, nicht nur für Kinder und Jugendliche, kommt in diesem Sinn eine zentrale Rolle für die Stärkung und Entwicklung einer aufgeklärten, offenen Gesellschaft zu.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, wir haben eine reiche Kulturszene – wir haben es gehört – in Baden-Württemberg, sowohl in den Städten als auch im ländlichen Raum. Sehr viele Menschen nutzen das Angebot. Die Kultureinrichtungen, die Künstlerinnen und Künstler leisten heute schon einen wesentlichen Beitrag zum Zusammenhalt vor Ort in den Gemeinden, in den Städten, in den Kreisen, aber auch darüber hinaus. Und sie haben in der Vermittlung heute breitere Teile der Gesellschaft im Blick als noch vor ein paar Jahren. Die Themen sind angesprochen worden: neue Orte, neue Formen der Vermittlung, neue Kooperationen, und zwar über die ganze Spannweite hinweg. Ich bin ja ganz begeistert, dass die FDP/DVP auch schon die Energie und Kraft der Soziokultur in diesem Zusammenhang heute erkannt hat.

(Beifall bei den Grünen)

Gerade in den vergangenen zwei, drei Jahren haben die Künstlerinnen und Künstler in Deutschland gesellschaftliche, teilweise auch politische Fragen, Themen und Modelle in ihre Arbeit und Methodik verstärkt aufgenommen. Dass Kunst auf

(Staatssekretärin Petra Olschowski)

die Gesellschaft bezogen ist, ist eben keine Ideologie. Kunst hat immer mit dem Menschen zu tun. Sie arbeitet mit der Gesellschaft, und manchmal arbeitet sie sich auch an ihr ab. Kunst gibt mit ihren eigenen Mitteln ein Bild vom Zustand unserer Welt. Sie schafft Räume, in denen Menschen sich selbst und die Welt, in der sie leben, erfahren können. Diese Entwicklung müssen wir weiter stärken.

Denn – um ein einfaches Beispiel zu nennen – wer einmal auf einer Bühne in die Rolle eines anderen geschlüpft ist, hat eine Erfahrung gemacht, die Fremdes und Eigenes in ein anderes Verhältnis bringt. Oder wer einmal im Chor gesungen hat, der kennt die geradezu körperliche Erfahrung, ganz bei sich, bei seiner Stimme bleiben zu können und zu müssen und doch ein gemeinschaftliches Erlebnis mitzutragen, über das Singen Gemeinschaft zu bilden.

(Beifall bei den Grünen und der Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Ich möchte noch einmal Kazuo Ishiguro, den Nobelpreisträger, zitieren, der sagt:

Für mich besteht der Kern der Geschichte darin, dass sie Gefühle mitteilt. Dass sie anspricht, was uns Menschen über alle Grenzen und Unterschiede hinweg eint. ... Am Ende aber handeln Geschichten immer davon, dass ein Mensch zum anderen sagt: So empfinde ich das. Verstehst du, was ich sage? Empfindest du genauso?

Meine Damen und Herren, für die Kulturpolitik unseres Landes bedeuten diese Überlegungen zur Veränderung und zum Zusammenhalt, dass wir sofort konkrete Förderinstrumente schaffen und längerfristig planen. Wir werden in den nächsten beiden Jahren eine neue Förderlinie auflegen, die sich speziell mit den Fragen des gesellschaftlichen Zusammenhalts beschäftigt. Darüber hinaus beginnen wir im Juni, lieber Herr Rivoir, mit der Debatte um eine Kulturpolitik für die Zukunft. Als Ergebnis werden die neuen Leitlinien für die Kulturförderung vorgelegt. Dabei spielt auch die Frage nach dem Zusammenhalt eine Rolle.

Aber bleiben wir zunächst bei dem aktuellen Programm. Ich danke dem Landtag, dass er uns die Möglichkeit gibt, in den Jahren 2018 und 2019 über unsere normalen Förderlinien in den Bereichen Innovationsfonds, Interkultur, kulturelle Bildung ein Sonderbudget für Kulturprojekte zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in Höhe von 4 Millionen € zur Verfügung zu stellen. Mit diesem Budget werden Kulturprojekte gefördert, die verstärkt die Zivilgesellschaft beteiligen, u. a. Projektmittel in Höhe von rund 2 Millionen € für eine neue Programmausschreibung zur Förderung von künstlerischen und kulturellen Projekten im Kontext „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“. Hier fördern wir in den nächsten zwei Jahren Kunstprojekte, die mit dialogorientierten und partizipativen Formen arbeiten, die neue Kooperationsformen jenseits der etablierten Kulturräume erproben.

(Beifall bei den Grünen)

Mit einem Sonderbudget von 1 Million € stärken wir zudem ein weiteres Mal die Kultur im ländlichen Raum, in diesem Fall Vermittlungsprojekte der regionalen ländlichen Freilichtmuseen. So ergänzen wir die umfangreiche Programmförder-

linie im ländlichen Raum, unser Engagement zusammen mit der Bundeskulturstiftung auf der Schwäbischen Alb TRAFÖ und unseren großen Einsatz für die Musikvereine und die Amateurmusik.

Ein weiterer Baustein wird die Begleitung des Linden-Museums hin zu einem Weltmuseum sein. Darüber hinaus haben wir mit dem Sonderbudget auch im Bereich Wissensvermittlung Projekte, die wir fördern wollen. Wir beteiligen uns am Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung über eine Kooperation mit dem Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung, und wir unterstützen die Arbeit des Deutsch-Französischen Instituts Ludwigsburg – gerade jetzt, anlässlich des Jahrestags 100 Jahre nach dem Ende des Ersten Weltkriegs.

Meine Damen und Herren, ich danke dem Landtag für die Zurverfügungstellung der Mittel, und ich danke der grünen Fraktion, dass dieses Thema hier heute Raum gefunden hat.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt, meine Damen und Herren, bedeutet nicht, dass wir keine Konflikte austragen. Zusammenhalt bedeutet, dass sich die Gesellschaft einen verbindlichen Rahmen gibt, innerhalb dessen sie ihre Konflikte auf demokratischem Weg vorwärtsgewandt austragen kann, ohne dass dadurch das ganze Gefüge Gefahr läuft, infrage gestellt zu werden. Dazu brauchen wir Zusammenhalt; dazu brauchen wir also eine aufgeklärte, eine offene Gesellschaft, die ihre Verantwortung erkennt und die die politischen und kulturellen Bedingungen für die nächste Generation schafft.

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei den Grünen – Beifall bei der CDU und Abgeordneten der SPD sowie der Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP)

Präsidentin Muhterem Aras: In der zweiten Runde habe ich keine Wortmeldungen der Fraktionen; es hat sich nur noch eine Person zu Wort gemeldet, die allerdings keine Redezeit mehr hat.

Deshalb erteile ich nun das Wort Herrn Abg. Dr. Fiechtner.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren!

Ziel der Kunst ist es einfach, eine Stimmung zu erzeugen.

Oscar Wilde fasst mit diesem einfachen Satz zusammen, was Kunst im eigentlichen Sinn bedeutet. Ein Kunstwerk ist nicht automatisch für jeden als solches ersichtlich. Das musste auch Michel Abdollahi schmerzhaft feststellen. Dennoch erfüllt Kunst eine wichtige Funktion in unserer Gesellschaft. Sie soll uns erheitern, faszinieren, aber auch wachrütteln.

Gerade wegen Letzterem ist die Freiheit der Kunst so wichtig. Deutschland hat, wenn wir an das Dritte Reich denken, eine besondere Verantwortung im Umgang mit Kunst. Denn alles, was nicht ins NS-Regime passte, galt als entartete Kunst.

Das Verbot von Kunst – in der heutigen Zeit undenkbar, sollte man meinen. Doch nur wenige Meter von hier, in der Kerschsteinerschule, hätte sich diese Tragödie beinahe wiederholt. Für eine bevorstehende Modenschau entwarf eine be-

(Dr. Heinrich Fiechtner)

freundete Jüdin ein Kleidungsstück. Dieses bestand zum einen aus einer KZ-Gefängnisuniform inklusive KZ-Nummer und Judenstern, und mit der anderen Hälfte wurde die Uniform der Zahal, der IDF, der israelischen Armee stilisiert. Auf ihrer Tasche prangten die Lettern „Never Again“. In ihrem Werk hat sie es geschafft, die Verfolgung und die Unterdrückung der Juden mit dem Stolz und dem Widerstand zu vereinen. Sie hat eine klare Botschaft geschaffen: Nie wieder Antisemitismus!

Doch mehrere Lehrer versuchten, die Rektorin dazu zu bringen, das Thema für die Modenschau abzusagen –

(Zuruf: Sehr gut!)

es sei zu provokativ. So wurde aus einem eigentlich positiven Bericht des israelischen Fernsehens ein zehnmütiger Verriß, den Hunderttausende zu sehen bekamen.

Im Vorfeld hatte ich bereits mit der Rektorin und dem Kultusministerium gesprochen, und ich bin froh, dass die Schülerin nun weiter ihr geplantes Kunstwerk tragen darf.

Allein diese Situation zeigt, wie wichtig es ist, dass wir uns tagtäglich für die Freiheit der Kunst einsetzen, auch wenn sie manchmal wehtut.

Präsidentin Muhterem Aras: Nun erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Gedeon.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Prima! Mein Beileid! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Jetzt kommt der Höhepunkt von Kunst und Kultur!)

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Grünen beziehen sich auf die 68er-Bewegung. Ich habe diese Bewegung von Anfang an intensiv mitgemacht und kann daher auch kompetent hierüber reden.

Es ging damals nicht um Multikulti; überhaupt war Kultur nicht der entscheidende Ansatz. Das war erst Thema in der grünen Partei Ende der Achtzigerjahre. Es ging uns vor allem um internationale Solidarität. Das ist etwas ganz anderes; das ist ein politischer Begriff, eine politische Forderung. Diese Forderung richtete sich vor allem gegen wen? Richtig, gegen den amerikanischen Imperialismus. „Kambodscha, Laos, Vietnam – Haut's den Imperialismus zam!“ Das waren unsere Parolen. An die sollten wir anknüpfen. Die sind positiv. Das ist heute wichtiger denn je, wichtiger als damals.

Was den Zusammenhalt der Gesellschaft anlangt, meine Damen und Herren, so hat die 68er-Bewegung nichts dazu beigetragen. Sie hat nicht nur nichts dazu beigetragen, im Gegenteil, sie hat die Gesellschaft – das ist eine Selbstkritik an die, die da mitgemacht haben, also auch an mich – unnötig gespalten. Das ist ein Ergebnis, das wir überwinden müssen.

Man hat das nicht nur in der Tat gemacht, man hat auch solche Begriffe wie „Klassenhass“ wieder aus der Mottenkiste herausgeholt und kultiviert. Dieser Klassenhass wurde weiter kultiviert, gerade von der linksextremen Bewegung. Es ist heute nicht mehr der Hass gegen die Bourgeoisie, es ist der Hass gegen die Deutschen. Die Säulenheiligen von den Grünen – Roth etc. – liefen mit Parolen herum wie „Nie wieder

Deutschland!“ oder „Deutschland verrecke!“ Das waren ihre Parolen noch zur Zeit der Wiedervereinigung.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das stimmt doch gar nicht! Wann hat Frau Roth das gesagt?)

Dieser Klassenhass prägt die ganzen Stellungnahmen der Linksextremisten. Das Hassproblem ist im Wesentlichen ein Problem der Linken gegen die Rechten und nicht umgekehrt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Rüdiger Klos AfD: Genau so ist es!)

Es ist ganz schlimm, wenn die Kunst glaubt, auch hier noch einfallen zu müssen, wenn sie glaubt, aus ihren Opernhäusern heraus singen zu müssen und AfD-Veranstaltungen zu stören. Meine Damen und Herren, dieser universale politische Missionarismus ist auch ein unseliges Erbe der 68er-Bewegung. Den müssen wir überwinden. Das ist nicht die Aufgabe der Kunst. Die Kunst muss an die großen archaischen Traditionen der Menschheit anknüpfen und sich nicht vordergründig politisch in irgendwelchen Fragen positionieren.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Wenn sie das tut, verfehlt sie ihre Aufgabe. Dann ist sie auch politisch und von uns, dem Parlament, aus nicht mehr weiter zu unterstützen.

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Damit ist die Aktuelle Debatte beendet und Punkt 1 unserer Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Gemeinsam den demografischen Wandel gestalten – Für eine generationengerechte Zukunft Baden-Württembergs – beantragt von der Fraktion der CDU

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtrededzeit von 50 Minuten festgelegt. Darauf wird die Rededzeit der Regierung nicht angerechnet. Für die Aussprache steht eine Rededzeit von zehn Minuten je Fraktion zur Verfügung.

(Unruhe)

– Ich darf hier um etwas Ruhe bitten. – Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Rededzeitrahmen zu halten.

Auch hier gilt natürlich § 60 Absatz 4 unserer Geschäftsordnung, wonach im Rahmen der Aktuellen Debatte die Aussprache in freier Rede zu führen ist.

Für die CDU-Fraktion erteile ich nun das Wort Herrn Abg. Teufel.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Sehr gute Wahl!)

Abg. Stefan Teufel CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, geehrte Kolleginnen und Kollegen! In der vergangenen Woche hat unser Demografiebeauftragter Thaddäus Kunzmann die aktuellen Zahlen zur Bevölkerungsentwicklung in Baden-Württemberg dargelegt. Die Daten unterstreichen einmal mehr, dass uns der demografische Wandel in den nächsten Jahren vor große Herausforderungen stellt. Wir sind diesen Herausforderungen nicht chancenlos ausgeliefert, sondern haben die Möglichkeit, diesen Wandel aktiv zu gestalten und somit den Grundstein zu legen, dass es auch in Zukunft in Baden-Württemberg generationengerecht zugeht.

Für parteipolitisches Klein-Klein ist diese Thematik schon deshalb ungeeignet, weil sie über diese Legislaturperiode hinausreichend und konkrete Lösungen statt ideologischer Diskussionen erfordert.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Von „A“ wie Arztmangel im ländlichen Raum bis „Z“ wie Zugverbindungen geht es um zahlreiche Belange in unserem Alltagsbereich. Außer Frage steht, dass sich unsere Gesellschaft unter dem Eindruck des demografischen Wandels verändern wird. Wir, geehrte Kolleginnen und Kollegen, sind in der Pflicht, diesen Wandel aktiv zu gestalten. Das bedeutet, immer wieder aufs Neue zu überprüfen, welche Folgen unsere Politik von heute für die Gesellschaft von morgen hat und welche Politik die Gesellschaft von morgen schon heute braucht. So verstanden, muss Demografiepolitik Zusammenhalt in unserer Gesellschaft organisieren – auch denen, die heute noch nicht geboren sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich anhand von einigen Zahlen noch einmal deutlich machen, vor welcher Ausgangslage wir stehen. Baden-Württemberg ist das Bundesland, das seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland den stärksten Zuzug erlebte. Die Bevölkerungszahl in unserem Land ist seither um 62 % gewachsen. Die Bevölkerung in unserem Land ist deshalb auch die jüngste unter allen Flächenländern. Die Menschen hier im Land sind mit einem Durchschnittsalter von 43 Jahren die jüngsten im Bundeschnitt.

Zudem ist zu beachten, dass 68 % der baden-württembergischen Wirtschaftskraft im ländlichen Raum generiert werden.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Dabei beklagt der Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag bereits heute einen ganz erheblichen Fachkräftemangel. So belegt der Fachkräftemonitor, dass den Unternehmen im Land bereits aktuell über 300 000 Fachkräfte fehlen. Bis zum Jahr 2030 wird diese Lücke voraussichtlich auf mehr als 520 000 Fachkräfte anwachsen.

Schließlich ist zu beachten, dass die Zahl der pflegebedürftigen Menschen im Land von gut 210 000 im Jahr 1999 auf gut 330 000 im Jahr 2015 gestiegen ist. 72 % dieser Menschen werden in Baden-Württemberg zu Hause versorgt. Bis zum Jahr 2030 wird es voraussichtlich über 400 000 Pflegebedürftige im Land geben.

(Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Teufel, lassen Sie eine Zwischenfrage des Abg. Räßle zu?

Abg. Stefan Teufel CDU: Nein.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Gleichzeitig müssen wir auch davon ausgehen, dass die Pflege künftig immer weniger durch Familienangehörige vor Ort geleistet werden kann. Um angesichts dessen zu vermeiden, dass Alte gegen Junge, Stadt gegen Land oder Erwerbstätige gegen Erwerbslose ausgespielt werden, bedarf es eines Bündels zielgerichteter Maßnahmen.

(Beifall bei der CDU)

Dabei, meine sehr geehrten Damen und Herren, müssen die betroffenen Ressorts im Land, aber auch im Bund koordinierend zusammenwirken. Es geht auf eine Initiative der CDU-Landtagsfraktion zurück, dass erstmals in der Geschichte des Landes Baden-Württemberg ein Landes-Demografiebeauftragter eingesetzt wurde. Wir sind froh und dankbar, dass Thaddäus Kunzmann diese Aufgabe so erfolgreich wahrnimmt.

(Beifall bei der CDU – Zurufe: Sehr gut!)

Geehrte Kolleginnen und Kollegen, mit der Berufung eines Landes-Demografiebeauftragten ist es noch nicht getan. Die Umsetzung konkreter Maßnahmen obliegt dem Parlament, der Landesregierung und nicht zuletzt den Akteuren vor Ort.

Lassen Sie mich deshalb nur noch einige Handlungsfelder konkret benennen, die der CDU-Landtagsfraktion zentral erscheinen. An vorderster Stelle steht für uns die Notwendigkeit, auch die ländlichen Räume im Land Baden-Württemberg lebenswert zu erhalten.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen – Abg. Nicole Razavi CDU: Sehr gut! – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dazu genügt es nicht, bloß dem Wegzug Jüngerer entgegenzuwirken. Vielmehr muss es auch darum gehen, dass sich wieder mehr junge Menschen im ländlichen Raum niederlassen.

(Beifall bei der CDU)

Damit beides gelingt, bedarf es insbesondere zeitgemäßer Wohn- und Arbeitsbedingungen auch in den ländlichen Regionen. Dazu brauchen wir schnelles Internet. Wir brauchen umfassende Betreuungs-, aber auch Bildungsangebote. Wir brauchen eine gute, hochwertige medizinische und pflegerische Versorgung.

(Abg. Anton Baron AfD: Ach, das ist ja interessant!)

Dazu brauchen wir auch innovative Mobilitätskonzepte. Wir brauchen neue Impulse im Ehrenamt. Wir brauchen aber auch den Zuzug qualifizierter Menschen.

Das Land tut viel dafür, die zuständigen Akteure bei der Bewältigung dieser wichtigen Aufgabe zu unterstützen.

(Abg. Anton Baron AfD: Krankenhäuser schließen!)

(Stefan Teufel)

So möchte ich zunächst an die Vereinbarung aus dem grün-schwarzen Koalitionsvertrag erinnern, nach der die Gemeinden, die vom demografischen Wandel besonders betroffen sind, mit einer Regionalstrategie „Daseinsvorsorge“ bei ihren Planungen finanziell unterstützt werden sollen.

(Beifall des Abg. Winfried Mack CDU)

Wir, die CDU-Landtagsfraktion, fordern ein, dass diese Passage auch umgesetzt wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir wollen den Demografiebonus für Kommunen mit stark rückläufigen Bevölkerungszahlen bis zu zehn Jahre lang auch über die Schlüsselzuweisungen finanziell geregelt haben.

Hinsichtlich der Breitbandversorgung können wir feststellen, dass sich Baden-Württemberg auch stetig verbessert. Darauf können und müssen wir aufbauen. Deshalb begrüßen wir ausdrücklich die vom Innenminister ins Leben gerufene Gigabit-Allianz.

Nun möchte ich noch ein Thema ansprechen, das uns, die CDU-Fraktion, umtreibt und auch von den Menschen vor Ort mit besonderer Sensibilität wahrgenommen wird: Ich rede von der medizinischen, aber auch von der pflegerischen Versorgung im Land. So haben wir bereits im Jahr 2010 mit der damaligen Sozialministerin das Landärzteprogramm ins Leben gerufen. Das Landärzteprogramm trägt dazu bei, dass vor allem in unterversorgten Gebieten Möglichkeiten existieren, wieder einen Landarztsitz zu belegen. Dieses Modell war erfolgreich, und unsere Fraktion fordert, dass dieses Modell auch weiter ausgebaut wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Darüber hinaus war es für unsere Fraktion ein Hauptanliegen, dass das Land Baden-Württemberg ein Stipendienmodell für junge Mediziner auf den Weg bringt,

(Abg. Winfried Mack CDU: Sehr gut!)

die sich dazu verpflichten, nach Abschluss des Medizinstudiums in ein unterversorgtes Gebiet zu gehen. Auch dies hat die Landesregierung umgesetzt, und wir sind dem Sozialminister dankbar, dass er dieses Programm jetzt auch zum Laufen bringt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Winfried Mack CDU: Sehr gut!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in diesem Zusammenhang darf ein Blick auf die Pflege im Land Baden-Württemberg nicht unterbleiben. Die CDU-Landtagsfraktion hat in der letzten Legislaturperiode die Enquetekommission „Pflege“ initiiert. Wir fordern von unserer Fraktion aus, dass die Handlungsempfehlungen dieser Kommission in dieser Legislaturperiode Schritt für Schritt angegangen und umgesetzt werden.

Zudem begrüßen wir die auf Bundesebene angekündigte Initiative, die Tarifbindung in der Altenpflege zu stärken.

Jedoch werden diese Maßnahmen nicht ausreichen. Die Personalsituation im Gesundheitswesen ist prekär. Ich bin zutiefst

davon überzeugt: Wir müssen im Landesparlament auch darüber diskutieren, ob es nicht sinnvoll ist, ein verpflichtendes gesellschaftliches Jahr von Jungen und Frauen und Migranten in der Bundesrepublik einzuführen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Winfried Mack CDU: Sehr gut!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dies kann auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft unterstützen und ausbauen.

Die CDU-Landtagsfraktion dankt dem Landes-Demografiebeauftragten Thaddäus Kunzmann für seine hervorragende Arbeit. Sie gibt uns Anlass und Gelegenheit, dieses Thema in der heutigen Aktuellen Debatte aufzugreifen und damit das Bewusstsein weiterhin zu schärfen. Alles Gute und Glück auf!

(Beifall bei der CDU, Abgeordneten der Grünen sowie der Abg. Gernot Gruber und Andreas Kenner SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Seemann das Wort.

Abg. Stefanie Seemann GRÜNE: Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herzlichen Dank an die CDU für diese Aktuelle Debatte. Wie wir den demografischen Wandel gestalten, ist eines der großen Zukunftsthemen und entscheidet darüber, wie sich unser aller Leben und unsere Gesellschaft weiterentwickeln.

Fakt ist: Der demografische Wandel ist eine nicht aufhaltbare Entwicklung, die uns in allen Lebensbereichen berührt. Er prägt jeden Aspekt unseres Zusammenlebens. Der demografische Wandel betrifft uns alle und doch alle ganz unterschiedlich – je nachdem, wo wir leben, wie alt wir sind, welches Geschlecht wir haben, in welcher familiären Situation wir aufwachsen, womit wir unser Geld verdienen und, und, und.

Wir alle werden diese Entwicklung jeweils anders erleben und in unterschiedlichen Formen damit umgehen müssen. Gerade deshalb gilt: Diese Querschnittsaufgabe kann nur gemeinsam gelöst und bewältigt werden.

Unsere grün-schwarze Landesregierung packt diese Querschnittsaufgabe an.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtig! So ist es!
– Abg. Anton Baron AfD: Was genau tun Sie?)

Dafür möchte ich mich insbesondere bei unserem Minister für Soziales und Integration, Manne Lucha, und dem Demografiebeauftragten Thaddäus Kunzmann bedanken.

Worum geht es jetzt konkret? Wie wir auch immer betroffen sind, im Kern geht es bei der Gestaltung des demografischen Wandels um die Frage nach einer generationengerechten Zukunft. Was bedeutet das? Gerechtigkeitstheorien und Gerechtigkeitsforschung sind so vielschichtig und umfassend, dass uns die Komplexität dieser Frage nach Gerechtigkeit einer gesellschaftlichen Ordnung nicht nur in der Wissenschaft, sondern auch in der praktischen Politik immer wieder herausfordert.

(Stefanie Seemann)

Professor Dr. Dr. Jörg Tremmel, einer der führenden Wissenschaftler auf diesem Gebiet – übrigens ein Baden-Württemberger –, hat Generationengerechtigkeit folgendermaßen definiert:

Generationengerechtigkeit ist erreicht, wenn die Chancen nachrückender Generationen auf Befriedigung ihrer eigenen Bedürfnisse mindestens so groß sind wie die der ihnen vorangegangenen Generationen.

Es geht also um die Frage, wie wir es erreichen können, dass es den Menschen von morgen mindestens genauso gut geht wie uns heute.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU sowie des Abg. Andreas Kenner SPD)

Es geht um Nachhaltigkeit, um Solidarität, um die Zukunft.

Generationengerechtigkeit ist ein Schlüsselwort unserer Gesellschaft, da es zentral um die Lebensverhältnisse der Zukunft geht, da wir damit explizit den Blick auf die zukünftigen Generationen richten. Dabei geht es nicht nur um die soziale Perspektive, sondern auch um die Grundlagen unserer Erde wie das Klima oder die Umwelt. Die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen gehört mit Sicherheit zu dem, was kommende Generationen von uns erwarten. Es gibt keine Gruppe, die sich so wenig bemerkbar machen kann wie die zukünftigen Generationen. Wir können die zukünftigen Generationen nicht fragen, in welcher Welt sie leben wollen. Gerade darin besteht die große Herausforderung zukunftsgerichteter Politik. Sie erfordert Visionen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Unser Ziel muss es sein, Verhältnisse zu vererben, in denen wir auch gern leben würden. Was ist nun die Rolle des Landes dabei? Generationengerechtigkeit ist ein gesellschaftspolitisches Leitbild. Es weist uns die Richtung, wie unsere Gesellschaft aufgestellt werden soll. Wir in Baden-Württemberg haben die besten Voraussetzungen dafür. Hier ist es schön, und zwar so schön und so voller beruflicher wie persönlicher Möglichkeiten, dass im Bundesvergleich viele Menschen zuziehen.

Trotzdem wird der demografische Wandel auch uns treffen. Herr Kunzmann zeigt es in seinem Bericht ganz deutlich auf: Der Bevölkerungszuwachs wird vor allem die Ballungszentren wachsen lassen, nicht aber den ländlichen Raum. Daraus ergeben sich völlig unterschiedliche Fragestellungen. Einerseits: Wie gestalten wir den starken Zuzug in den Ballungszentren? Wie gehen wir mit dem Siedlungsdruck um? Wie gehen wir mit massiven Preissteigerungen für Wohnraum um? Welche Angebote machen wir, um die Zugezogenen – egal, woher – zu integrieren? Wie verhindern wir Anonymisierung und schaffen Gemeinschaft? Andererseits: Wie halten wir unsere ländlichen Räume lebendig? Wie schaffen und erhalten wir Infrastrukturen so, dass Menschen gern dort bleiben wollen?

Wir haben also völlig unterschiedliche Herausforderungen zu denselben Themen, Themen wie Gesundheitsversorgung und Carearbeit, Wohnen, Teilhabe, Wirtschaftsstrukturen und Fachkräftemangel, Nahverkehr und Mobilität, Barrierefreiheit, Zugang zu Kultur und Bildung, städtebauliche und infrastruktu-

relle Fragen und vieles mehr. Den Kommunen kommt dabei eine wichtige Rolle zu. Sie gilt es zu unterstützen und fit für den demografischen Wandel zu machen.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

Herr Teufel hat es schon angesprochen: Die Landesregierung unterstützt die Kommunen dabei und hilft ihnen, sich weiterzuentwickeln. So haben wir im Koalitionsvertrag einen Demografiebonus vereinbart. Dieser soll Kommunen mit stark rückläufiger Bevölkerungszahl bis zu zehn Jahre lang höhere Schlüsselzuweisungen aus den kommunalen Finanzausgleichssystemen garantieren. Zudem sollen – auch das hat Herr Teufel schon gesagt – Kommunen, die vom demografischen Wandel besonders betroffen sind, mit einer Regionalstrategie „Daseinsvorsorge“ bei ihren Planungen finanziell und strukturell unterstützt werden.

Unsere Landesstrategie „Quartier 2020“ unterstützt Kommunen bei der Quartiersentwicklung. Sie ermöglicht den Kommunen die passgenaue Weiterentwicklung an die Bedürfnisse und Gegebenheiten vor Ort. Ich meine, „Quartier 2020“ verfolgt genau den richtigen Ansatz. Denn die Kommunen und die Menschen vor Ort sind die Expertinnen und Experten, wenn es um ihre eigenen, individuellen Bedürfnisse geht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

So unterschiedlich, wie sich der demografische Wandel im Leben eines jeden Einzelnen zeigt, so unterschiedlich er die einzelnen Politikfelder und die verschiedenen Regionen unseres Landes betrifft, so differenziert müssen wir uns diesen Herausforderungen stellen.

Quartiersentwicklung lebt – ebenso wie alle anderen Maßnahmen – ganz wesentlich vom bürgerschaftlichen Engagement und dem Engagement der Kommunen und ortsansässigen Unternehmen.

Stellen wir uns einmal ein Beispiel vor: Eine Frau aus einem der geburtenstarken Jahrgänge der Babyboomer – wie z. B. auch ich –, eine Frau, die, sagen wir einmal, 1959 geboren wurde und jetzt 58 oder 59 Jahre alt ist, hat noch ein paar Jahre bis zur Rente. Diese wird vermutlich dürftig ausfallen, denn diese Frau hat wegen der Kinder viele Jahre nur halbtags oder im Minijob gearbeitet. Ihr Mann ist ebenso alt wie sie.

Beide sind noch fit und haben jetzt Lust, sich aktiv in die Gesellschaft einzubringen. Die geburtenstarken Jahrgänge werden Best Ager, die nicht untätig daheim sitzen wollen. Das birgt großes Potenzial. Diese Menschen müssen wir dafür gewinnen, sich aktiv einzubringen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Stefan Teufel CDU)

Zurück zu unserem Beispiel: Beide wohnen noch in einem großen Haus, in dem früher die Familie mit den Kindern Platz hatte. Als sich die ersten Altersbeschwerden bemerkbar machen, beschließen sie, ihr Haus an eine Familie zu vermieten, zentraler und altersgerecht zu wohnen. Sie ziehen in ein Mehrgenerationenquartier in die Innenstadt. Dort haben sie kurze Wege, gute ÖPNV-Anbindungen und können aktiv am kulturellen Leben teilhaben.

(Stefanie Seemann)

Die Familie, die neu in das Haus einzieht, ist froh, dass sie in einer etwas ländlicheren Gegend bezahlbaren Wohnraum gefunden hat. Vor Ort findet die junge Familie alles, um sich wohlfühlen: Kindergärten und Schulen, Freizeitangebote und Einkaufsmöglichkeiten. Obgleich wenig Zeit bleibt, leben die Eltern den Kindern Engagement vor und musizieren beispielsweise gemeinsam im Verein.

Nach hoffentlich vielen schönen und engagierten Jahren macht sich bei dem älteren Paar 20 Jahre später das Alter bemerkbar. Die Babyboomer werden zu Hochbetagten, zu Pflegebedürftigen.

Ein großer Teil von ihnen wird von ihren Familien gepflegt – eine hohe Belastung, zeitlich wie auch finanziell. Inzwischen wird sich aber durchgesetzt haben, dass nicht die gesamte Carearbeit weiterhin an den weiblichen Mitgliedern der Familie hängen bleibt und dass sie diese Tätigkeit nicht parallel zu ihrer Arbeit stemmen müssen. Carearbeit wird innerhalb der Familie aufgeteilt.

Die Digitalisierung wird nicht als Selbstzweck begriffen, sondern als Hilfsmittel. Die medizinische und pflegerische Versorgung richtet sich nach den Bedürfnissen der Betagten. Dort, wo es nötig und sinnvoll ist, wird Telemedizin eingesetzt.

(Glocke des Präsidenten)

Die Pflegeberufe werden – –

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abg. Stefanie Seemann GRÜNE: Okay. – Zugegeben, ich habe ein sehr optimistisches Zukunftsbild gemalt. Sicher ist nur, dass sich die Altersstruktur in unserem Land ändert. Es liegt an uns, wie wir dies gestalten.

(Abg. Anton Baron AfD: Ja, machen Sie etwas! Machen!)

In Baden-Württemberg machen wir uns gemeinsam mit allen gesellschaftlichen Akteuren auf den Weg.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die AfD-Fraktion erteile ich Frau Abg. Dr. Baum das Wort.

Abg. Dr. Christina Baum AfD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! „Gemeinsam den demografischen Wandel gestalten“ – wie immer eine wohlklingende, aber hohle Phrase. Vor annähernd einem Jahr habe ich genau an dieser Stelle davor gewarnt, dass die Babyboomer-Jahrgänge in etwa 14 Jahren in Rente gehen werden, dass sich die Pflegesituation verschärfen wird und dass gerade die jüngeren Generationen diese Lasten werden tragen müssen. Passiert ist bis heute nichts.

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen)

Letzte Woche hat der Demografiebeauftragte des Landes meine Aussagen bestätigt und eher einen düsteren und resignierenden als einen optimistischen Blick in die Zukunft gewagt. Man las in seinem Bericht mehr Fragen als Antworten.

Was passierte daraufhin? Die Union beantragte eine Aktuelle Debatte – und das war es dann wohl. Der Demografiebeauftragte hat mehr als deutlich dargelegt, wie dramatisch sich die Situation inzwischen darstellt. Jeder normal denkende Mensch sieht das seit vielen Jahren auf Deutschland zukommen – nur unsere Politiker nicht? Wenn dem so wäre, dann wären sie allesamt unfähig und sollten nach Hause gehen; wenn sie es jedoch erkannt haben und nicht dagegensteuern, wäre dieses Verhalten geradezu als sträflich anzusehen.

(Beifall bei der AfD)

Oder ist es gar gewollt, um endlich Ihrer aller Lieblingsprojekt einer multikulturellen Gesellschaft umsetzen zu können?

(Unruhe bei den Grünen)

Denn wen wundert es? Auf Seite 7 des Berichts liest man – Zitat –:

Darüber hinaus wird Baden-Württemberg über die nächsten Jahrzehnte ein Zuzugsland bleiben. Allerdings wird die EU nur noch begrenzt ein Fachkräftpotenzial bieten können.

Der Blick müsse sich deshalb über die EU hinaus richten.

(Abg. Winfried Mack CDU: Was haben Sie daran auszusetzen?)

Der Markt an Pflegekräften in Osteuropa findet alsbald sein natürliches Ende. Was nur eine Übergangslösung hätte sein dürfen, wurde zum Dauerzustand. Inzwischen scheint es mir in diesem Land in fast allen Bereichen selbstverständlich zu sein, dass man einfach Menschen aus anderen Ländern einkauft, um das eigene System am Leben zu erhalten. Finis Germaniae? In jedem Fall ist es ein Armutzeugnis, dass Deutschland darauf angewiesen ist, andere Länder auszubeuten und von dort Menschen zu importieren und damit die Herkunftsländer zu schwächen.

(Beifall bei der AfD)

Interessanterweise wird diese Lösung hauptsächlich von denen unterstützt, die sich für die großen Sittenwächter und Moralapostel ausgeben. „Zuwanderung“ ist das Zauberwort der letzten Jahre. Man hält nach wie vor unbeirrt daran fest, obwohl selbst Minister Lucha eingestehen musste, dass sie für die Bewältigung unserer Probleme nicht ansatzweise taugt.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Im Gegenteil: Sie wird die bestehenden Probleme noch verschärfen, wie die dramatische Zunahme der Kriminalität und die damit verbundenen horrenden Kosten bereits heute beweisen. Noch 15 Jahre bleiben uns laut Demografiebeauftragtem, um die Herausforderungen der Bevölkerungsentwicklung zu bewältigen. Doch wofür? Für eine sichere Rente und adäquate Pflege? Nein! Sie haben den Sozialstaat – so, wie wir ihn bis heute noch kennen – an den Rand des Ruins getrieben.

(Beifall bei der AfD)

Sie versuchen sich nur noch durchzuwursteln und den Abbau des Sozialstaats irgendwie zu verwalten. Worauf sich die Menschen einstellen müssen, die in 15 Jahren ihren verdienten Ru-

(Dr. Christina Baum)

hestand antreten wollen, wage ich nicht zu Ende zu denken. Ja, es ist richtig, dass eine der größten Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte sein wird, den geburtenstarken Jahrgängen einen gerechten Ausgleich für ihre Lebensleistung zukommen zu lassen. Kinder und Familien dürfen nicht länger als finanzielle Belastung oder potenzielles Armutsrisiko wahrgenommen werden. Durch die Entlastung der Familien können wir endlich mehr Gerechtigkeit im Sozialsystem schaffen.

(Beifall bei der AfD)

Doch was ich in dem Bericht „Wege zu einer Demografie-strategie“ gelesen habe – wie z. B. Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, Breitbandausbau, medizinisch-pflegerische Versorgung, Sicherheit und Schutz vor Kriminalität –, ist keine Strategie, sondern eine Selbstverständlichkeit. Genau dafür haben wir nämlich einen Staat.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Mein Fazit: Sie haben keinen Plan, wir dagegen schon.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Der heißt ganz einfach, alles zum Wohle der Familien zu tun; denn nur das ist nachhaltig.

(Beifall bei der AfD – Bravo-Rufe von der AfD)

Es muss für die Jugend wieder zu einer Selbstverständlichkeit werden, den Generationenvertrag einzulösen. Wir haben ihr dazu die nötigen Voraussetzungen zur Verfügung zu stellen.

(Beifall der Abg. Carola Wolle AfD)

Dazu gehört vor allem eine solide materielle Basis in der Form, dass die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten steigen müssen, sodass sich wieder ein Elternteil der Betreuung und Erziehung der Kinder oder der Pflege der Eltern widmen

(Beifall bei der AfD)

und gleichzeitig durch Eigentum für das Alter vorsorgen kann. Denn bisher werden die Kosten für Kinder weitgehend privatisiert und bleiben an den Eltern hängen, während der Nutzen dieser Kinder der gesamten Gesellschaft zugutekommt.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Wer aber Kinder in die Welt setzt und diese großzieht, leistet einen unschätzbaren Beitrag zu unserer Gesellschaft und unserem Solidarsystem,

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

wie hoffentlich alle nun spätestens anhand des Demografieberichts erkannt haben sollten. Deshalb müssen Achtung und Wertschätzung der Familien wieder in den gesellschaftlichen Mittelpunkt gerückt werden, wie das seit Jahrtausenden der Fall war.

(Beifall bei der AfD)

Die Mutterschaft darf nicht länger von Feministinnen herabgewürdigt

(Beifall bei der AfD)

und als Einschränkung einer sogenannten Selbstverwirklichung gesehen werden.

Um hysterischen Reaktionen aus dem Lager selbst ernannter Frauenrechtlerinnen gleich entgegenzuwirken: Unterstützen Sie einfach das, was ich bereits erwähnte. Sorgen Sie dafür, dass das Gehalt eines Elternteils wieder ausreicht, um eine Familie zu ernähren.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Dann schaffen Sie wahre Wahlfreiheit, und dann werden wir ja sehen, wie sich die Mütter in unserem Land entscheiden werden.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Generationengerechtigkeit heißt also, die Lebensleistung derer anzuerkennen, die bald in Rente gehen. Generationengerechtigkeit heißt aber auch, den jungen Generationen Perspektiven für eine sichere Zukunft zu bieten. Sie alle haben jedoch durch Ihre völlig falsche Politik der letzten 13 Jahre unter einer FDJ-Sekretärin mit dazu beigetragen,

(Abg. Thomas Blenke CDU: Was? Geht's noch?)

dass sich junge Leute heute zehnmal überlegen, ob sie in diese trostlose Zukunft noch Kinder setzen wollen.

(Beifall bei der AfD)

Sie haben in allen politischen Fragen versagt,

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

ob in der Euro-Frage, der sogenannten Energiewende, der De-industrialisierung,

(Beifall bei der AfD – Glocke des Präsidenten)

der Abschaffung der Wehrpflicht oder dem Niedergang der Sozialsysteme – um nur einige zu nennen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Hören Sie mit dieser Hasstirade auf! Unerträgliche Hasstirade, die Sie da ablassen! – Zurufe der Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE und Wolfgang Drexler SPD – Glocke des Präsidenten)

Den Todesstoß verpassen Sie jedoch jetzt Ihrem eigenen Volk mit dieser massenhaften illegalen Einwanderung. Denn sie wird uns das Wichtigste nehmen, das ein Volk besitzt: seine kulturellen Werte und damit seine Identität.

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Ge-deon [fraktionslos])

Deshalb bedarf es auch bei der Lösung des demografischen Problems dringend nicht nur eines Politikwechsels, sondern eines Parteiwechsels.

(Beifall bei der AfD – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Wohin gehen Sie denn?)

Die Zukunft muss und wird der AfD gehören. Da beißt die Maus keinen Faden ab.

(Vereinzelt Lachen)

(Dr. Christina Baum)

Noch eine kleine Ergänzung. In der „Budapester Zeitung“ las ich heute folgende Äußerungen von Herrn Orban:

(Abg. Thomas Blenke CDU: Lesen Sie ausländische Presse?)

Für ihn wird die Demografie im Fokus der neuen Regierung stehen.

Einen solchen Politiker mit Format, Rückgrat und Weitblick können wir in Deutschland mit der Lupe suchen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Um Gottes willen! – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Ich gratuliere dem ungarischen Volk für seine kluge und weise Wahl; sie können stolz auf ihren Präsidenten sein.

(Abg. Winfried Mack CDU: Ihr habt doch den Lucke, Frau Baum! – Weitere Zurufe – Glocke des Präsidenten)

– Es freut mich, dass Sie alle meiner Meinung sind.

Danke schön.

(Beifall bei der AfD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wer ist denn die FDJ-Sekretärin? – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Wisst ihr da drüben eigentlich, was sie gerade gesagt hat? – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Kenner.

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Herr Kollege Kenner hat das Wort.

Abg. Andreas Kenner SPD: Ich fange dann sehr gern an. – Meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist, wenn man der vierte Redner ist, immer spannend zu hören, was alles vor einem gesagt wird, mehr oder weniger Brauchbares.

Frau Baum, wenn ich nach Ihnen spreche, frage ich mich immer: Lebe ich in demselben Land wie Sie? Diese Frage stelle ich mir schon.

(Beifall bei der SPD, den Grünen, der CDU und der FDP/DVP – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Nein!)

Wenn ich auf die Tribüne schaue, sehe ich junge Frauen, ältere Frauen, mittelalterliche Frauen.

(Heiterkeit)

Ich frage: Wollen Sie alle zu Hause bleiben, meine sehr verehrten Damen?

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Wollen Sie alle zu Hause bleiben am Herd? Das finde ich sehr spannend.

(Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Die, die wollen, sollen können! – Abg. Anton Baron AfD: Wahlfreiheit!)

Das Schöne, Frau Baum, ist, dass wir uns hier schon in den Achtzigerjahren –

(Abg. Anton Baron AfD: Damals waren Sie auch noch Volkspartei!)

Ich selbst habe ja das Privileg und das Vergnügen, aus der Altenarbeit zu kommen – ein Beruf, in dem sonst meist Frauen unterwegs sind. Wir hatten schon in den Achtzigerjahren das Thema „Demografischer Wandel“ und das Thema Fachkräftemangel. Wir waren schon in den Achtzigerjahren dankbar und froh über gezielte Zuwanderung von Fachkräften von innerhalb und außerhalb der EU.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen und der FDP/DVP – Zurufe von der AfD)

Übrigens, die Heimbewohnerinnen und -bewohner, die Patientinnen und Patienten in den Kliniken und die Menschen, die zu Hause gepflegt werden, sind genauso froh, dass wir diese Menschen haben. Über 60 % aller Pflegekräfte in der Bundesrepublik haben keinen einheimischen Hintergrund,

(Abg. Bernd Gögel AfD: Ja, und warum? – Zuruf der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

sprich sie sind hier zugewandert, weil es eben –

(Zurufe von der AfD – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Kollege –

Abg. Andreas Kenner SPD: Übrigens regelt die Schweiz die Deckung des Pflegebedarfs seit Jahren über ausländische Pflegekräfte. Dazu gehören genauso gute deutsche Pflegekräfte.

Die Pflegekraft von heute weiß, wenn sie ausgebildet ist, Frau Baum, dass sie weltweit gefragt und gern gesehen ist.

Wir beuten nicht andere Länder aus. Wer mit dem Petitionsausschuss in den Westbalkanstaaten war, weiß ganz genau, dass dort ein hoher Geburtenüberschuss vorhanden ist und die Wirtschaft diese jungen, begabten Menschen niemals wird versorgen können.

(Lachen bei Abgeordneten der AfD – Zuruf des Abg. Emil Sänze AfD)

Deswegen sind sie froh, wenn sie zu uns kommen können.

(Beifall der Abg. Martina Braun GRÜNE)

Die Hälfte des Bruttonettoprodukts des Kosovos sind Transferleistungen aus der Bundesrepublik. Auch dies ist demografischer Wandel. Es gibt Länder, die einen extrem hohen Geburtenüberschuss haben, während andere ihn nicht haben.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Kollege, holen Sie einmal kurz Luft. Ich habe eine Frage an Sie: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Rottmann?

Abg. Andreas Kenner SPD: Nein.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Nein. Gut. – Dann fahren Sie fort.

Abg. Andreas Kenner SPD: Ich spreche am Stück. – Jetzt komme ich aber auf unser Thema zurück. Für die nördliche Erdhalbkugel ist der demografische Wandel zweifelsohne eine der ganz großen Herausforderungen. Deswegen bin ich der CDU-Fraktion auch dankbar, dass wir heute über dieses Thema diskutieren können. Darüber wird in diesem Haus doch sehr, sehr selten diskutiert. Das steht im Gegensatz zur Bedeutung dieses Themas.

(Beifall des Abg. Winfried Mack CDU)

Wir diskutieren über den Wolf,

(Heiterkeit)

wir diskutieren über Infraschall von Windrädern, wir diskutieren über das Nachtangelverbot. Aber wir diskutieren selten über eine der größten Fragen dieser Gesellschaft, nämlich den demografischen Wandel. Für unsere Fraktion ist der demografische Wandel keineswegs nur ein Thema der Älteren. Er betrifft alle Gesellschaftsschichten, alle Altersgruppen. Denn wenn die Größe einer Altersgruppe zunimmt, wirkt sich dies natürlich auch direkt auf die anderen Altersgruppen aus.

Ich zitiere einmal Manfred Rommel. Ich hatte bereits 1993 das Vergnügen, zum Thema „Demografischer Wandel“ mit ihm auf einem Podium zu sitzen. Manfred Rommel sagte damals in seiner schwäbischen Art: „Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt nicht zu viele Alte, es gibt zu wenig Junge.“

(Beifall bei der SPD, Abgeordneten der Grünen und der CDU sowie der Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sehr gut!)

Das gilt übrigens heute noch. Wir wollen ja nicht den alten Menschen einreden, dass sie überflüssig sind.

Die SPD ist übrigens die Partei, die seit dem Kaiserreich mit dafür gesorgt hat,

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

dass sich die Lebensbedingungen der Menschen in diesem Land verbessert haben: 1900 wurde eine deutsche Frau im Durchschnitt 44 Jahre alt, heute wird sie im Durchschnitt 84. 1900 wurde ein Mann im Durchschnitt 45 Jahre alt, heute wird er im Durchschnitt 80 Jahre alt.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Heute geht er mit 60 in den Landtag! Genau!)

Die SPD gönnt jedem Menschen ein langes gesundes Leben. Dass die Menschen gesund alt werden, ist ein Zeichen einer ausgewogenen Sozial- und Bildungspolitik und einer guten medizinischen Versorgung in diesem Land.

(Beifall bei der SPD, Abgeordneten der Grünen und der CDU sowie der Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP)

– Danke. – Wenn ich aber über demografischen Wandel spreche, möchte ich nicht verheimlichen, dass die Höhe der Geburtenrate in unserem Land jahrzehntelang ein Problem war. Herr Teufel sagte es: Wir haben im Durchschnitt die jüngste Bevölkerung unter den Flächenländern. Das geht aber nicht

auf die Höhe der Geburtenrate der einheimischen Bevölkerung, sondern auf Zuwanderung zurück.

(Lachen bei Abgeordneten der AfD)

Auf dem Tiefststand lag die Geburtenrate hier bei 1,3 Kindern, und jetzt, meine sehr geehrten Damen und Herren, verzeichnen wir – auch bedingt durch den massiven Ausbau von Ganztagsangeboten in der Kita und in der Schule – eine Geburtenrate von 1,59 Kindern pro Frau. Das ist übrigens nach 2011 eingetreten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

2007 hat hier an diesem Pult ein Mann namens Stefan Mappus – die Älteren kennen ihn noch;

(Heiterkeit)

er war einmal Ministerpräsident von Baden-Württemberg – folgende Worte gesprochen: Eigentlich sei es eine familienfeindliche Politik, wenn wir flächendeckend Kitas anbieten würden und Mütter tagsüber arbeiten gingen. Damals war die Geburtenrate auf einem Tiefstand. Gleichzeitig hat Stefan Mappus aber nach Schweden und nach Frankreich geblickt, wo die Geburtenrate bei 1,8 Kindern pro Frau liegt. Genau dort arbeiten Frauen flächendeckend, und genau dort sind die Angebote für Kinder unter drei Jahren am besten ausgebaut.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Baden-Württemberg hat es übrigens geschafft – die CDU hat das Gott sei Dank längst mit in ihr Programm aufgenommen, Kollege Teufel; auch Sie haben da schnell dazugelernt –, von Platz 16 im Jahr 2010 auf Platz 1 jetzt zu kommen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Da bedanke ich mich im Nachhinein bei den damaligen Ministern Stoch und Schmid, die das zusammen mit dem grünen Koalitionspartner mit vorangetrieben haben.

Wenn ich über den demografischen Wandel spreche, spreche ich natürlich auch über „Quartier 2020“ und das Thema Wohnen. In Deutschland sind nur 5 % aller Wohnungen altengerecht. Da sehe ich einen massiven Nachholbedarf. Wer in seinem Quartier wohnen bleiben möchte, muss auch die richtige Wohnung dazu haben.

Wir müssen auch in den Wohnbestand, in die Bestandswohnungen investieren. Wir dürfen uns Häuser nicht nur unter dem energetischen Aspekt anschauen. Wir müssen auch betrachten, ob sie altengerecht sind. Es hilft einer 85-jährigen Frau nicht, wenn man ihr für 20 000 € eine neue Heizung verkauft, die sich dann rentiert, wenn sie 110 Jahre alt wird. Sie möchte vielmehr baden, duschen, sich in ihrem Haus bewegen können. Also müssen wir auch Handwerkerinnen und Handwerker so schulen, dass sie im Blick haben: Was ist altengerechtes Wohnen?

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Roland Sing, der Präsident des Landesseniorenrats, sagte im Landtag: Wer einen guten Wohnungsbau für alte Menschen macht, macht den auch für Familien. Da, wo man mit dem

(Andreas Kenner)

Rollator gut durchkommt, kommt man auch mit dem Kinderwagen gut durch.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Das gilt auch für den öffentlichen Nahverkehr. Ich empfehle jedem, den öffentlichen Nahverkehr – jetzt ist der Verkehrsminister nicht mehr da – täglich zu nutzen. Eines der letzten Abenteuer dieses Landes ist Zufahren.

(Heiterkeit)

Man muss gar nicht alt sein, man muss auch nicht schwerhörig sein, um die Durchsagen nicht zu hören. Dann wird die Wagenreihenfolge geändert, dann fährt der Zug gar nicht, dann fährt er anders als geplant. Es ist weder senioren- noch kindergerecht, wenn man von Herrenberg nach Kirchheim/Teck – 82 Minuten S-Bahn-Fahrt – keine Toilette hat.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Räßple?

Abg. Andreas Kenner SPD: Nein. Ich habe jetzt nur noch 52 Minuten.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Sekunden.

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP)

Abg. Andreas Kenner SPD: Ich hätte gern noch 52 Minuten. – Da die Zeit schnell vergeht, sage ich noch: Es gibt noch sehr viel zu tun. Mit uns sind Sie dabei.

Der Demografiebonus für Gemeinden – das haben wir hier heute zweimal gehört – findet natürlich unsere hundertprozentige Unterstützung. Bringen Sie es ein! Da sind wir voll an Ihrer Seite.

Zum Schluss sage ich: Der demografische Wandel spielt sich nicht draußen auf der Straße ab, er ist mitten unter uns. Das beste Beispiel in Person – er ist leider nicht mehr da – ist für mich unser Ministerpräsident Winfried Kretschmann. Er sagte vor fast 20 Jahren zum damaligen Ministerpräsidenten und Onkel von Stefan Teufel: „Erwin, mit 60 könntest du auch allmählich in Rente gehen.“

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Genau!)

Heute sagt er mit 70, er war noch nie so frisch und munter wie jetzt.

(Heiterkeit – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Er hat den demografischen Wandel umgesetzt. Er wird 2021 noch mal antreten. Ich befürchte nur, wenn es an diesem Wahlabend schiefläuft,

(Glocke des Präsidenten)

wird meine Lieblingsband, die Rolling Stones, im Radio spielen: „It’s all over now“.

Vielen Dank fürs Zuhören, meine sehr verehrten Damen und Herren. Danke.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU, der AfD und der FDP/DVP – Abg. Karl Zimmermann CDU: Kenner trinken nicht nur Württemberger gern, sondern hören auch Württemberger gern!)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Kollege Zimmermann! – Für die FDP/DVP-Fraktion erhält Kollege Keck das Wort.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Abg. Jürgen Keck FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Offensichtlich ist die Rede von Andreas Kenner wieder nicht zu toppen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Die Latte liegt hoch!)

Ich versuche, den Puls und den Humorgehalt in diesem Plenum etwas herunterzufahren.

Wir danken der CDU für die heutige Debatte ganz herzlich. Es passt zur heutigen Debatte, dass Sie mit der Berufung von gleich zwei neuen Staatssekretären im Innenministerium auch älteren Arbeitnehmern eine Chance geben.

(Heiterkeit bei allen Fraktionen – Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD und der SPD – Abg. Andreas Stoch SPD: Sehen Sie!)

Beide haben die 60 Lebensjahre fest im Blick und sind vielleicht keine reinen Nachwuchskräfte.

An dieser Stelle möchten wir uns ganz herzlich bei Herrn Klenk bedanken. Er wird uns in diesem Haus als Landtagsvizepräsident sehr fehlen. Wir wünschen ihm eine glückliche Hand im Innenministerium.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Die junge Generation, die die Aufblähung der Amtsspitze für einen offenbar überforderten Innenminister mit ihren Steuern zu zahlen hat, wird Ihnen, liebe CDU, bestimmt unendlich dankbar sein. So sieht Ihre generationengerechte Zukunft aus.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Das Thema der heutigen Debatte wurde schon mehrfach im Landtag beraten. Dabei erinnere ich an die Enquetekommission „Demografischer Wandel – Herausforderung an die Landespolitik“ in der 13. Legislaturperiode und an die Enquete „Pflege in Baden-Württemberg zukunftsorientiert und generationengerecht gestalten“. Zu diesem Thema gab es schon zahlreiche Debatten und Anträge.

Jetzt muss ich noch ein Wort an den Kollegen Stefan Teufel verlieren, der gesagt hat: „Jetzt müssen wir es angehen.“ Ich darf jetzt schon zwei Jahre in diesem Hohen Haus tätig sein, und seit zwei Jahren –

(Abg. Karl Zimmermann CDU möchte mit einem Smartphone fotografieren. – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Kollege Zimmermann, fotografieren ist hier verboten.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Karl Zimmermann CDU: Wo steht das?)

– In der Geschäftsordnung. Dort können Sie das nachlesen. – Kollege Keck, fahren Sie fort.

(Heiterkeit)

Abg. Jürgen Keck FDP/DVP: Danke, Herr Präsident. – Seit diesen zwei Jahren warte ich eigentlich auf mannigfaltige Umsetzung der Empfehlungen der Pflegeenquete.

(Zurufe – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Aus 600 Handlungsempfehlungen muss deutlich mehr kommen.

Meine Fraktion begleitet die Fragen des demografischen Wandels im Übrigen schon seit vielen Jahren in eigener Verantwortung mit kompetenten Referentinnen und Referenten. Wir reden und diskutieren dabei mit den Menschen, nicht nur über sie.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Andreas Kenner SPD)

In diesem Jahr findet der 10. Liberale Seniorentag wieder hier im Landtag statt. Wir beschäftigen uns am 16. Juni hier in diesem Haus mit dem Thema Generationenverantwortung. Ich darf hier Werbung in eigener Sache machen. Nicht nur liberal Interessierte sind dazu herzlich willkommen.

Worum es beim demografischen Wandel geht, wurde hinreichend beschrieben. Das brauche ich nicht zu wiederholen.

Die aktuelle, grün-schwarze Landesregierung hat zweierlei getan: Erstens hat sie in der Person von Thaddäus Kunzmann einen Demografiebeauftragten des Landes bestellt, und zweitens hat sie sich im Koalitionsvertrag Ziele gesetzt. An dieser Stelle sei mit Blick auf die Aktuelle Debatte auch die Frage gestattet: Gab es denn eine Einladung an den von der Kollegin Steffi Seemann und vom Kollegen Stefan Teufel gelobten Herrn Kunzmann? Ich konnte ihn leider noch nicht sehen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Warum einladen? Das muss er doch wissen! – Gegenruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Spricht sich das in Stuttgart herum?)

– Ja? Okay.

Die Landtagswahl ist inzwischen mehr als zwei Jahre her. In dem Koalitionsvertrag wurde nicht weniger versprochen, als eine neue Gesamtstrategie für unser Land zu erarbeiten,

um die Belange der älter werdenden Gesellschaft in allen Politikfeldern angemessen zu berücksichtigen.

Für die Fraktion der Freien Demokraten kann ich sagen: Wir sind gespannt.

Weiter hieß es – ich zitiere –:

Die Gemeinden, die vom demografischen Wandel besonders betroffen sind, sollen außerdem mit einer Regionalstrategie „Daseinsvorsorge“ bei ihren Planungen finanziell und strukturell unterstützt werden. Wir wollen einen Demografiebonus einführen, der Kommunen mit stark rückläufiger Bevölkerungszahl bis zu zehn Jahre lang höhere Schlüsselzuweisungen aus den kommunalen Finanzgleichsystemen garantiert.

Aha. Und was ist damit? Auch das wurde hier angesprochen. Ich kann nicht feststellen oder erkennen, dass bei den Kommunen tatsächlich etwas ankommen würde.

Der Demografiebeauftragte hat am 5. April eine Pressekonferenz gegeben. In der dazugehörigen Pressemitteilung greift er auch diese Punkte auf, indem er ausdrücklich auf die Regierungserklärung aus dem Jahr 2016 hinweist. Wenn das alles ist, dann reicht uns das nicht.

Ein weiteres Dauerthema, bei dem es nicht recht vorangeht, ist die Beteiligung der Pflegekassen an den Entscheidungen und den Kosten in Bezug auf die geriatrische Rehabilitation. Im Bund hat die Große Koalition im Jahr 2013 in ihren Koalitionsvertrag geschrieben:

Deshalb werden wir auch prüfen, ob die Pflegeversicherung sich an den Kosten der geriatrischen Reha beteiligen soll.

Daraus wurde wohl nichts. Auch hier im Land haben Grüne und CDU das Thema in ihren Koalitionsvertrag aufgenommen. Wir freuen uns schon heute auf den Tag, an dem diese dringend erforderliche Änderung im Gesetzblatt steht.

Auch heute wurde schon öfter angesprochen: Der Fachkräftemangel ist mittlerweile in der Pflege angekommen. Die Generalistik in der Pflegeberufsausbildung kommt. Das wurde bundesgesetzlich geregelt. Wichtige Umsetzungsschritte stehen noch aus. Hier fordern wir rasches Handeln. Ich weise ausdrücklich darauf hin, dass wir eine ausschließliche Generalistik nach wie vor kritisch sehen. In der erwähnten Pflegeenquete haben wir deshalb ein Sondervotum abgegeben.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Die generalistische Ausbildung sollte aus unserer Sicht die bisherige Ausbildung eher ergänzen statt ablösen.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Richtig!)

Wir befürchten für die Pflegeeinrichtungen Nachteile. Generell bräuchte es mehr Freiheit im Pflegebereich.

Wenn quartierbezogenes Wohnen funktionieren soll, müssen die strikten Grenzen des Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetzes zwischen Pflegeheim und ambulanten Wohnformen aufgehoben werden. Auch braucht es einen deutlichen Bürokratieabbau, um Schub in den Prozess der Gründung von ambulanten Wohnformen zu bringen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Vereinzelt Beifall bei der SPD – Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr gut!)

Denn – auch das ist sicher – die Personalvorgaben sind viel zu eng gesteckt.

Darüber hinaus müssen die Pflegefachkräfte entlastet werden: einerseits durch die Abschaffung der Doppelprüfung durch den MDK und die Heimaufsicht, andererseits durch die Stärkung der Helferberufe, die die Fachkräfte entlasten. Auch sehen wir in der Digitalisierung Entlastungsmöglichkeiten. Japan ist auf dem Weg der Entwicklung von Pflegerobotern um Jahre voraus. Dabei geht es aber nicht darum, Menschen nur noch von Maschinen betreuen zu lassen, sondern es geht um

(Jürgen Keck)

eine sinnvolle Entlastung bei schweren Arbeiten oder bei Routinevorgängen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Den Fachkräftemangel habe ich bereits angesprochen. Ein wirksames Zuwanderungsgesetz kann neben dem bereits Gesagten ein weiterer Baustein sein.

Zum Schluss komme ich auf den Titel der Debatte zurück. Demnach soll es um eine generationengerechte Zukunft gehen. Was das sein soll, wird vermutlich jeder aus seiner individuellen Betroffenheit heraus ableiten. Aber eines fällt beim Lesen des Koalitionsvertrags der neuen Bundesregierung besonders auf: die Öffnung der Geldschleuse im Bereich der gesetzlichen Rente. Hier durfte die CSU die Mütterrente ausweiten, obwohl seit 1992 jeder Mutter pro Kind drei Entgeltpunkte gutgeschrieben werden – was gut so ist.

(Zuruf: Nicht jeder!)

Die SPD durfte die gesetzliche Rente zum neuen Sozialamt machen, weil es nun eine Grundrente mit Bedürftigkeitsprüfung geben soll. Uns fehlt aber dabei ausdrücklich die notwendige Gegenrechnung, wie die Finanzierbarkeit dieser Erweiterung sichergestellt werden kann. Was soll dazu eigentlich die jüngere Generation sagen, die das alles mit ihren Beiträgen und Steuern finanzieren soll?

Jedenfalls ein Punkt nützt allen Generationen und Lebenslagen gleichermaßen, und der heißt Barrierefreiheit. Hier gibt es im Land – auch das hat der Kollege Kenner schon angesprochen – noch viel zu tun. Denken wir an Bushaltestellen, Bahnhöfe, unterschiedliche Bahnsteighöhen. Vor allem aber auch im Wohnungsbestand gibt es sehr viel zu tun. Es gilt, die Förderinstrumente besser aufeinander abzustimmen und auskömmlicher zu gestalten.

Das Leben findet in den Gemeinden statt. Sorgen wir dafür, dass es lebenswerte Gemeinden sind, in denen Kinder unbeschwert aufwachsen können und Ältere sorgenfrei alt werden können.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Minister Lucha.

Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, lieber Stefan Teufel, herzlichen Dank für die heutige Debatte. Sie, lieber Kollege Kenner, haben gesagt, wir würden oft redundante Debatten führen. Ich will aber auf die Themen verweisen, die sich dahinter verstecken. Im Ausschuss arbeiten wir ja gemeinsam daran, und ich sage: bis hierher wirklich gemeinsam, sehr zielorientiert, sehr umfassend. Sie haben ja auch viele Beispiele für Themen genannt, bei denen wir wirklich sehr konzentriert und im Übrigen auch mit sehr viel Erfolg an einem Strang ziehen.

Ja, wir sprechen nun schon seit Jahrzehnten über den demografischen Wandel. Dessen erwartete Auswirkungen wurden berechnet, beschrieben und interpretiert. Wir können ganz banal sagen: Der demografische Wandel ist da. Allerdings stellt er sich etwas anders dar, als noch vor wenigen Jahren erwartet wurde. So hatten wir damals einen deutlich größeren Bevölkerungsrückgang prognostiziert. Ich schaue bei diesem Stichwort in Richtung des ehemaligen Kultusministers und der amtierenden Kultusministerin, und ich richte meinen Blick auch auf die kommunalpolitisch Engagierten: Worüber haben wir in den letzten 15, 20 Jahren in den Kommunen nicht alles debattiert? Prognostiziert wurde eine deutlich sinkende Zahl der Schülerinnen und Schüler, und wir sprachen allgemein über Fragen der Gestaltung des Gemeinwesens. Nun aber zeigt sich eine ganz andere Situation: Es gibt eine erfreuliche Entwicklung – deren Folgen es allerdings auch zu bewältigen gilt.

Im Übrigen sind wir im positiven Sinn Opfer unserer gemeinsamen Arbeit, nämlich in Bezug auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das ist ein wesentlicher Faktor zur Schaffung von Generationengerechtigkeit und damit ein wichtiger Faktor bei der demografischen Entwicklung schlechthin. Es gilt sicherzustellen, dass die Sorgearbeit für Kinder geleistet werden kann – ich spreche von Sorgearbeit und bewusst nicht von „Care“. Wir haben aber, lieber Stefan, im Kollegenkreis im Rahmen der Enquetekommission festgestellt, dass dies nun zunehmend auch die „Sorge Leben“ betrifft. Dabei geht es um das Zusammenleben mit Verwandten, mit engsten Freunden. Es geht um den modernen Begriff der sorgenden Gemeinschaft und die Frage, was auch für das Alter die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bedeutet.

Wir haben unlängst über die Novelle des Landesgesundheitsgesetzes debattiert und haben uns darüber ausgetauscht, dass Sorgearbeit – Kollegin Seemann – noch immer vorwiegend weiblich ist, jedoch auch festgestellt, dass es denjenigen, die Sorgearbeit und gemeinsame Tätigkeit unter einen Hut bringen, inzwischen trotzdem besser geht, und zwar nicht nur materiell, sondern etwa auch bezüglich der Alterssicherung – was eine der entscheidenden Fragen ist. Wir brauchen eigenständige Erwerbsbiografien aller, um dann auch eine eigenständige Alterssicherungsbiografie zu haben, die es wiederum ermöglichen kann, das Älterwerden tatsächlich als große Chance und als Glück zu begreifen.

Noch einmal: Baden-Württemberg ist heute – dankenswerterweise – zum einen geprägt von einem niedrigen Altersdurchschnitt der Bevölkerung. Darüber sind wir sehr froh; wir waren hieran aktiv beteiligt. Zum anderen werden die Menschen in Baden-Württemberg im Durchschnitt immer älter. Der baden-württembergische Mann ist bundesweit der Erste, der bei der Lebenserwartung die Marke von 80 Jahren reißt. Ihr Frauen seid uns ja auch hier eine Nasenlänge voraus; das sehen wir aber ganz entspannt und nehmen das als guten Antrieb. Ihr werdet eben immer noch etwas älter als wir Männer.

Es war eine gute Idee – der Herr Innenminister ist jetzt gerade nicht da; wir haben es, glaube ich, gut gemacht –, den Kollegen Kunzmann mit seiner Expertise als Obmann in der Enquetekommission zum Demografiebeauftragten zu ernennen und ihn als unabhängigen Beauftragten im Ministerium für Soziales und Integration zu „beheimaten“. Er wird aus un-

(Minister Manfred Lucha)

serem Budget, wie ich glaube, auch freundschaftlich und gut behandelt. Wir haben diesen guten Austausch mit ihm. Er geht auch in die Regionen des Landes, er sammelt und trägt für uns immer wieder Aufgaben zusammen. So hat er in der vergangenen Woche pointiert auf manches hingewiesen.

Mit unserer Arbeit, die wir nun seit zwei Jahren machen, gerade was die Umsetzung der Ergebnisse der Enquetekommission betrifft – –

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Binder?

Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha: Des Kollegen Binder?

(Heiterkeit)

Herr Binder, ich bin erstaunt; bislang hatte ich Sie mit diesem Thema nicht in Verbindung gebracht.

Abg. Sascha Binder SPD: Herr Minister, ich kann erst aufstehen und zum Mikrofon gehen, wenn Sie der Zwischenfrage zustimmen. – Herr Minister, vielen Dank. Nachdem der Demografiebeauftragte der Herzen, Andreas Kenner,

(Heiterkeit bei der SPD)

gerade gesprochen hat und Sie jetzt auch auf den formal eingesetzten Demografiebeauftragten der Landesregierung zu sprechen gekommen sind, frage ich mich schon: Wo befindet sich denn der Demografiebeauftragte? Bisher konnte ich ihn noch nicht sehen – weder auf der Regierungsbank noch bei den Zuschauern. Wenn sich das Parlament heute mit seinem Thema beschäftigt, hätte das Parlament schon den Anspruch darauf, ihn zumindest einmal zu sehen.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD – Zuruf: Sehr richtig!
– Abg. Karl Zimmermann CDU: Er ist dort, wo die Probleme sind!)

Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha: Es ist in der Tat so – –

(Abg. Sascha Binder SPD: Also, Kollege Zimmermann! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Minister, fahren Sie fort.

Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha: Ich glaube, der Minister darf das beantworten. Es ist in der Tat so: Herr Kunzmann konnte heute nicht. Er hat einen anderen Termin. Man hat sich aber darauf verständigt – auch mit der CDU-Fraktion –, dass die Debatte heute trotzdem geführt wird. Sie kennen das Arbeitsprogramm des Kollegen Kunzmann. Er geht jetzt in alle vier Regionen, diskutiert es.

Lieber Herr Ausschussvorsitzender, ohne dass Sie es vorab wussten, schlage ich spontan ein Joint Venture aus Ausschussvorsitzendem und Minister vor: Wir laden Herrn Kunzmann demnächst zu uns in den Ausschuss ein, so wie wir es unlängst zum BTHG mit Frau Aeffner sehr zielführend gemacht haben. Ich glaube, da vergeben wir uns gar nichts. Dann haben alle

ihre Freude. Es ist keine Böswilligkeit, Herrn Kunzmann heute auszuschließen.

Aber ich möchte schon sagen: Eines müssen Sie schon einmal im Hinterkopf haben: Wir arbeiten in allen Bereichen, die uns betreffen – –

(Unruhe)

– Es ist ein bisschen laut.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: In der Regel können Sie sich ja durchsetzen.

(Heiterkeit)

Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha: Ja, aber die hören heute nicht auf mich. Ich bin ganz irritiert. Es geht ja um uns alle; denn wenn wir gute Arbeit machen, geht es auch euch gut.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Herr Kunzmann macht eine hervorragende Arbeit! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Kollege Zimmermann, das war ein berechtigter Zwischenruf. Aber gut.

Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha: Das habe ich schon gewürdigt, Herr Kollege Zimmermann. Aber für das operative Geschäft sind wir zuständig, und ich glaube, das machen wir auch sehr ordentlich. Ich wollte eben einfach sagen: Wir sind in allen Bereichen, lieber Kollege Zimmermann, unterwegs, nicht bloß in den eng ressortbezogenen sozial- und gesundheitspolitischen Bereichen. Wir sind da auch bei der Gewinnung von Fachkräften.

Sie haben richtig gesagt, was mit der barrierefreien Mobilität der Zukunft ist. Ich weiß vom Fraktionsvorsitzenden Schwarz, wie wichtig ihm das von Anfang an war. Das, was Sie eben in Ihrer unnachahmlichen Art so schön beschrieben haben, betrifft uns doch alle. Es bringt mich doch heute auch schon in Stress, wenn ich in Stuttgart zeitlich knapp an den Hauptbahnhof gehe, dort der ICE umgeswicht wird und keine Sau davon weiß. So etwas ist selbstverständlich.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Nichts gegen die Schweinezucht!)

– Entschuldigung, ich nehme dieses Wort zurück, aber es ist umgangssprachlich. Manchmal geht es uns ja so, da haben wir die gleichen Empfindungen.

Natürlich geht es uns allen um den Breitbandausbau. Den haben wir 2011 begonnen und führen ihn jetzt weiter. Es geht um die Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements, es geht um Vermeidung von Einsamkeit. Das sind doch alles die Maßnahmen, die wir im Blick haben.

Schauen wir auf den Bereich der Wohnungsbaupolitik, in dem zum einen im Wirtschaftsministerium das größte Programm aller Zeiten gemacht wird, aber gleichzeitig uns der Auftrag gegeben wurde, für Menschen mit Handicaps Konzepte für neue Lebens- und Wohnformen zu machen.

Herr Keck, Sie negieren immer, wenn man Ihnen antwortet. Ich glaube, das, was wir in der Enquetekommission „Pfleger“ gemeinsam erarbeitet haben – lieber Stefan, es war eine ge-

(Minister Manfred Lucha)

meinsame Enquete der damaligen vier Fraktionen; der erste Impuls kam von der CDU, aber wir haben uns sehr schnell gesagt, wir nehmen diesen auf, wir machen das miteinander –, war ein Glanz- und Höhepunkt des parlamentarischen Arbeitens – Kollegin Wölflé und Kollege Hinderer –, und die Umsetzung dieser 600 Handlungsempfehlungen sind wir, finde ich, in einem genialen Tempo angegangen.

Mit unserer Strategie „Quartier 2020“, für die wir im laufenden Doppelhaushalt 12 Millionen € einstellen konnten, haben wir mit 147 Bewerbungen quasi eine Bewegung bei den Bürgerinnen und Bürgern im ganzen Land ausgelöst. Es geht um die Frage: Wie wollen wir leben bei Unterstützungsbedarf und dem gleichzeitigen Wunsch nach Aufrechterhaltung der Autonomie? Um eben die Besonderheiten zwischen Bempflingen, Mannheim und Radolfzell tatsächlich – –

(Abg. Nicole Razavi CDU: Bempflingen geht gar nicht!)

– Doch, Bempflingen ist super. Bempflingen ist phonetisch so schön. Das muss ich immer wieder aufgreifen. Es wird auch kabarettistisch häufig benutzt.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Ja, das stimmt!)

Aber Sie wissen es, Frau Razavi, dass wir die einzelnen regionalen Bewerbungen der Kommunen ernst genommen haben und jetzt nach dem Bottom-up-Prinzip, von unten nach oben, eine Blaupause haben, weitergehen können und in der Lage sind, mit fünf Bausteinen ganz konzentriert die Quartiersidee, die immer eine rote Linie hat, weiterzuentwickeln. Die erste rote Linie ist die Sicherstellung von Pflege. Die zweite rote Linie ist, dass es von bürgerschaftlichem Engagement getragen ist. Die dritte rote Linie ist, dass politische Gremien dies beschließen und sich damit identifizieren.

An diesem Punkt merken wir – auch jetzt in der zweiten und dritten Tranche –: Baden-Württemberg ist polyzentrisch. Das ist unser großer Vorteil.

(Vereinzelt Beifall bei den Grünen und der CDU)

Baden-Württemberg hat einen starken ländlichen Raum. Mit diesen Ideen gehen wir auch in Gemeinden mit 3 000 und weniger Einwohnern und stärken dort die Infrastruktur. Pflegemöglichkeiten, Andockmöglichkeiten, Gestaltungsmöglichkeiten sind Infrastruktur und werden einen Teil dazu beitragen, liebe Frau Kollegin Seemann, dass die Abwanderungsprozesse eben nicht so schnell erfolgen. Das ist auch aus dem Bericht des Kollegen Kunzmann ersichtlich.

Wir stehen dem nicht gegenüber wie das Kaninchen vor der Schlange, eben weil wir uns über die interministerielle Arbeitsgruppe „Ländlicher Raum“ unter Federführung des MLR zusammen mit dem Gesundheitsministerium, dem Bildungsministerium und dem für die Digitalisierung zuständigen Innenministerium für die jeweilige Region genau anschauen: Was braucht diese Region? Was braucht sie pflegerisch, was braucht sie medizinisch, was braucht sie im Landärzteprogramm? Ja, wir werden jetzt gemeinsam mit der Wissenschaftsministerin Ideen entwickeln, wie man medizinische Stipendien im Studium verankert, damit man Klebeeffekte im Beruf hat. Das gehen wir aktiv an, und das ist unsere Arbeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU
– Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

– Jawohl, da dürft ihr schon einmal applaudieren. – Es wurde angesprochen: Wir stehen vor einer ganz großen Herausforderung in den Gesundheitsberufen, in den Pflegeberufen, bei der Fachkräftegewinnung in der Altenpflege, in der Gesundheitspflege. Zu den Maßnahmen zählen die Teilzeitausbildung, die Ausbildung zum Altenpflegehelfer mit intensiver Deutschförderung, die assistierte Ausbildung zur Unterstützung von jungen Menschen mit besonderem Förderbedarf. Wir haben eine verstärkte Nachwuchswerbung gemacht, die Erfolg zeigt.

Meine Damen und Herren, gegenüber dem Schuljahr 2000/2001 haben sich die Schülerzahlen an den privaten und öffentlichen Schulen der Altenpflege von 5 800 auf fast 12 000 Schüler geradezu verdoppelt. Das ist auch das Ergebnis unserer gezielten Anstrengungen und Förderprogramme, um diesen Beruf noch attraktiver zu machen. Wir sind der festen Überzeugung, dass die generalistische Pflegeausbildung noch durchlässiger, noch attraktiver wird. Das dritte Jahr ist dann das Spezialisierungsjahr.

Wir alle wissen – das wissen auch die Kollegen in der Bundespolitik, das haben wir in der Gesundheitsministerkonferenz schon beschlossen –: Wir brauchen langfristig auch – – Den Gap, lieber Kollege Kenner, von der Altenhilfe zur sonstigen Pflege müssen wir schließen. Aber wir müssen auch lernen – das habe ich unlängst beim MDK gesagt –: Wir haben hier keine dauerhafte Trennung. Sie haben in Ihrer unnachahmlichen humoristischen Art den Ministerpräsidenten zitiert, der ja wirklich zäh wie Schuhleder und fit wie ein Turnschuh ist.

Wir werden uns an Lebensmodelle gewöhnen müssen, bei denen jemand eventuell morgens drei Stunden arbeitet und dann der Pflegedienst kommt, weil er eine Einschränkung hat und eine intensivere Betreuung und Hilfe benötigt. Aber es gilt eben nicht „ganz oder gar nicht“. Das ist der demografische Wandel. Das betrifft auch unsere Sozialversicherungssysteme, unsere Rentensysteme, auch unsere Beschreibung von Arbeitsschutz. Wie arbeiten wir, wie bringen wir uns ein, wie gestalten wir Übergänge, damit wir eben mit Mitte 70 auch noch produktiv sein können? Aber es gilt eben nicht mehr „ganz oder gar nicht“, sondern es ist eine punktuelle Betrachtung erforderlich.

(Glocke des Präsidenten)

Das sind die Herausforderungen, die wir miteinander bewältigen müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Vereinzelt
Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Aden?

Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha: Dr. Aden?

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: FDP/DVP.

Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha: Ja.

Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP: Vielen Dank, Herr Minister. – Sie haben gerade darüber gesprochen, dass die Zusammenführung der Altenpflege- und der Krankenpflegeausbildung ein Erfolg sei. Ich war in der letzten Woche in einem Altenheim in meinem Wahlkreis. Da wurde gerade gesagt, das sei ein gewisses Problem, weil da eine Kannibalisierung eintreten würde in dem Sinn, dass diese gemeinsame Ausbildung dazu führe, dass viele Schwestern und Pfleger letztlich im Krankenhaus landen, sodass sich dieser Erfolg, den Sie dargestellt haben, in der Realität leider nicht so darstellt.

Ich wollte das nicht in Form einer Frage, sondern eines Hinweises darstellen. Vielleicht können Sie dazu ja auch etwas sagen.

Danke schön.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Minister, bevor Sie antworten, möchte ich Sie fragen, ob Sie auch noch eine Zwischenfrage der Kollegin Dr. Baum zulassen.

Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha: Bitte.

Abg. Dr. Christina Baum AfD: Danke schön, Herr Minister. – Sie haben sehr gut beschrieben, wie Sie die aktuellen Probleme, die wir haben, meistern wollen. Das ist auch sehr lobenswert. Doch wie wollen Sie einfach für mehr Kinder in diesem Land sorgen? Das ist doch das Hauptproblem.

(Zurufe von der SPD: Genau! – Heiterkeit)

Wie können wir das herbeiführen? Welche unterstützenden Maßnahmen können Sie uns hier nennen, damit die junge Generation bereit ist, wieder mehr Kinder zu bekommen?

Danke schön.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha: Herr Dr. Aden, ich fange mit der Frage von Frau Dr. Baum an und komme dann zu Ihrem Hinweis. Ist das okay?

(Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP: Ja! Die Reihenfolge ist nicht wichtig!)

Liebe Frau Baum, Sie haben mir am Anfang nicht zugehört. Die Entscheidung junger Familien, Kinder zu haben, beruht erstens auf der Frage der Berufstätigkeit. Die jungen Menschen – ob Frau oder Mann – haben Talente, sind engagiert. Dann kommt die Frage, ob der Familienwunsch mit der beruflichen Tätigkeit vereinbar ist. Die jungen Menschen wollen sich nicht zwangsweise auf eine der beiden Rollen beschränken lassen. Sie fragen sich: Habe ich Sicherheit?

Anlässlich des Weltfrauentags hat Staatssekretärin Mielich doch richtigerweise von der gläsernen Decke gesprochen. Ist der Kinderwunsch von jungen weiblichen Leitungs- und Führungskräften für die Karriere schädlich, sodass sie lange überlegen, ob sie ein Kind bekommen möchten oder nicht? Irgendwann ist dann der Zug abgefahren. Diese Realität kennt jeder von uns.

Wir machen Politik der Sicherheit und unterstützen die Lebensentwürfe mit Kindern. Wir setzen ordnungspolitische, finanzielle und auch beschäftigungspolitische Rahmenbedingungen, schaffen auch andere Angebotsstrukturen, damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleistet ist. Kinderbetreuung, Kita, Ganztagschulbetreuung – das haben wir doch alles umgesetzt. Deswegen haben wir ja auch einen Zuwachs bei der Geburtenrate, bei der wir in kurzer Zeit von 1,3 Kindern auf 1,6 Kinder pro Frau gekommen sind.

Niemand von uns regiert in die Unterhose oder ins Schlafzimmer hinein.

(Abg. Anton Baron AfD: Da bin ich mir nicht ganz sicher!)

Aber unsere Aufgabe ist es doch, den jungen Menschen zu sagen: Wenn sie einen Kinderwunsch haben, dann wird die Gesellschaft und werden wir als verantwortliche Politikerinnen und Politiker alles dafür tun, dass sie sich diesen Kinderwunsch erfüllen können. Das ermöglichen wir mit unseren Maßnahmen.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

Wie immer gibt es nicht nur eine Maßnahme. Es ist ein Bündel von Maßnahmen.

Im Übrigen geht es auch noch um das Gefühl der sozialen Sicherheit, der Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft. Und dass die Leute in Baden-Württemberg die Zukunftsfähigkeit des Landes spüren und sich hier sicher fühlen, steht ja wohl außer Zweifel. Das wurde auch in vielen Untersuchungen bereits nachgewiesen. Heute wurde in diesem Zusammenhang von Frau Staatssekretärin Olschowski richtigerweise schon die Bertelsmann Stiftung zitiert. – Bei dieser Gelegenheit: Vielen Dank für diese grandiose Rede; sie passt auch zu unserem jetzigen Thema.

(Abg. Gernot Gruber SPD: Besser als Ihre! – Lachen bei der AfD)

– „Besser als Ihre“, das ist eine andere Konnotation, Herr Gruber. An Ihrer Stelle würde ich hier nicht die Qualität der Reden von anderen bewerten. Das macht man hier eigentlich nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Ich glaube, das ist auch ein anderer Kontext. Dort ging es mehr um grundsätzliche Themen, hier geht es um sehr operative Aspekte.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Herr Gruber entschuldigt sich! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich nehme das so zur Kenntnis, und dann ist es auch wieder gut.

Herr Aden, die Sorge der Altenpflege, zu kurz zu kommen, bestand immer vor dem Hintergrund, dass die Tätigkeit im Krankenhaus attraktiver war, dass dort die Tätigkeit besser bezahlt war. Da wir aber generell in der Versorgungslandschaft eine Veränderung haben – Stichwort Ambulantisierung, kür-

(Minister Manfred Lucha)

zere Verweildauern; die Menschen werden älter, wir werden gar nicht mehr alles in unserer alten Krankenhausphilosophie abbilden können –, werden die komplementären Angebote der Altenhilfe, der Wohnheime, der betreuten und ambulanten Einrichtungen an Bedeutung gewinnen. Sie kennen die unterschiedlichen Projekte ja auch aus den Ausschussberatungen.

Wir werden gemeinsam mit den Kostenträgern, den Kassen, auch die Diskussion darüber führen müssen, dass diese Dienste so ansprechend honoriert werden, dass es keine Konkurrenz zu den anderen Angeboten gibt. Aber ich sehe eine sehr große Chance, dass wir ebendiese Überwindung erreichen, weil die Gleichwertigkeit der Ausbildung gewährleistet ist.

Ich möchte noch ganz wenige Sätze sagen, was den medizinischen Bereich betrifft. Da verweise ich auf unser Landärzteprogramm, unsere sektorenübergreifende Versorgung und die Digitalisierung im Gesundheitswesen. Ich weise darauf hin: Wir hatten in Baden-Württemberg bis vor einem Jahr nur rund 90 Facharztabschlüsse in Allgemeinmedizin pro Jahr; zurzeit sind es rund 200. Diese 200 Absolventen pro Jahr stehen uns jetzt zur Verfügung, um wieder in den Praxen, um wieder vor Ort die Versorgung wahrzunehmen. Das zeigt: Unser Engagement, diese Strukturen zu fördern, bietet eine große Chance.

Lassen Sie mich zum Schluss sagen: Der demografische Wandel betrifft nicht allein die ältere Generation, er betrifft uns alle. Die jüngsten Generationen, die Kinder und Jugendlichen wie auch die Eltern haben genauso einen Anspruch, ihre alltäglichen Bedürfnisse befriedigt zu sehen, wie die ältere Generation. Wenn wir älter sind, wollen wir nicht reduziert werden auf unseren Hilfe- und Unterstützungsbedarf, aber diesen eben gedeckt haben. Das heißt, wenn wir unsere Bedarfe und Bedürfnisse wahrnehmen – ich rede da immer von Bedürfnisgleichheit – und unser Menschenbild, dass die Würde des Menschen unantastbar ist, zugrunde legen, dann haben wir eine große Chance.

Noch einen Satz: Es gibt in der vielfältigen Gesellschaft, bei den Zuwanderern und – jawohl – auch bei den jetzigen Geflüchteten sehr viele Personen, die jetzt im pflegerischen Bereich tätig werden.

(Abg. Anton Baron AfD: Zahlen!)

Es war ein einstimmiger Beschluss, und auch die neue Koalition in Berlin hat unsere baden-württembergische Initiative, die sogenannte 3+2-Regelung um die Helferberufe in der Alten- und Gesundheitspflege zu erweitern, aufgenommen.

(Abg. Anton Baron AfD: Wie viele?)

Ich habe gestern das Superprojekt Ausbildungscampus des Stuttgarter Bildungscampus unter Vorsitz von Frau Breuninger von der Bürgerstiftung Stuttgart besucht. Wir hatten dort Gesprächstische mit jungen Geflüchteten, die dort vorbildlich mentorisch begleitet werden. Bei mir saßen junge Männer, die alle jetzt eine einjährige Altenpflegeausbildung machen, um anschließend einen Pflegeberuf ergreifen zu können.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Altenpflegehelfer oder Altenpfleger?)

Hier ist die Helferausbildung ein Einstieg, um anschließend die Chance zu haben, mehr zu machen oder, wenn es benötigt

wird, auch dieses Angebot zu leisten. Wir haben hier die Chance zur Qualifizierung. Die Leute nehmen es wahr; es kommt an. Wir haben dort eine große Chance.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Ich fasse zusammen. Herzlichen Dank für die Debatte. Kollege Kunzmann hat in seiner Tour durch das Land die richtigen Fragen für uns aufbereitet. Das spiegelt auch das wider, was wir im Koalitionsvertrag und auch schon im vorherigen Koalitionsvertrag des Jahres 2011 gemeinsam auf den Weg gebracht haben. Ich wiederhole mich bei diesen Themen immer mit der Aussage: Wir haben in den Ausschussdebatten in den großen Linien in der Regel keinen Dissens. Wir wollen selbstbestimmte Lebensentwürfe – –

(Ein Klingelton ertönt. – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Schalten Sie bitte Ihre technischen Geräte aus. – Fahren Sie fort, Herr Minister.

Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha: Wir wollen selbstbestimmte Lebensentwürfe in allen Phasen des Lebens der Menschen, vom Kleinkind bis zum Hochbetagten, mit all den zur Verfügung stehenden operativen, politischen, ordnungspolitischen Maßnahmen sicherstellen, und das mit Leidenschaft und Empathie.

Danke.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU sowie des Abg. Andreas Kenner SPD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Gedeon.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Dann wäre die demografische Ordnung eingehalten!)

– Kollege Zimmermann, keine Beleidigung gegenüber Kollegen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das war nicht abfällig gemeint!)

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Altersdemografie macht mir keine Sorgen, und auch die Funktionsfähigkeit der Wirtschaft und des Rentensystems ist davon nicht wesentlich betroffen. Denn diese Dinge sind nicht primär abhängig von der Einwohnerzahl. Wenn es so wäre, müssten die Staaten in Afrika ja die beste Wirtschaft und die sichersten Renten haben. Das ist aber nicht so. Das heißt, die Produktivität der Wirtschaft ist entscheidend. Digitalisierung und Roboterisierung werden dafür sorgen, dass wir immer weniger Leute brauchen, sodass dies nicht unser Problem ist.

(Zuruf von der SPD)

Sorgen macht mir vielmehr die Problemlösung der politischen Klasse, wenn sie glaubt, wir müssten das Problem durch Zuwanderung lösen. Diese Zuwanderung ist nicht nur keine Entlastung, sondern eine zusätzliche Belastung für die Wirtschaft. Die Leute, die gekommen sind, können in fünf oder zehn Jahren das, was bei uns dann inzwischen Roboter tun. Das kann es also nicht sein.

(Dr. Wolfgang Gedeon)

Die Konsequenz ist jetzt aber nicht, zu sagen, wir brauchen keine Familien und keine Jugendlichen. Natürlich brauchen wir sie, meine Damen und Herren. Ich wehre mich nur gegen dieses ökonomische Denken und Rentabilitätsdenken, dass man selbst noch das Kinderkriegen diesem Primat unterstellt, dass wir Kinder instrumentalisieren für unsere Rentensicherheit und für die Funktionsfähigkeit unserer Wirtschaft.

(Beifall des Abg. Emil Sänze AfD)

Das ist ein dekadentes Denken. Das ist ein Zeitgeist, der zum Himmel stinkt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Kinder bedeuten die Zukunft einer Gesellschaft. Das ist ein Indikator dafür, dass die Gesellschaft lebt und Werte hat. Wenn Sie sich natürlich ständig mit einer solchen Schrottidologie, einer rot-grünen Schrottidologie infizieren lassen,

(Beifall des Abg. Stefan Räßle AfD – Oh-Rufe von den Grünen und der SPD – Abg. Andreas Stoch SPD:
Ihre braune Soße ist keine Lösung!)

wenn Sie sagen, die Schwulenehe sei genauso gut wie die normale, dann dürfen Sie sich doch nicht wundern, wenn die Leute keine Kinder haben.

Danke schön.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Die Aktuelle Debatte ist damit beendet und Punkt 2 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zum Einundzwanzigsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag und zur Anpassung des Medien-Datenschutzrechts an die Verordnung (EU) 2016/679 – Drucksache 16/3555

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 16/3750

Berichterstatter: Abg. Dr. Ulrich Goll

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Herrn Abg. Maier von der Fraktion GRÜNE das Wort.

Abg. Alexander Maier GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Durch die EU-Datenschutz-Grundverordnung, die im Mai 2018 EU-weit in Kraft treten wird, fällt uns hier in Baden-Württemberg die Aufgabe zu, unsere Landesgesetze an diese Verordnung anzupassen. Deshalb behandeln wir jetzt in zweiter Lesung die hierfür vorgenommenen Änderungen im Landesmediengesetz und im

Landespressegesetz, die die Datenschutzrichtlinien für den privaten Rundfunk und für die Presse anpassen.

Wir, die Fraktion GRÜNE, begrüßen die EU-Datenschutz-Grundverordnung, die Anlass dieses Gesetzentwurfs war, ausdrücklich. Die Initiative hierfür ging auch von der grünen Fraktion im Europäischen Parlament aus. Jüngst zeigten die Enthüllungen im Datenschutzskandal um Cambridge Analytica, wie dringend wir EU-weite einheitliche Regelungen zum Schutz der personenbezogenen Daten der Bürgerinnen und Bürger brauchen.

Eine bundesweit gleiche Anwendung der EU-Datenschutz-Grundverordnung auf Datenschutzbereiche, die mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu tun haben, verdanken wir dem Einundzwanzigsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag.

Aber neben der Umsetzung der Datenschutzverordnung enthalten der Vertrag und das dazugehörige Umsetzungsgesetz noch eine weitere Neuerung, nämlich die sogenannte Betrauungsnorm, die den öffentlich-rechtlichen Anbietern eine stärkere Zusammenarbeit untereinander ermöglicht. Dadurch können sie effizienter arbeiten, und unnötige Kosten können vermieden oder zumindest verringert werden.

Auch wenn für uns die Vorteile dieser Betrauungsnorm klar überwiegen, soll nicht unerwähnt bleiben, dass sie den Öffentlich-Rechtlichen möglicherweise einen Vorteil gegenüber den Privaten verschaffen könnte. Bevor ich in den Landtag gewählt wurde, war ich als Journalist bei einem privaten Radiosender tätig. Deshalb werde ich – genau wie meine Fraktion – sehr gern auch ein kritisches Auge darauf haben, ob sich die Einführung der Betrauungsnorm langfristig als fair bewerten lässt.

(Abg. Anton Baron AfD: Bei welchem Radiosender?)

– Das können Sie auf meiner Homepage nachlesen.

Klar ist jedoch auch, dass wir, die Fraktion GRÜNE, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk als zentrales Standbein unserer Demokratie sehen. Als solches muss er auch für die Zukunft fit gemacht werden und effizient bleiben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg. Raimund Haser CDU)

Deshalb begrüßen wir den Rundfunkänderungsstaatsvertrag inklusive Betrauungsnorm als einen wichtigen Schritt, der zeigt, dass auch in der heutigen Zeit der schnellen Umbrüche in der Medienlandschaft die Rundfunkkompetenz in den Händen der Länder weiterhin gut aufgehoben ist.

Abschließend lässt sich noch festhalten, dass die vorliegenden Gesetzesänderungen ihrer Aufgabe auch gerecht werden, die Rechtslage an die Datenschutz-Grundverordnung anzupassen, ohne das bestehende Niveau der Pressefreiheit zu beschneiden. Die Aufgabe, hier einen Spagat vorzunehmen zwischen der Freiheit von Presse und Medien, in die wir nicht eingreifen wollen, auf der einen Seite und dem Datenschutz, den wir den Bürgerinnen und Bürgern garantieren müssen, auf der anderen Seite wurde hier mit einer Erneuerung des Medienprivilegs gut gelöst.

(Alexander Maier)

Das bedeutet konkret, dass die Datenschutzaufsicht an zentraler Stelle in den Händen der Medien, Presse und Rundfunkanstalten bleibt, statt von einer Regierung ausgeübt zu werden, und Presse, Medien und Rundfunk in ihrem Handeln somit nicht staatlich kontrolliert werden. In einer Zeit, in der es auch in Europa immer noch Fälle gibt, dass Journalistinnen und Journalisten für die Ausübung ihres Berufs – das unabhängige Berichten und die Verbreitung von Informationen – mit Gefängnisstrafen rechnen müssen, wie aktuell in der Türkei, oder dies sogar mit dem Leben bezahlen müssen, wie jüngst bei den Journalistenmorden in der Slowakei und in Malta, steht es außer Frage, dass ein Staat die Freiheit von Presse und Medien sowie das Recht der Bürgerinnen und Bürger auf Berichterstattung gar nicht hoch genug bewerten kann. Darauf gehen wir mit diesem Gesetz ein.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Noch zwei kurze Sätze zu den Änderungsanträgen der Fraktion der FDP/DVP. Wir sehen nicht, dass die beantragten Änderungen an dem – gelungenen – Gesetzentwurf erforderlich sind. Zum größten Teil wiederholen sie die geltende Rechtslage nach der EU-Datenschutz-Grundverordnung oder dem vorliegenden Gesetzentwurf, und Unklarheiten, die eine deklaratorische Regelung erforderlich machen würden, bestehen meiner Meinung nach nicht.

Im Übrigen können wir auch nicht verstehen, warum eigentlich Regelungen, die in der Vergangenheit schon sehr gut funktioniert haben und bereits praktiziert werden, ohne erkennbaren Grund gestrichen werden sollen.

Deshalb werden wir die Änderungsanträge ablehnen und werden dem zur Beratung stehenden Gesetzentwurf in der vorliegenden Fassung sehr gern zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die CDU-Fraktion erteile ich dem Kollegen Haser das Wort.

Abg. Raimund Haser CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir stimmen heute über den Einundzwanzigsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag ab. Deswegen möchten wir heute auch keine Grundsatzdebatten mehr über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk führen, sondern explizit auf die inzwischen vorgebrachten Bedenken eingehen.

Lieber Kollege Weinmann, wir wissen um die Sorgen, die die privaten Medienunternehmen angesichts dieser Neuregelung teilweise haben. Wir stehen zum dualen System und wollen deshalb eine Bevorzugung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks vermeiden.

Dennoch: Es gibt eine andere Seite. Die CDU-Fraktion ist davon überzeugt, dass wir den Automatismus der Beitragserhöhungen stoppen müssen. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir die rechtlichen Möglichkeiten ausloten und die Fesseln des öffentlich-rechtlichen Rundfunks strukturell lösen. Deswegen stehen wir ausdrücklich hinter der Betrauungsnorm und weisen die Kritik daran zurück. In den kommenden Jahren wird sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk an vielen Stellen neu erfinden müssen. Die Betrauungsnorm gibt uns

die Möglichkeit, in diese strategischen Planungen auch strukturelle Überlegungen einzubeziehen.

Ihre Änderungsanträge betreffen die Umsetzung der EU-Datenschutz-Grundverordnung. Diese Anträge werden wir alleamt ablehnen, und ich sage Ihnen auch, warum.

Erstens soll Ihrer Meinung nach die Aufbewahrungspflicht für Medienunternehmen gestrichen werden. Einen unnötigen Verwaltungsaufwand kann ich an dieser Stelle nicht erkennen.

Zweitens empfinden Sie den Anspruch auf Gegendarstellung als einen Eingriff in die redaktionelle Freiheit. Das sehen wir nicht so. Der Wortlaut des kritisierten Absatzes entspricht dem bestehenden § 49 Absatz 2 des Landesmediengesetzes, der auch für private Anbieter gilt. Probleme mit dieser bereits bestehenden Norm – darauf hat der Kollege hingewiesen – sind uns nicht bekannt, und deshalb sind sie unserer Meinung nach auch für die kommende Zeit nicht zu erwarten.

Mit Ihrem dritten Antrag soll klargestellt werden, dass die Unterscheidung in § 50 Absatz 2 des Landesmediengesetzes zwischen kleineren Unternehmen mit weniger als 250 Mitarbeitern und größeren Betrieben auch für private Rundfunkanstalten gilt. Diese sieht Erleichterungen bei der Führung eines Verzeichnisses über die Datenverarbeitung vor. Eine Klarstellung ist unserer Ansicht nach auch hier nicht erforderlich, da für den journalistischen Bereich diese Pflicht überhaupt nicht gilt.

Des Weiteren befürchten Sie im vierten Antrag, dass durch unklare Zuständigkeiten der Datenschutzkontrolle die Gefahr der Einführung einer staatlichen Aufsicht durch die Hintertür bestehe. Wie Sie wissen, haben wir zu Beginn der Legislatur die Staatsferne sogar ausgeweitet. Unserer Ansicht nach regelt § 50 des Landesmediengesetzes das Aufsichtsregime für die privaten Rundfunkanstalten eindeutig. Im Gesetz ist gerade eine möglichst staatsferne Aufsicht im journalistischen Bereich durch den Vorsitzenden des Vorstands der LFK vorgesehen.

Demokratie setzt mündige und gut informierte Bürger voraus. Dafür sorgen die Öffentlich-Rechtlichen ohne jeglichen Zweifel. Deshalb stellt der Großteil aller Anwesenden in diesem Haus deren Daseinsberechtigung auch nicht infrage. Ob das Geschäftsmodell mit linearem Fernsehen, hohen Ausgaben für Sport und Unterhaltung, Quotenorientierung langfristig tragbar ist, wird noch zu diskutieren sein.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Räßle?

Abg. Raimund Haser CDU: Nein.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Nein.

Abg. Raimund Haser CDU: Wer gleichzeitig leistungsfähige Sender und niedrige bzw. stabile Beiträge fordert, muss den Weg, den der Einundzwanzigste Rundfunkänderungsstaatsvertrag einschlägt, konsequent mitgehen. Deswegen wird die CDU-Fraktion diesem Gesetz zustimmen und die Änderungsanträge ablehnen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die AfD-Fraktion er-
teile ich das Wort dem Kollegen Dr. Merz.

Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Sehr geehrter Herr Präsident,
werte Kollegen Abgeordnete! Grundsatzdebatten sind zu die-
sem Thema leider immer wieder nötig. Die erste Aussprache
zum vorliegenden Gesetzentwurf vom 8. März hat erfreu-
licherweise gezeigt, dass endlich auch andere Parteienvertreter
hier im Landtag von Baden-Württemberg Kritik an EU-De-
kreten wagen, auch und sogar wenn es den deutschen Staats-
funk betrifft.

Die vorliegende EU-Datenschutz-Grundverordnung führt zu
einem bürokratischen Aufblähen unseres Landespressege-
setzes und zu einer Verumständlichung der Arbeit von Jour-
nalisten. Doch beim Thema Datenschutz geht es ja auch um
die Informationsfreiheit und somit auch um die Meinungsfrei-
heit, etwas, was in unserer Republik spätestens seit dem so-
genannten Netzwerkdurchsetzungsgesetz vom letzten Okto-
ber im größten „Maas“ – verzeihen Sie mir dieses Wortspiel
– gefährdet und beeinträchtigt ist.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Wenn man zudem bedenkt, dass verbohnte Linksideologinnen,
die bei der Stasi in der DDR ihr Handwerk gelernt haben, heu-
te in Deutschland über die Meinungsfreiheit im Internet wa-
chen, dann sind Zensur und Gehirnwäsche hier in unserem
Land schon voll angekommen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Wolfgang
Drexler SPD: Das ist ja unglaublich!)

Wenn man die sextriefende Indoktrination des interkulturellen
Verkuppelersenders KiKA – was übrigens Kinderkanal heißt –
betrachtet, dann kann hier eigentlich nur noch von öffentlich-
rechtlicher medialer Pädophilie gesprochen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Wolfgang
Drexler SPD: Was? – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜ-
NE: Unglaublich! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE:
Absurd! – Abg. Reinhold Gall SPD: Was reden Sie
hier eigentlich?)

Der KiKA, ein zwangsbeitragsfinanzierter Kanal von ARD
und ZDF, stellt es unseren Kindern als chic und als erstrebens-
werte Normalität hin, dass sich hiesige junge Mädchen willig
oft doppelt so alten Moslems hingeben.

(Beifall bei der AfD – Abg. Nicole Razavi CDU:
Was? Gibt es noch Beweise? – Abg. Hans-Ulrich
Sckerl GRÜNE: Das Protokoll werden wir dem In-
tendanten schicken!)

Zurück zum Datenschutz, zu der Informationsfreiheit und der
Meinungsfreiheit, zu etwas, mit dem die nun Herrschenden in
unserem Land überhaupt auf Kriegsfuß stehen, nämlich der
Selbstbestimmung der Bürger. Wir, die AfD, kämpfen dafür,
dass die Bürger in unserem Land das Recht haben, sich frei
zu entscheiden, welche Informationskanäle sie in Anspruch
nehmen, und dann – doch auch nur dann – diese selbstver-
ständlich auch bezahlen müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Weg mit dem leistungsunzugeordneten Zwangsbeitrag und
hin zu anderen Finanzierungsformen, falls die Bürger bei uns
überhaupt weiterhin einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk
wollen.

Grundsätzliche Fragen zu der Struktur der öffentlich-rechtli-
chen Sender haben wir am 8. März erfreulicherweise selbst
von der CDU gehört, leider demütig verbunden mit einem zu-
gleich heuchlerischen Lob für diesen drögen Krimi namens
„Tatort“,

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Raimund
Haser CDU: Den am Wochenende 8,4 Millionen Leute
angeschaut haben!)

welcher lediglich oft einen politisch korrekten vermeintlichen
Zeitgeist simuliert und mit der heutigen tatsächlich passie-
renden Kriminalität in unserem Land kaum etwas bis gar
nichts mehr zu tun hat.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Wolfgang
Drexler SPD: Das ist ein Krimi, keine Dokumentati-
on! – Weitere Zurufe – Glocke des Präsidenten)

Das ist der übliche stetige Kotau der Altparteien vor ARD und
ZDF;

(Glocke des Präsidenten – Abg. Hans-Ulrich Sckerl
GRÜNE: Wer Datenmissbrauch so wie Sie begeht,
sollte vorsichtig sein, Herr Kollege! – Zuruf des Abg.
Reinhold Gall SPD)

denn der omnipräsente Staatsfunk mit seiner ins Absurde ge-
führten Grundversorgung mit über 20 Fernsehkanälen,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

über 80 Radiosendern und seinen Metastasen im Internet soll
ja weiterhin jegliche Zustände im Lande bejubeln und keines-
falls systemkritisch senden.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Und er darf ja keinesfalls objektiv bezüglich der AfD sein.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Taten werden somit nun seitens der herrschenden Parteien lei-
der wohl klar ausbleiben. Denn am 8. März hat Herr Abg. Ha-
ser von der Regierungspartei CDU bereits angemerkt, dass die
aufgeworfenen grundsätzlichen Fragen weder in diesen noch
in den nächsten Staatsvertrag Eingang finden werden. Aber
sollte man nicht genau dann, wenn man, wie Herr Abg. Ha-
ser, in der „Landesschau“ genauso einen Eigenanspruch und
im „Tatort“ genau das eigene Niveau sieht, auch der Überzeu-
gung sein, dass sich ein solches Angebot auch ohne zwangs-
gebührenfinanzierte Marktmacht durchsetzt?

(Zuruf: Nein!)

Jeder hat doch die Freiheit, zu entscheiden, wie er seine Frei-
zeit gestalten möchte. Diese Freiheit muss aber auch die Mög-
lichkeit umfassen, dass man ein Angebot eben nicht wahrneh-
men möchte, sodass man dieses auch nicht über einen Zwangs-
beitrag mitfinanzieren muss.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

(Dr. Heiner Merz)

Mittlerweile verweigern in Deutschland Hunderttausende Gewerbetreibende und Wohnungsbesitzer diesen Zwangsbeitrag – so wie ich. Ich wünsche uns, die wir uns widersetzen, weiterhin Durchhaltevermögen, Glück und endlich Erfolg. Denen, die bislang widerwillig zahlen, sei gesagt: Je mehr sich widersetzen, umso eher wird dieses Zwangsbeitragsunrechtssystem hoffentlich zusammenbrechen. Also: Bitte Mut zum Widerstand.

(Beifall bei der AfD)

Wir, die AfD – –

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Kollege, ich habe gedacht, Sie sind fertig. Denn Ihre Redezeit ist jetzt abgelaufen.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Schon längst!)

Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Einen Satz noch: Wir, die AfD, lehnen diesen Gesetzentwurf ab. Er doktert wieder nur an irgendwelchen Symptomen herum, anstatt die Ursachen unseres kranken öffentlich-rechtlichen Rotfunksystems endlich auszumerzen.

(Beifall bei der AfD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die SPD-Fraktion erteile ich dem Kollegen Binder das Wort.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Gib ihm eine! – Abg. Raimund Haser CDU: Ausgemerzt! – Abg. Sascha Binder SPD fährt das Redepult nach unten. – Abg. Raimund Haser CDU: Runter, runter, runter! – Gegenruf der Abg. Nicole Razavi CDU: So geht es mir auch!)

Abg. Sascha Binder SPD: Danke, Herr Kollege Haser. Aber Ihre Kollegin Razavi kennt sich da wie ich besser aus, wie man das Pult auf die richtige Höhe bringt.

(Beifall des Abg. Gernot Gruber SPD)

Kollege Merz, haben Sie eigentlich den Gesetzentwurf gelesen,

(Abg. Nicole Razavi CDU: Aber nicht verstanden! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Glaube ich nicht!)

oder hat es andere Gründe, warum Sie hier am Pult zum Kern des Gesetzes,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nichts!)

nämlich zum Datenschutz, eigentlich nichts – –

(Zurufe von der AfD – Gegenrufe von der SPD – Glocke des Präsidenten)

– Herr Merz, sind Sie fertig? – Zum Datenschutz haben Sie nicht arg viel zu erzählen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Gar nichts!)

Dass jemandem wie Ihnen, dem vorgeworfen wird, 24 000 Datensätze einfach so zu verwenden, und der so mit Daten anderer Menschen umgeht, hier am Redepult des Landtags von Baden-Württemberg zum Datenschutz nichts einfällt, wundert mich nicht.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

Nicht nur die Daten weiterzugeben, sondern damit auch zu verbinden, das seien Menschen,

(Zuruf des Abg. Dr. Heiner Merz AfD)

die anderer Auffassung sind als Sie, Herr Merz – –

(Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Zu welchem Thema reden Sie? – Gegenruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Zu Ihren Verfehlungen!)

– Ich rede zum Datenschutz.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Andreas Stoch SPD: Zu demokratischer Kultur!)

Der Datenschutz ist der Kern dieser Gesetzesvorlage, die Sie, glaube ich, nicht einmal gelesen haben.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es! – Zuruf der Abg. Carola Wolle AfD)

– Frau Wolle, sind Sie fertig?

(Abg. Andreas Stoch SPD: Fertig ist die schon lang!)

Wenn Sie etwas wissen wollen, dann stellen Sie eine Zwischenfrage.

(Beifall des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Genau! – Abg. Carola Wolle AfD: Kommen Sie doch einmal zum Thema! – Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nicht dummlich zwischenreinquaken! – Gegenruf des Abg. Anton Baron AfD: Also wirklich!)

– Kollege Drexler ist auch gleich fertig. Dann kann ich fortfahren.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben es damit zu tun, dass wir den Datenschutz in Baden-Württemberg, in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund einer Datenschutz-Grundverordnung verändern, die – Kollege Maier, Sie haben zu Recht darauf hingewiesen – von der Europäischen Union kommt, für die die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen in diesem Land Baden-Württemberg bisher aber nicht arg viel Herz hatten.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Richtig!)

Der Landesdatenschutzbeauftragte weiß weder wann noch wie, noch weiß er, welche Änderung diese Landesregierung in Fortführung und Umsetzung der Datenschutz-Grundverordnung vorhat. Das ist der einzige Gesetzentwurf auf der Grundlage der Datenschutz-Grundverordnung, den diese Lan-

(Sascha Binder)

desregierung zustande bringt, obwohl die Datenschutz-Grundverordnung bereits im Mai dieses Jahres gilt.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Die Landesregierung pennt!)

Nach Facebook und anderen schleift auch diese Landesregierung den Datenschutz hier in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Nico Weinmann FDP/DVP)

Niemand ist zuständig, niemand will dafür verantwortlich sein. Es gibt einen Minister, der formal für den Datenschutz zuständig ist.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Formal! – Abg. Gabi Rolland SPD: Er ist aber nicht da!)

Er ist nicht nur physisch nicht anwesend, sondern er scheint auch beim Thema Datenschutz nicht auf der Höhe der Zeit zu sein. Auch seine zukünftigen Staatssekretäre, die er jetzt eingestellt hat,

(Abg. Andreas Stoch SPD: Einer sitzt hinter dir!)

sind hoch kompetent, aber das Wort Datenschutz als Zuständigkeitsbereich habe ich in der betreffenden Pressemitteilung nirgends gelesen, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Wilfried Klenk engagiert sich sehr für den Datenschutz! Das weiß man doch!)

Deshalb sind wir vor allem den anderen Bundesländern dankbar dafür, unsere Landesregierung darauf gebracht zu haben, dass wir in Bezug auf die Staatsverträge auch unser Landesmediengesetz und das Landespressegesetz ändern müssen. Ohne die Unterstützung der anderen 15 Bundesländer wären wir gar nicht auf die Idee gekommen – nicht mal Kollege Sckerl.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: So ein Quatsch!)

– Kollege Sckerl, es gibt keinen Vorschlag zur Änderung des Landesdatenschutzgesetzes. Es gibt keinen Vorschlag zur Änderung des Landespolizeigesetzes. Es sind noch weitere Gesetze zu ändern.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Mit aller Gelassenheit!)

– Nein, nicht mit Gelassenheit.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Alles in der Pipeline! Machen Sie sich keine Sorgen! – Glocke des Präsidenten)

Die Grünen sind mittlerweile beim Thema Datenschutz nur noch gelassen: nichts tun, einfach nur gelassen sein.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Am 25. Mai gilt die europäische Datenschutzverordnung unmittelbar! Wo ist Ihr Problem? – Glocke des Präsidenten)

Kollege Sckerl, wer vor dem Hintergrund des Skandals um Facebook und weiterer Datenskandale hier sagt: „Wir sind gelassen“, der hat die Zeichen der Zeit nicht verstanden.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der AfD)

Insofern werden wir diesem Gesetzentwurf in Summe zustimmen.

Wir werden auch einem Änderungsantrag der FDP/DVP zu Artikel 2 Nummer 2 zustimmen, der dankenswerterweise aufgrund der Beratungen im Ständigen Ausschuss noch mal angeglichen worden ist. Sofern dieser Änderungsantrag nicht angenommen wird, werden wir uns bei Artikel 2 des Gesetzes enthalten.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich dem Kollegen Weinmann das Wort.

Abg. Nico Weinmann FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die in wenigen Wochen bevorstehende unmittelbare Übernahme der Datenschutz-Grundverordnung der Europäischen Union beschäftigt uns – mehr oder weniger – in vielen Regelungsbereichen. Datenschutz und Datensicherheit sind hohe Güter – ganz besonders vor dem Hintergrund von Facebook & Co. – in der digitalen Zeit.

Wir Freien Demokraten bekennen uns ausdrücklich zu den Grundsätzen des Datenschutzes und der Datensicherheit. Sie schützen den einzelnen Bürger und ermöglichen ihm dadurch oft erst die Wahrnehmung seiner Freiheitsrechte. Deswegen unterstützen wir unseren Landesdatenschutzbeauftragten bei seiner bedeutsamen und herausfordernden Aufgabe nach Kräften.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie der Abg. Andreas Schwarz GRÜNE und Sascha Binder SPD)

Gleichwohl gilt es, auch bei der Übertragung der Datenschutz-Grundverordnung in unser Recht jeweils mit Sorgfalt und Augenmaß vorzugehen. Schließlich sollen diese Datenschutzbestimmungen uns ein Zusammenleben in einer freiheitlichen Gesellschaft ermöglichen und dies eben nicht verhindern. Es ist daher unsere Aufgabe, vorwiegend zwischen den Interessen des Datenschutzes einerseits und denen der Pressefreiheit andererseits abzuwägen und beide in eine tragfähige Balance zu bringen.

Die privaten Rundfunkanbieter und Medienunternehmer bzw. ihre Verbände haben den Gesetzentwurf zur Übernahme in das baden-württembergische Medienrecht einer Prüfung im Sinne einer solchen tragfähigen Balance unterzogen. Dabei haben sie einige Mängel identifiziert und Alternativen aufgezeigt, und wir haben diejenigen Alternativen, die wir für sinnvoll und nachvollziehbar erachtet haben, in Änderungsanträgen formuliert. Leider fanden diese im Ständigen Ausschuss kein Gehör. Gleichwohl möchte ich in der gebotenen Kürze noch mal darauf eingehen.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Gehör schon, bloß keine Mehrheit! – Vereinzelt Heiterkeit)

– Das ist bedauerlich. Denn das eine hätte zwangsläufig dazu geführt, Herr Kollege Dr. Lasotta, auch das Abstimmungsverhalten zu überdenken.

(Nico Weinmann)

Erstens: Um angesichts der unmittelbaren Geltung von Kapitel VIII der Datenschutz-Grundverordnung unklaren Zuständigkeiten und einer möglichen Einführung einer staatlichen Medienaufsicht durch die Hintertür zu begegnen, haben wir eine Klarstellung gefordert, dass für die Aufsicht bei der Datenverarbeitung zu journalistischen Zwecken – und da gibt es sie doch – der Vorstandsvorsitzende der Landesanstalt für Kommunikation zuständig ist, wie es eben auch an anderer Stelle im Landesmedien- und im Landespressegesetz geregelt wird.

Zweitens: Um ihnen unnötigen Verwaltungsaufwand zu ersparen, beantragen wir die Streichung der geplanten Verpflichtung der Medienunternehmen zur Speicherung und auf Anfrage zur Herausgabe von Verpflichtungserklärungen, Gegendarstellungen, Beschlüssen zur Unterlassung usw. Der Einwand, dass die Medienunternehmen diese Informationen im Rahmen ihrer journalistischen Sorgfaltspflicht ohnehin speichern würden, geht indes fehl. Denn einerseits führt die Verpflichtung zu einem erhöhten bürokratischen Aufwand, und andererseits ist es Sache und liegt im Interesse der mit einem Medienunternehmen in Rechtsstreitigkeit befindlichen Partei, diese für sie relevanten Dokumente aufzubewahren.

Drittens: Wir beantragen ferner, den Berichtigungsanspruch für unrichtige personenbezogene Daten nicht auch noch – das ist der Punkt, Herr Kollege Haser – durch ein Recht auf Hinzufügung einer eigenen Darstellung von angemessenem Umfang auszuweiten. Ein solches Recht kann zu einem erheblichen Eingriff in die redaktionelle Freiheit führen, zumal auch gar nicht geklärt ist, worauf sich diese eigene Darstellung beziehen soll.

Schließlich beantragen wir die Klarstellung, dass die Pflicht der Rundfunkanbieter zum Führen eines Verzeichnisses über die Datenverarbeitung zu nicht journalistischen Zwecken nicht für Einrichtungen gilt, die weniger als 250 Mitarbeiter beschäftigen.

Dass die privaten Medienunternehmen im freien Wettbewerb ins Hintertreffen geraten können – auch das ist angesprochen –, ist der Grund dafür, dass die FDP/DVP-Fraktion die sogenannte Betrauungsnorm äußerst kritisch betrachtet. Wenn beispielsweise effiziente Maßnahmen bei der Anschaffung von Großgeräten vorgenommen werden, dann begrüßen wir dies, weil es einen effizienteren Mitteleinsatz darstellt – aber, Herr Kollege Haser, nur soweit nicht im gleichen Atemzug zusätzlich Bürokratie hinzukommt und damit die Einsparungen überkompensiert werden.

Konkret lehnen wir Kooperationen beispielsweise zum Erwerb und zur Verbreitung von Programmrechten ab. Die öffentlich-rechtlichen Sender finanzieren sich schließlich aus Pflichtbeiträgen. So kann es nicht angehen, dass ARD und ZDF mit diesem Privileg ausgestattet privaten Betreibern Konkurrenz machen, und dies – das ist von Bedeutung –, obwohl die Betrauungsnorm nach Ansicht des Bundeskartellamts und des Bundeswirtschaftsministeriums gar nicht nötig ist. Die Kooperationen können auch nach den Regeln des geltenden Wettbewerbsrechts vorgenommen werden.

(Vereinzelt Beifall)

Vielfalt und Wettbewerb auf dem Rundfunk- und Fernsehmarkt sind für uns Freie Demokraten ein hohes Gut. Den Vor-

wurf, im KiKA-Kanal würde Pädophilie gefördert, halte ich – mit Verlaub – für absurd. Dieser muss zurückgewiesen werden.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Änderungen im Staatsvertrag an sich sind gerade in Bezug auf die Betrauungsnorm nicht möglich. Insofern werden wir dem Einundzwanzigsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag insgesamt nicht zustimmen können.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Staatsminister Murawski.

Staatsminister Klaus-Peter Murawski: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie auch bei der wiederholten Debatte zum Einundzwanzigsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag so engagiert und grundsätzlich eingestiegen sind.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Das ist unsere Aufgabe!)

Ich will mich darauf beschränken, auf die konkreten hier zum Rundfunkänderungsstaatsvertrag und zu den Änderungen im Landesmediengesetz und im Landespressegesetz angesprochenen Punkte seitens der Landesregierung Stellung zu nehmen.

Aber lassen Sie mich noch eines vorweg senden: Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem 4. Urteil über die Rolle der privaten Rundfunkanstalten im Verhältnis zu den öffentlich-rechtlichen eindeutig ausgesagt, dass private Rundfunksender überhaupt nur als Ergänzung zu öffentlich-rechtlichen zulässig sind.

Da das Bundesverfassungsgericht definiert, welche medienrechtliche Grundsatzlage wir haben, kann man also eine Alternativdiskussion „Öffentlich-Rechtliche versus Private“ gar nicht führen, weil damit nach dem Motto „Roma locuta, causa finita“ entschieden ist, dass es eine Diskussion bezogen auf privaten Rundfunk überhaupt nur geben kann, wenn es vorher einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk gibt, auf die sie sich bezieht.

Das wollte ich einmal grundsätzlich – das hat bisher in der Debatte nie eine Rolle gespielt – gesagt haben und möchte auch darauf hinweisen, dass der Ländergrundsatz, der für die rundfunkrechtlichen Debatten gilt, Ausfluss unmittelbarer Erfahrung der deutschen Vergangenheit ist. Er soll eben verhindern, dass es einen gleichgeschalteten Rundfunk in Deutschland gibt – deswegen diese Ländervielfalt, deswegen diese Vielfalt von Fernseh- und Radiosendern.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Das ist reine Theorie!)

Meine Damen und Herren, ich will mich nicht zu Inhalten äußern, weil auch nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts klar ist, dass wir uns in dem Zusammenhang, über den wir reden, nur über die rechtlichen Rahmenbedin-

(Minister Klaus-Peter Murawski)

gungen unterhalten dürfen. Programminhaltliche Debatten sind in den dafür zuständigen Gremien zu führen und unterliegen dem Primat der journalistischen Freiheit.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Wir haben am 8. März den Entwurf des Gesetzes zum Einundzwanzigsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag und zur Anpassung des Landesmediengesetzes und des Landespressegesetzes eingebracht. Insofern verweise ich darauf. Wesentliche Kerninhalte sind Datenschutz und Betrauungsnorm.

Ich will zum Datenschutz nur noch einmal sagen: Sicher kann man Kritik daran üben, dass ein europäisches Gesetzeswerk derart umfangreich gestaltet worden ist und derart stark in die nationalen gesetzgeberischen Kompetenzen eingreift. Das ist aber eine ganz andere Diskussionsebene. Wir haben es mit dieser gegebenen Rechtslage zu tun, und diese ist nun so auf den Bereich des Rundfunks, der Medien und der Presse umzusetzen, dass die journalistische Arbeit nach wie vor durch Quellenschutz gewährleistet ist. Das ist eigentlich der einzige Punkt, der hier von Interesse ist. Mit unserer Vorlage wird sichergestellt, dass diese Freiheit der journalistischen Arbeit gewährleistet bleibt, auch in Abgrenzung zur individuellen Freiheit über die eigenen Daten.

Die Betrauungsnorm – auch das hatten wir schon erörtert, und das will ich hier noch einmal betonen – hat nicht die Absicht, dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk einen Wettbewerbsvorteil gegenüber den privaten Rundfunkeinrichtungen zu verschaffen, sondern ist darauf konzentriert – das ist bewusst so formuliert, und darauf werden die Rundfunkkommission der Länder und die KEF auch sehr stark achten –, dass es nur darum geht, wirtschaftliche Potenziale in den Rundfunksendern selbst durch Kooperationen, durch das Heben von Synergieeffekten in der Gebäudebewirtschaftung, in der IT-Bewirtschaftung, in der Personalbewirtschaftung zu ermöglichen, ohne in wettbewerbsrechtliche Probleme zu kommen. Das heißt, es geht darum, klarzustellen, dass solche Kooperationen Inhouse-Kooperationen und keine marktrelevanten Kooperationen sind. Wenn diese Grenze überschritten würde, darf ich Ihnen versichern, sind die Rundfunkkommission der Länder und die Landesregierung die Ersten, die dagegen vorgehen werden. Wir wollen nicht, dass unlauterer Wettbewerb zwischen den Beteiligten stattfindet.

Meine Damen und Herren, für die Wirtschaftlichkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist diese Betrauungsnorm von entscheidender Bedeutung.

Verehrter Abg. Binder, Sie haben gefragt: Wo ist Baden-Württemberg, wo ist die Landesregierung? Ich will einmal mit einem gewissen Stolz sagen: Ganz vorn dabei. Wir hatten nämlich die Federführung, Herr Abgeordneter.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Vereinzelt
Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Sascha Binder
SPD)

Baden-Württemberg und Bayern hatten für die Änderungen, die wir jetzt hier diskutieren, bei dem Ihnen so wichtigen Datenschutz und bei der Betrauungsnorm, bei diesem Einundzwanzigsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag die Federführung. Insofern freue ich mich, Ihnen sagen zu können: Wir waren voll dabei, und wir bleiben dran.

Herzlichen Dank, meine Damen und Herren. Ich bitte um Zustimmung.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Abg. Dr. Gedeon, Sie hatten sich zu allen Punkten gemeldet. – Sie wünschen das Wort nicht. Gut.

Kollege Maier, wollen Sie noch einmal das Wort? – Sie haben noch 39 Sekunden.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: 38, 37, 36! – Abg.
Wolfgang Drexler SPD: Jetzt sind schon zehn weg!
– Vereinzelt Heiterkeit)

Abg. Alexander Maier GRÜNE: Danke schön. Ich brauche auch nicht lange. Ich möchte nur noch auf ein paar Punkte von Herrn Dr. Merz eingehen.

Sie sagten, die AfD will die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger, zu entscheiden, über welche Kanäle man sich informiert; gleichzeitig wollen Sie den öffentlich-rechtlichen Rundfunk abschaffen.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Nein, die Finanzierung! –
Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wissen Sie, Freiheit bedingt auch eine gewisse Vielfalt im Angebot, und dazu ist für uns der öffentlich-rechtliche Rundfunk unabdingbar.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Und hören Sie einmal auf mit dieser Geschichte mit den Zwangsbeiträgen. Wissen Sie, dass auch Leute bezahlen, die den öffentlich-rechtlichen Rundfunk nicht benutzen?

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Ja, ich! Ich bezahle auch
Steuern!)

Das ist eine Grundlage eines jeden solidarischen Finanzierungssystems. Die Leute bezahlen auch Schwimmbäder in der Kommune, auch wenn sie selbst nicht schwimmen gehen. Das ist auch gut so.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Warum erwähnen Sie überhaupt die ganze Zeit den „Tatort“? Das muss ich auch noch kurz ansprechen. Was haben Sie eigentlich mit dem „Tatort“? Wahrscheinlich ärgern Sie sich nur, dass in Ihren Reihen mehr politische Leichen herumliegen als in einem durchschnittlichen „Tatort“ im Fernsehprogramm.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen – Vereinzelt
Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Meine Damen und Herren, in der Allgemeinen Aussprache liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 16/3555. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses, Drucksache 16/3750. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

Zu dem Gesetzentwurf liegen vier Änderungsanträge der Fraktion der FDP/DVP vor, die ich bei den entsprechenden Stellen zur Abstimmung stellen werde.

Ich rufe auf

Artikel 1

Gesetz zum Einundzwanzigsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag

Wer Artikel 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Artikel 1 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 2

Änderung des Landesmediengesetzes

mit den Nummern 1 bis 3. Hierzu liegen die bereits erwähnten vier Änderungsanträge der Fraktion der FDP/DVP vor.

Ich rufe zunächst Nummer 1 von Artikel 2 auf. Zu Nummer 1 liegt Ziffer 1 des Änderungsantrags der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/3854-1, vor, in der unter Buchstabe a die Neufassung von § 49 Absatz 2 Satz 4 und unter Buchstabe b die Einfügung eines neuen Satzes nach Satz 4 von § 49 Absatz 2 gefordert werden. Wer Ziffer 1 des Änderungsantrags der Fraktion der FDP/DVP zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Ziffer 1 des Änderungsantrags ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Zu Nummer 1 von Artikel 2 liegt weiter Ziffer 1 des Änderungsantrags der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/3854-2, vor, in der die Aufhebung des Absatzes 3 von § 49 sowie Folgeänderungen gefordert werden. Wer Ziffer 1 dieses Änderungsantrags der Fraktion der FDP/DVP zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Ziffer 1 des Änderungsantrags ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen nun noch zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/3854-3, der eine Neufassung von § 49 Absatz 4 Satz 3 fordert. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer Nummer 1 von Artikel 2 zustimmt, den bitte ich nun um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Nummer 1 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 2 von Artikel 2 auf. Zu Nummer 2 von Artikel 2 liegt der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/3854-4, vor, der die Einfügung eines neuen Satzes nach § 50 Absatz 2 Satz 3 verlangt. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer Nummer 2 von Artikel 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Nummer 2 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich schlage Ihnen nun vor, dass ich Nummer 3 von Artikel 2 insgesamt zur Abstimmung stelle. – Sie sind damit einverstanden.

Wer Nummer 3 von Artikel 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Nummer 3 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 3

Änderung des Landespressegesetzes

Hierzu liegt Ziffer 2 des Änderungsantrags der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/3854-1, vor, in der eine Neufassung von § 12 Absatz 2 Satz 1 gefordert wird. Wer Ziffer 2 dieses Änderungsantrags der Fraktion der FDP/DVP zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Ziffer 2 des Änderungsantrags ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen nun noch zur Abstimmung über Ziffer 2 des Änderungsantrags der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/3854-2, in der die Aufhebung von § 12 Absatz 3 gefordert wird. Wer Ziffer 2 dieses Änderungsantrags der Fraktion der FDP/DVP zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Ziffer 2 des Änderungsantrags ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer Artikel 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Artikel 3 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 4

Inkrafttreten, Außerkrafttreten, Bekanntmachungen

Wer Artikel 4 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Artikel 4 ist mehrheitlich zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 11. April 2018 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zum Einundzwanzigsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag und zur Anpassung des Medien-Datenschutzrechts an die Verordnung (EU) 2016/679“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Gesetz ist mehrheitlich zugestimmt.

Punkt 3 der Tagesordnung ist damit erledigt.

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung, bevor wir in die Mittagspause eintreten, darf ich Sie noch darauf aufmerksam machen, dass wir heute den Landesarbeitskreis „Freiwilliges Soziales Jahr in Baden-Württemberg“ bei uns im Haus begrüßen dürfen. Sie erhalten Einblick in die Tätigkeit der Freiwilligen und erfahren, welchen Mehrwert ein freiwilliges Engagement erzielen kann. Nutzen Sie die Gelegenheit, sich bei einem Imbiss über aktuelle Themen und Entwicklungen zu informieren. Ich darf Sie herzlich dazu einladen und freue mich, möglichst viele von Ihnen im Foyer begrüßen zu können.

Wir treten nun in die Mittagspause ein und setzen die Sitzung um 14:30 Uhr fort.

(Unterbrechung der Sitzung: 13:14 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:30 Uhr)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren! Wir setzen unsere Sitzung fort.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Regierungsbefragung

Das erste Thema, gemeldet von der SPD-Fraktion:

Durchführung der Militär- und Waffentechnikmesse ITEC in Stuttgart

Ich darf das Wort für die SPD-Fraktion Herrn Abg. Hinderer erteilen.

Abg. Rainer Hinderer SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir freuen uns stets, wenn der Messeplatz Stuttgart gut nachgefragt wird und sich einer hohen Beliebtheit erfreut, wenn sich viele Aussteller und Besucherinnen und Besucher von der Qualität dieser Messe überzeugen lassen.

Demnächst findet jedoch auf den Fildern eine Ausstellung statt, die nicht wie andere – ich nenne einmal die CMT, die „didacta“, die kürzlich durchgeführte Messe für Fair Trade oder die Slow Food Messe – zu einem gelingenden Zusammenleben der Menschen in unserem Land einen Beitrag leisten will. Vom 15. bis 17. Mai findet am Messeplatz Stuttgart die Internationale Militär- und Waffentechnikmesse ITEC statt. Die ITEC bietet eine Plattform für die internationale Waffenindustrie. Auf der letzten ITEC in Deutschland im Jahr 2014 in Köln präsentierten sich 110 Rüstungsunternehmen dem weltweiten Fachpublikum, u. a. aus den USA, China, Pakistan und Saudi-Arabien. Nach Protesten im Jahr 2014 erteilte die Koelnmesse der ITEC für 2018 eine Absage.

Wir wollen heute in Erfahrung bringen, wie die Position der Landesregierung zur Durchführung dieser Messe ist. Deshalb frage ich die Landesregierung: Erstens: Wurde die Durchführung im Aufsichtsrat der Landesmesse thematisiert? Zweitens: Ist eine solche Messe aus Sicht der Landesregierung ein geeignetes Instrument, um den internationalen Waffenhandel zu begrenzen und damit auch die kriegerischen Ursachen von Flucht und Vertreibung zu minimieren?

Vielen Dank.

Präsidentin Muhterem Aras: Danke schön. – Für die Landesregierung erteile ich das Wort Frau Wirtschaftsministerin Dr. Hoffmeister-Kraut.

Wenn Sie Ihre Antworten möglichst innerhalb von bis zu fünf Minuten geben, dann können mehr Fragen gestellt werden. – Vielen Dank.

Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut: Vielen Dank für die Anfrage. – Wir haben eine ganz klare Haltung: Die Entscheidung über die Durchführung der ITEC auf der Messe Stuttgart ist das operative Geschäft der Geschäftsführung der Landesmesse und unterliegt keinem Zustimmungsvorbehalt des Aufsichtsrats.

Der Aufsichtsrat der Landesmesse Stuttgart wurde aber in der Sitzung am 12. Juli über die Entscheidung informiert, dass es eine Zusage für den Veranstalter der ITEC gibt. Die Veranstaltung verstößt nicht gegen die ethischen und gesellschaftspolitischen Grundsätze, die die Landesmesse Stuttgart ihren Entscheidungen zugrunde legt.

Ich glaube, man muss jetzt auch etwas klarstellen: Bei der ITEC handelt es sich um eine Kongressmesse, bei der das Kernthema „Simulation von Sicherheitssystemen“ im Mittelpunkt steht. Es werden keine Waffen ausgestellt. Diese Tagung dient dazu, Trainings- und Simulationssoftware – das ist mir ganz wichtig – für die Polizei, die Feuerwehr, das Militär, für Spezialeinheiten und auch nicht militärische Sicherheitskräfte vorzustellen. Die Veranstalter der Messe haben uns mitgeteilt, dass sie aufgrund der zunehmenden Gefährdung durch internationalen Terror den Bereich der zivilen Sicherheit ausdehnen wollen und das Thema „Sicherheit bei Großveranstaltungen“ genauso wie die Digitalisierung als weiteren wichtigen Schwerpunkt der Messe aufnehmen möchten.

Die Messe ist eine Gastveranstaltung, die auf der Landesmesse Stuttgart stattfindet. Ich glaube, es ist auch noch ganz wichtig, etwas hinzuzufügen, um zu verstehen, um besser zu verstehen: Die Besucher der ITEC sind Vertreter von Behörden, von öffentlichen Organisationen, von der Polizei, der Feuerwehr, von privaten Sicherheitsunternehmen und natürlich auch von militärischen Einrichtungen sowie Industrieunternehmen.

Deshalb sind wir der Meinung, dass diese Veranstaltung den Grundsätzen, die wir uns auch als Landesregierung gesetzt haben, der Förderung einer nachhaltigen globalen Entwicklung, der Sicherung von Frieden, Gerechtigkeit, Demokratie und Menschenrechten, nicht widerspricht.

Präsidentin Muhterem Aras: Danke schön. – Herr Abg. Katzenstein.

Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Vielen Dank für das Zulassen der Frage. – Frau Hoffmeister-Kraut, Sie haben gerade gesagt, auf der ITEC würden keine Waffen ausgestellt. In Köln wurde bei der Messe der Turm eines Leopard-Kampfpanzers ausgestellt; die Teilnehmerinnen und Teilnehmer konnten ihn dort natürlich benutzen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Es war nicht die Feuerwehr, die probegesessen hat!)

– Das war auch nicht die Feuerwehr.

(Hermann Katzenstein)

Des Weiteren verstehe ich nicht, wie Sie sagen können, dass die Messe, die selbst ja als Leitspruch hat: „The International Forum for the Military Simulation, Training and Education Community“ – es geht um eine Militärmesse –, mit den Zielen der Landesregierung übereinstimmt. Wir haben uns ja verpflichtet, die SDGs – die Nachhaltigkeitsziele der UN – voranzubringen, und das SDG 16 lautet „Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen“. Im Text geht es darum, friedliche und inklusive Gesellschaften im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung zu fördern. Dem haben wir uns verpflichtet.

Das Land ist zusammen mit der Stadt Stuttgart je zur Hälfte Eigentümer der Messe.

(Beifall des Abg. Dr. Boris Weirauch SPD – Abg. Gabi Rolland SPD: Genau! – Zuruf: So sieht es aus!)

Daher sehe ich das Land auch in der Pflicht, entsprechend Einfluss im Aufsichtsrat zu nehmen, dass diese Messe nicht wieder hier in Stuttgart stattfindet.

Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut: Ich kann nur noch einmal betonen: Die Entscheidung über die Durchführung der ITEC ist operatives Geschäft der Landesmesse. Wenn wir hier über Friedenssicherung und die Sicherheit der Menschen in unserem Land diskutieren, dann spielt das Militär da natürlich auch eine Rolle.

(Zuruf von der AfD: Bravo!)

Wir können das nicht ausklammern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der AfD sowie des Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP)

Das ist auch unsere Aufgabe. Wie gesagt: Simulationstechniken stehen hier im Vordergrund. Das ist eine Konferenzveranstaltung, und sie dient vielen Belangen unserer Bürgerschaft.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Abg. Hinderer.

Abg. Rainer Hinderer SPD: Kollege Katzenstein ist gut informiert. – Frau Hoffmeister-Kraut, ich wollte Sie auch noch einmal fragen, ob Sie mir recht geben, dass doch der größere oder der überwiegende Teil des Fachpublikums und der Aussteller – insbesondere aus Ländern wie China, Pakistan oder Saudi-Arabien – diese Messe aus militärischen Motiven nutzt. Geben Sie mir da recht?

Zweite Frage: Sie haben selbst auf die Aufsichtsratssitzung am 12. Juli letzten Jahres hingewiesen. Ist es richtig, dass es bei dieser Aufsichtsratssitzung einen Antrag aus den Reihen des Gemeinderats der Stadt Stuttgart gab mit einem Auftrag an die Geschäftsführung der Messe, eine Kündigung des Vertrags zumindest zu prüfen? Wie war die Haltung der Anteilseigner oder der Gesellschafter des Landes? Da könnte ja vielleicht auch Herr Kollege Katzenstein einmal die Mitglieder des Aufsichtsrats direkt fragen.

Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut: Ich habe ja schon informiert: Die Beratung, die Information im Aufsichtsrat hat stattgefunden. Die Beratungen sind nicht öffentlich. Ich kann nur noch ein-

mal betonen: Es ist das erste Mal, dass die Messe hier bei uns stattfindet. Es ist eine Gastmesse, die in ganz Europa stattfindet, immer wieder an anderen Standorten.

Vom Veranstalter sind wir informiert worden, dass Vertreter von Behörden, öffentlichen Organisationen, Polizei, Feuerwehr, privaten Sicherheitsunternehmen und auch Angehörige militärischer Einrichtungen sowie von Industrieunternehmen dort teilnehmen werden. Über die Anzahl kann ich jetzt hier keine Aussage machen.

Präsidentin Muhterem Aras: Frau Abg. Rolland, bitte.

Abg. Gabi Rolland SPD: Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Frau Ministerin, wenn das jetzt alles so harmlos ist, wie Sie das eben geschildert haben, wie erklären Sie sich, dass es in Köln in den vergangenen Jahren über alle Bevölkerungsgruppen hinweg massive Proteste gegen diese Messe gab, sodass diese Messe dort tatsächlich nicht mehr stattfindet? Wie erklären Sie sich das?

Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut: Ich habe hier nur die Fakten dargestellt. Ich habe Ihnen die Informationen gegeben, die uns auch vorliegen. Wie gesagt, die Entscheidung hat die Geschäftsführung der Landesmesse getroffen. Je nachdem, welche Erfahrungen wir machen: Diese Messe wird jetzt hier in Stuttgart stattfinden – und dann, wie gesagt, voraussichtlich wieder an anderen Standorten. Aber ich habe gerade auch betont: Die Sicherheit der Bürger ist natürlich auch ein Thema, das hier mit zur Diskussion steht.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Wo? In China? – Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: In Pakistan?)

Deswegen sehen wir hier die gesamte Vielfalt, die an Themen und Informationen geboten wird.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Katzenstein, bitte.

Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Vielen Dank. – Frau Ministerin, Sie stellen das ziemlich harmlos vor, es gehe nur um Simulationen. Ist Ihnen bewusst, bekannt, um welche Simulationen es geht? Es geht nämlich darum, die Soldaten besser zu machen.

(Zuruf von der AfD: Ja, sollen wir sie schlechter machen?)

Was heißt das: besser zu machen? Dass sie besser Krieg führen können, dass sie besser ihr Handwerk, nämlich im Zweifelsfall zu töten, lernen können?

(Zurufe von der CDU, u. a.: Oh, oh! – Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP: Oh Mann! – Weitere Zurufe – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut: Wir müssen auch unseren Frieden erhalten und das Land schützen. Das ist auch ein Thema.

Ich weiß nicht, ob Sie verfolgt haben, worüber im Moment bei Google diskutiert wird: künstliche Intelligenz. Wir müssen die Dinge auch beherrschen. Wir müssen auch wissen, was passiert. Das ist doch auch wichtig.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Hinderer, bitte.

Abg. Rainer Hinderer SPD: Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Frau Hoffmeister-Kraut, einige von uns waren heute Morgen auf Einladung des Ministerpräsidenten beim gemeinsamen Gebetsfrühstück des Landtags und der Ministerien. Dazu wird einmal im Jahr eingeladen; es hat aber schon länger nicht mehr stattgefunden. Ich habe einen Satz des Ministerpräsidenten mitgeschrieben, der zur Rolle der Kirchen gesagt hat:

Das Wort der Kirchen spielt in existenziellen Fragen

– ich denke, Krieg und Frieden sind eine existenzielle Frage –

eine gewichtige Rolle und findet auch bei der Landesregierung Gehör.

Jetzt gibt es gegen die Durchführung der ITEC eine große Vielzahl von Protestnoten aus vielfältigen gesellschaftlichen Bereichen, u. a. vom Diözesanrat der Diözese Rottenburg-Stuttgart, von der Synode der Evangelischen Landeskirche Württemberg – der Landesbischof hat sich zu Wort gemeldet –, aber gleichermaßen auch vom DGB, vom DEAB, von Ohne Rüstung Leben und der „Aktion Aufschrei“. Wie geht die Landesregierung mit diesen Protesten um? Gibt es da eine Reaktion?

Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut: Wir nehmen die Diskussion natürlich sehr ernst, und ich kann Ihnen nur eines sagen: Ich als Frau und auch als Christin werde alles dafür tun, um irgendwelche militärischen Einsätze verhindern zu können. Das kann ich Ihnen nur zusichern, und das ist auch die Haltung, die ich hier persönlich vertrete.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Die nächste Frage kommt von Herrn Abg. Berg.

Abg. Lars Patrick Berg AfD: Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Frau Ministerin, vielen Dank, dass Sie dieses Thema so sachlich und nüchtern darstellen. Meine Frage: Können Sie vielleicht aufzeigen, welche wirtschaftliche Bedeutung diese Messe auch für baden-württembergische Rüstungsunternehmen wie beispielsweise Heckler & Koch, MTU, Diehl und viele andere wichtige mittelständische und größere Unternehmen in diesem Sektor hat, die auch wichtige Arbeitsplätze schaffen?

Vielen Dank.

Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut: Fakt ist, dass Firmen aus dem Bereich Industrie 4.0, Product Engineering und aus anderen Bereichen hier schon eine wichtige Plattform geboten wird, sich zu informieren, sich auszutauschen und natürlich auch ihre Produkte zu präsentieren.

Präsidentin Muhterem Aras: Die nächste Frage kommt von Herrn Abg. Dr. Schweickert.

Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Frau Ministerin, die FDP/DVP hat sich ja schon Ende des letzten Jahres mit einer Anfrage zu diesem Thema an Ihr Haus gewandt. Mich würde einmal interessieren – jetzt auch im Lichte der Äußerungen des Kollegen Katzenstein –: Sehen Sie es als richtig an, dass

sich die Politik und die Landesregierung aus so einer Entscheidung der Messe, die ja als Unternehmen geführt wird, heraushalten, und was wären für Sie Indizien, Kriterien, bei denen Sie sagen würden, da müsste man vonseiten des Landes in eine Entscheidung der Geschäftsführung der Messe eingreifen?

Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut: Die Gesellschafter der Messe sind ja die Stadt Stuttgart und das Land Baden-Württemberg. Die Messegesellschaft – ich habe das auch eingangs gesagt – entscheidet nach ethischen und gesellschaftspolitischen Grundsätzen, die sie entsprechend in ihrem operativen Geschäft mit berücksichtigt.

Es finden einige Messen aus diesem Grund nicht mehr statt; das wissen Sie alle wahrscheinlich besser als ich. Stichwort Rüstungsmesse: Es gab eine Waffenmesse, die nach den Ereignissen von Winnenden nun nicht mehr stattfindet.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das hier ist ja eine Waffenmesse!)

Auch zu illegalen Themen finden keine Veranstaltungen auf der Messe Stuttgart statt. Daran hält man sich. Wir sehen das eben nicht so kritisch. Die Landesregierung sieht das mit ihren Grundsätzen vereinbar.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Herr Abg. Binder, bitte.

Abg. Sascha Binder SPD: Frau Ministerin, habe ich Sie gerade richtig verstanden, dass man nach den Ereignissen von Winnenden keine Waffenmesse mehr veranstalten wollte, und ist jetzt die Messe, um die wir gerade – –

Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut: Es gab eine Messe über antike Waffen, und diese Messe hat man dann nicht mehr durchgeführt.

Präsidentin Muhterem Aras: Moment, Moment, Frau Ministerin. Die Frage war noch nicht zu Ende gestellt.

Abg. Sascha Binder SPD: Man hat also eine frühere Waffenmesse nicht mehr durchgeführt und jetzt durch eine neue Waffenmesse ersetzt?

Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut: Nein.

Abg. Sascha Binder SPD: Oder ist es gar keine Waffenmesse?

Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut: Es ist eine Messe, bei der Simulationstechniken dargestellt werden, auch zivile Sicherheit im Mittelpunkt steht

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Nein!)

wie auch Digitalisierung und viele andere Themen. Hier werden – so meine Information – über den Veranstalter und die Messe keine Waffen ausgestellt.

Präsidentin Muhterem Aras: Es gibt noch eine Frage. – Herr Abg. Katzenstein, bitte.

Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Frau Ministerin, ich habe nicht ganz verstanden, wie diese Entscheidung gefällt wurde und inwieweit die Landesregierung damals Einfluss genommen hat, dass diese andere Waffenmesse, von der Sie gerade berichtet haben, nach den Ereignissen von Winnenden nicht mehr stattfand. Wie kam dieser Entscheidungsprozess zustande?

Präsidentin Muhterem Aras: Bitte, Frau Ministerin.

Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut: In dieser Zeit war ich noch nicht im Amt. Da ging es um die IWB, die Internationale Waffenbörse, eine Messe zu antiken Waffen, die in Stuttgart durchgeführt wurde. Per Umlaufbeschluss wurde diese Veranstaltung nach dem Anschlag von Winnenden dauerhaft gecancelt.

Aber wie gesagt: Wir sehen hier diese anderen Themen im Vordergrund, auch die Sicherheit der Bevölkerung. Ich möchte auch noch einmal betonen: Es fällt in das operative Geschäft der Landesmesse.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Jetzt sehe ich keine weiteren Wortmeldungen. Damit ist das Thema – auf jeden Fall für heute – erledigt. Danke schön.

Ich rufe das nächste Thema auf, gemeldet von der Fraktion der CDU:

Kleinkriminalitätserlass – Aufhebung der Bagatellgrenze

Wem darf ich das Wort geben? – Herr Abg. von Eyb, bitte.

Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen, geehrte Kollegen! Im sogenannten Kleinkriminalitätserlass ist bisher eine Wertgrenze von 25 € zur Verfolgung von Ladendiebstählen vorgesehen. Minister Wolf hat eine Änderung dieses Erlasses angekündigt.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung: Welche Ziele verfolgt die Landesregierung mit dem geänderten Erlass? Welche Auswirkungen werden die Änderungen auf Justiz, Polizei und Täter haben? Gab es schon immer einen solchen Erlass? Und wie handhaben das gegebenenfalls andere Länder?

Vielen Dank.

Präsidentin Muhterem Aras: Danke schön. – Für die Landesregierung erteile ich Herrn Justizminister Wolf das Wort.

Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege von Eyb, vielen Dank für die Anfrage.

Bisher gibt es in Baden-Württemberg den sogenannten Kleinkriminalitätserlass, eine Verwaltungsvorschrift des Justizministeriums, wonach bei Ersttaten von Ladendiebstählen mit Schäden von bis zu 25 € in der Regel kein öffentliches Interesse an der Strafverfolgung besteht. Das von dieser Vorschrift ausgehende Signal, dass man im Grunde einmal in Baden-Württemberg bis zu einem Wert von 25 € klauen kann, ohne danach bestraft zu werden, habe ich für das falsche politische Signal gehalten.

Auch Alltagskriminalität ist Kriminalität. Deswegen haben wir die Verwaltungsvorschrift in diesem Punkt, der Bagatellgrenze, aufgehoben – mit der Folge, dass künftig auch bei Ersttätern und Diebstahl von geringwertigen Gegenständen mit einem Wert unter 25 € Polizei und Staatsanwaltschaft ermitteln und dass es im Einzelfall zu einer Bestrafung kommen kann.

Zu den Auswirkungen: Natürlich ist das für Polizei und Justiz ein gewisser Mehraufwand. Die Polizei begrüßt diese Veränderung, weil sie in der Vergangenheit auch ermittelt hat, ohne dass die Staatsanwaltschaft die Vorgänge weiterbetrieben hätte. Die Staatsanwaltschaft hat die Verfahren dann eingestellt.

Zu den Veränderungen und Auswirkungen will ich die Zahlen aus dem Jahr 2016 nennen: Damals gab es im Anwendungsbereich des Kleinkriminalitätserlasses rund 25 000 Personen, gegen die ein Verfahren wegen Diebstahls geführt wurde. In nur 23 % der Fälle erfolgte eine Anklageerhebung bzw. wurde ein Strafbefehlsantrag gestellt. Bei einem starken Drittel erfolgte eine Einstellung vor dem Hintergrund des Erlasses. Das wollen wir ändern. Wir wollen, dass dieser hohe Anteil an Einstellungen der Verfahren zurückgeführt wird.

Zuletzt kam noch die Frage, ob es schon immer einen solchen Erlass gegeben habe. Es gab ihn seit dem Jahr 1977. Die Wertgrenzen sind in den Jahren immer wieder einmal verändert worden. Zuletzt, im Oktober 2012, wurde der Wert auf 5 € abgesenkt. Es gibt im Übrigen viele Länder – darunter Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz und andere –, die auf diese Wertgrenzen ganz verzichten.

Deshalb haben auch wir diesen Weg gewählt. Wir legen es in die Hand des zuständigen Staatsanwalts, der zuständigen Staatsanwältin, im Einzelfall über die Aufnahme von Ermittlungen und über eine Anklage zu befinden.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Die nächste Frage kommt von Herrn Abg. Filius.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Herr Minister, meine Frage geht dahin: Im Doppelhaushalt haben wir jetzt ja erhebliche Stelenaufwüchse für die Staatsanwaltschaft und für die Gerichte vorgenommen. Aus Justizkreisen höre ich immer wieder, dass man es bei Wirtschaftskriminalität, Geldwäsche oder organisierter Kriminalität teilweise mit sehr aufwendigen Verfahren zu tun hat. Wird dieser Aufwuchs, der in der Justiz vorgenommen worden ist, jetzt nicht wieder aufgefrissen, wenn letztendlich Kleinstkriminalität verfolgt wird?

Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf: Die Frage ist natürlich völlig berechtigt. Damit entsteht zunächst einmal Mehraufwand, wobei man bei der Staatsanwaltschaft schon relativieren muss: Die Staatsanwaltschaft hat ja jeden Vorgang auf dem Tisch. Die Frage ist, ob sie das Verfahren einstellt oder es weiterführt. In der Summe wird aber etwas Mehraufwand entstehen. Bei der Staatsanwaltschaft auf der einen Seite und den Gerichten auf der anderen Seite wird dieser Mehraufwand auf etwa drei Planstellen im höheren Dienst geschätzt.

Wenn man dies dem personellen Zugewinn gegenüberstellt, den wir mit den letzten Haushalten geschaffen haben – in die-

(Minister Guido Wolf)

ser Legislaturperiode insgesamt 75 Neustellen für Staatsanwältinnen und Staatsanwälte und 66 Neustellen für Richterinnen und Richter –, dann ist es in diesem zeitlichen Zusammenhang, wie ich finde, angemessen, wenn wir auch im Bereich der Kleinkriminalität ein Zeichen setzen.

Es ist völlig klar, dass das nicht zulasten der Strafverfolgung bei Verfahren im Bereich der Wirtschaftskriminalität oder bei Großverfahren gehen darf. Diese Verfahren muss man in gleicher Weise mit Nachdruck betreiben.

Aber wir wollen hier nicht Schwerstkriminalität gegen Kleinkriminalität ausspielen. In einem funktionierenden Rechtsstaat muss alles gleichermaßen verfolgt und bestraft werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Herr Abg. Binder, Sie haben das Wort.

Abg. Sascha Binder SPD: Herr Minister, Sie haben zuvor auf die Frage des Herrn Kollegen von Eyb geantwortet, dass auch bei Leuten, die zum ersten Mal klauen, Diebstahl begehen, die Ermittlungen nicht eingestellt werden, auch wenn der Wert unterhalb von 25 € liegt. Was glauben Sie denn, wie hoch die Wahrscheinlichkeit ist, dass ein Ersttäter bei einem Schaden unter 25 € dann am Ende vor Gericht eine Strafe erhält, und wie hoch wäre diese etwa? Sie waren ja selbst einmal Richter, wenn auch Verwaltungsrichter. Wie könnte diese Strafe bei einem Ersttäter und einem Wert unter 25 € ausfallen?

Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf: Wie hoch die Wahrscheinlichkeit ist – das war Ihre erste Frage –, dass es hier zu einer Verurteilung kommt und die betroffene Person die Strafe auch bezahlen kann, dazu gibt es nur statistische Angaben. Das Ziel ist, dass wir die bisherige Quote der Einstellungen – deutlich über ein Drittel in diesem Bereich – reduzieren und tatsächlich auch – das lässt sich ja, wie ich hoffe, in den Folgejahren anhand von Zahlen belegen – in mehr Fällen zu Verurteilungen kommen.

Die zweite Frage ist die sicherlich etwas diffizilere: Wie hoch könnte bei einem Wert von unter 25 € die Bestrafung im Einzelfall sein? Sie wissen, das hängt zum einen von der Anzahl der Tagessätze und zum anderen von der Höhe der Tagessätze ab. Zwischen beiden besteht natürlich auch ein gewisser Zusammenhang; es spielt auch eine Rolle, wie viel jemand verdient.

(Abg. Sascha Binder SPD: Bei einem Ersttäter!)

Es mag Fälle geben, in denen jemand, der gut verdient, trotzdem etwas im Wert von 5 € klaut. Die Mindestanzahl bei einem Ersttäter sind fünf Tagessätze. Ich gehe einmal davon aus, dass sich das bei solchen Taten in einem Bereich von fünf bis 15 Tagessätzen abspielen wird, wobei natürlich immer auch die Höhe eines Tagessatzes eine Rolle spielt.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Herr Abg. Dr. Lasotta, Sie haben das Wort für die nächste Frage.

Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Herr Minister, wie ist denn die Reaktion der Einzelhandelsverbände?

Verbunden damit frage ich: Sind in der Vergangenheit Ersttäter gar nicht mehr zur Anzeige gekommen, weil Geschäftsinhaber gesagt haben: „Das führt eh nicht zu Konsequenzen“?

Bezogen auf die Häuser des Jugendrechts: Wie wirkt es sich, wenn jugendliche Ersttäter vorgeführt werden – Jugendstaatsanwalt, Polizei –, auf die Motivation der Beteiligten insgesamt und das Verfahren aus, wenn gesagt wird: „Dieses Handeln hat sofort eine Konsequenz und wird dann auch zu einem entsprechenden Ergebnis geführt und nicht eingestellt, es bleibt nicht nur bei einer Verwarnung“?

Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf: Zur ersten Frage: Die Reaktion der Einzelhandelsverbände war, wie nicht anders zu erwarten war, positiv, wobei ich darauf hinweisen möchte: Die Einschätzung der Einzelhandelsverbände war für mich ein wichtiger Aspekt, dieses zu tun, aber auch nicht der einzige. Es war eine Summe von Argumenten, die uns zu diesem Schritt bewogen hat. Aber natürlich weisen die Einzelhandelsverbände immer wieder – wie ich finde, mit Recht – darauf hin, welcher volkswirtschaftliche Schaden ihnen alljährlich auch durch Diebstahl von geringwertigen Sachen in der Summe entsteht. Da sind Millionenbeträge im Gespräch.

Viel fataler ist dann oft die Wirkung, wenn man versucht, einen solchen Täter zur Strafe zu führen, und dann erfährt: Um diese Dinge kümmern wir uns nicht, weil es da entsprechende Erlasse gibt.

Insofern ist diese Resonanz aus dem Einzelhandelsverband sehr, sehr positiv. Die haben auch immer wieder darauf hingewiesen, dass sie den Eindruck hätten, dass viele Vorgänge gar nicht erst in der Statistik erscheinen, weil sie – auch infolge eines solchen Erlasses – von Anfang an überhaupt nicht geprüft werden und gar nicht dagegen ermittelt wird.

Zur zweiten Frage: In der Folge dieses Vorschlags – man ist ja, wenn man als Politiker etwas vorschlägt, darauf gefasst, dass einige das gut und andere das schlecht finden – ist nun etwas Erstaunliches passiert: Wir haben überwiegend eine positive Resonanz bekommen, übrigens auch aus der Polizei. Ich sage es einmal so: Nicht jeder Staatsanwalt war begeistert – das ist auch kritisch diskutiert worden; das will ich überhaupt nicht verhehlen, und man will auch nicht den Eindruck erwecken, als ob die Staatsanwaltschaft bei Kleinkriminalität heute überhaupt nichts unternehmen würde; das findet natürlich auch heute statt –, aber die überwiegende Resonanz war trotzdem sehr, sehr positiv.

Es ist so, dass in diesem Bereich Jungtäter eine große Zielgruppe ausmachen, und wir wissen, dass es vor allem bei Jung- und Ersttätern wichtig ist, der Tat sofort die Strafe folgen zu lassen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Ja! Genau!)

Wenn ein Ersttäter das Gefühl hat: „Das kannst du erst einmal probieren; da passiert nichts“, dann hat das für die weitere kriminelle Entwicklung dieses Menschen fatale Folgen. Deswegen wollen wir gerade auch mit den Häusern des Jugendrechts hier exemplarisch vorgehen, damit vor allem junge Leute merken: Auch einmal klauen geht nicht in diesem Land.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit ist dieses Thema für heute erledigt. – Danke schön, Herr Minister.

Wir kommen zum nächsten Thema, gemeldet von der Fraktion der FDP/DVP:

U m s e t z u n g d e r Ä n d e r u n g d e s L a n d e s b e s o l d u n g s g e s e t z e s v o m J u l i 2 0 1 7

Ich erteile Herrn Abg. Dr. Aden das Wort.

Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP: Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Sachverhalt: Am 12. Juli 2017 verabschiedete der Landtag von Baden-Württemberg eine Novelle des Landesbesoldungsgesetzes, u. a. mit dem Inhalt, für Beamtinnen und Beamte des Landes eine Dienstfahrradregelung im Zuge einer Entgeltumwandlung erlassen zu können. Dafür bedarf es aber einer Verordnung.

Das Landesamt für Besoldung und Versorgung hat in seinen Informationen für Bedienstete vom November 2017 noch um Geduld für die Ausarbeitung der Regelungen und der Angebote gebeten. Mittlerweile ist aber ein weiteres halbes Jahr verstrichen. Insbesondere unter dem Gesichtspunkt drohender Fahrverbote in Stuttgart verwundert es schon, dass diese Möglichkeit des Umstiegs für Landesbeamte nicht umgesetzt wird.

Wir fragen die Landesregierung: In welchem Stadium der Erarbeitung befinden sich die notwendigen Ausführungsregelungen, und zu welchem Zeitpunkt kann mit einem Angebot an die Beschäftigten des Landes gerechnet werden?

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Für die Landesregierung erteile ich das Wort Frau Staatssekretärin Dr. Splett.

Staatssekretärin Dr. Gisela Splett: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Abg. Dr. Aden, ich war jetzt ganz gespannt, wonach Sie fragen würden. Am 12. Juli 2017 hat der Landtag einstimmig das Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes Baden-Württemberg und weiterer dienstrechtlicher Vorschriften beschlossen. Dieses Gesetz hat viele verschiedene Inhalte, beispielsweise die Aufhebung der Stellenobergrenzenverordnung im kommunalen Bereich, die Aufhebung der Vergütungsverordnung für Vollziehungsbeamtinnen und -beamte und die Übernahme der Regelungen in das Landesbesoldungsgesetz, dabei Umstellung der Vollstreckungsvergütung für Vollziehungsbeamtinnen und -beamte der Finanzverwaltung auf einen festen monatlichen Vergütungsbetrag, die Schaffung der Möglichkeit, Leiterinnen und Leiter der Ämter des Landesbetriebs Vermögen und Bau in Besoldungsgruppe A 16 mit einer Amtszulage auszustatten, die Ausbringung eines Amtes in der Besoldungsgruppe A 16 mit Amtszulage für die Funktion der Leitung eines Gesundheitsamts mit medizinischer Gutachterstelle usw. usf.

Insgesamt beinhaltet das Änderungsgesetz also zahlreiche Verbesserungen für den kommunalen Bereich und für Beschäftigte des Landes. Das Gesetz hat damit einen wichtigen Beitrag zur Attraktivität des öffentlichen Dienstes geliefert. Klar ist gleichzeitig, dass das Dienstrecht auch in Zukunft weiterentwickelt werden wird.

Sie haben jetzt nach einem Punkt aus diesem Gesetz gefragt, nämlich nach der Regelung für die Dienstfahrräder. Wir haben in der Tat die besoldungsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen, damit vom Dienstherrn geleaste Dienstfahrräder im Rahmen einer Entgeltumwandlung auch zur privaten Nutzung überlassen werden können. Wir konnten das nur für die Beamtinnen und Beamten und die Richterinnen und Richter tun. Für den Tarifbereich bräuchte es entsprechende Beschlüsse der Tarifpartner, die nicht vorliegen.

Die Umsetzung liegt nicht federführend im Finanzressort, sondern im Geschäftsbereich des Verkehrsministeriums. Das Land ist bestrebt, ein wirtschaftlich attraktives und praxistaugliches Radleasingmodell zu verwirklichen. Es hat sich dabei gezeigt – auch nach der Gesetzesänderung –, dass das Ganze durchaus komplex ist. So waren u. a. steuerrechtliche und versicherungsrechtliche Fragen zu klären, beispielsweise was den geldwerten Vorteil beim Erwerb des Dienstrads am Ende der Vertragslaufzeit angeht. Das hat insgesamt die Branche im letzten Jahr beschäftigt.

Die Klärung dieser steuerrechtlichen Fragen ist mittlerweile erfolgt, und derzeit beschäftigt sich das federführende Verkehrsministerium mit Fragen zur Vorbereitung einer Ausschreibung entsprechender Dienstleistungen. Es ist also nicht eine Verordnung notwendig, sondern wir brauchen einen Anbieter. Dazu ist eine Ausschreibung notwendig, und es laufen die Vorbereitungen für die Ausschreibung. Nach meinem Kenntnisstand ist mit Ergebnissen dieser vorbereitenden Arbeiten Mitte des Jahres zu rechnen.

Das Ziel ist insgesamt, dass das Modell, das den Nutzerinnen und Nutzern angeboten werden kann, auch attraktiv ist. Wie attraktiv es am Ende sein wird, wird man erst nach der Ausschreibung sehen, wenn die Angebote des Marktes auf dem Tisch liegen.

Sie haben richtigerweise angesprochen, dass das Dienstradleasing ein Thema ist, das im Rahmen der Anstrengungen für nachhaltige Mobilität, Luftreinhaltung usw. insgesamt steht. An dieser Stelle möchte ich anmerken, dass dieses Thema nur ein Baustein unserer Aktivitäten für eine nachhaltige Mobilität der Landesbeschäftigten ist. So gibt es seit Juni letzten Jahres Unterstützung durch das Verkehrsministerium für Dienststellen des Landes, fahrradfreundliche Infrastruktur aufzubauen – z. B. Fahrradabstellanlagen, Umkleide- und Duschräume für Rad fahrende Kolleginnen und Kollegen.

Seit dem 10. November letzten Jahres wird den Dienststellen empfohlen, ihren Bediensteten Ladestrom für E-Bikes kostenfrei abzugeben. Entsprechende Klarstellungen auf Fragen, die es dazu gab, wurden vorgenommen, und den Kommunen wurde Selbiges zur Nachahmung empfohlen.

Präsidentin Muhterem Aras: Es gibt eine weitere Frage. – Herr Abg. Dr. Aden, bitte.

Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP: Vielen Dank, Frau Staatssekretärin. – Aus der Wirtschaft haben wir erfahren, dass dort die Kosten für die Entgeltumwandlung – u. a. durch Zusatzkosten für Versicherungen usw. – deutlich über 1 % der Kaufsumme des Rades hinausgehen. Hat die Landesregierung hierfür schon einen Überblick über den tatsächlichen Kostenrahmen?

Staatssekretärin Dr. Gisela Splett: Den haben wir noch nicht. Ich sagte ja: Es laufen die vorbereitenden Arbeiten für eine Ausschreibung, und zwar nicht in unserem Ressort, sondern im Verkehrsressort. Nur um zu verdeutlichen, wie kompliziert das alles ist, zeige ich Ihnen dieses eine Diagramm.

(Die Rednerin hält ein Diagramm hoch.)

Es gibt den Arbeitgeber, den Arbeitnehmer, den Dienstleister, der dieses Modell anbietet. Dahinter steht die Funktion einer Bank, denn es geht ja um ein Leasingmodell. Es geht um eine Versicherung, denn die Diensträder müssen versichert sein. Und es gibt natürlich den Fahrradhändler, mit dem der Vertrag abgeschlossen wird. Das ist also ein komplexes Modell. Auch die Unternehmen haben da in der Vergangenheit, glaube ich, dazulernen müssen – auch im letzten Jahr, was steuerrechtliche Fragen angeht.

Es wird davon abhängen, wie man die Ausschreibung gestaltet, wie das Angebot des Marktes darauf ist, um die Frage, die Sie jetzt gestellt haben: „Wie viel Prozent sind es dann, was macht die Versicherung aus?“, tatsächlich beantworten zu können.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Herr Abg. Katzenstein, Ihre Frage, bitte.

Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Sehr geehrte Frau Staatssekretärin, ein Thema, das dazugehört, ist der Restwert des Fahrrads nach der Leasingzeit; das sind üblicherweise drei Jahre. Nach meinem Wissensstand ist dieser Wert durch eine Bundesregelung inzwischen auf 40 % des Listenpreises festgelegt worden. Man kann sich vorstellen, dass das bei klassischen Fahrrädern sicherlich angemessen ist. Bei Pedelecs ist dieser Wert nach meiner Einschätzung derzeit zu hoch angesetzt, da der Akku, der ja einen Großteil des Wertes darstellt, doch durchaus belastet wird.

Sieht die Landesregierung eine Möglichkeit, dass wir da eine separate Regelung machen oder dass diese 40-%-Regelung wieder geändert wird?

Staatssekretärin Dr. Gisela Splett: Dazu haben wir im vergangenen Jahr Diskussionen geführt. Es gibt da auch eine bundesweite Klarstellung, wie die Regelung ist. Um noch einmal zu erläutern, worum es geht: Die meisten Dienstrad-Leasingverträge haben bisher vorgesehen, dass man das Rad drei Jahre least und anschließend zu einem günstigen Preis erwerben kann. Wenn dieser Preis aber deutlich unter dem Marktwert des Fahrrads liegt, entsteht damit ein geldwerter Vorteil, der zu versteuern ist.

Im letzten Jahr gab es die steuerrechtliche Klärung, dass man davon ausgehen kann, dass der Restwert dieses Rades nicht über 40 % des Listenpreises liegt. Im Einzelfall steht es dem Arbeitnehmer immer frei, darzulegen, warum der Restwert bei seinem Rad deutlich darunter liegt. Die 40 % sind sozusagen eine Obergrenze. Es ist davon auszugehen, dass es nicht mehr als 40 % des Listenpreises sein werden. 10 % sind üblicherweise der Kaufpreis bei den bisherigen Modellen. Dann würden schließlich maximal oder pauschaliert 30 % des Listenpreises als geldwerter Vorteil zu versteuern sein.

Es gibt Überlegungen in die Richtung, dass das im Angebot des Dienstleisters stecken kann und er das pauschal über-

nimmt. Auch der Arbeitgeber könnte sich an dieser Stelle engagieren.

Das möge nur verdeutlichen: Es ist nicht einfach, und es ist auch nicht einfach, eine Ausschreibung zu erstellen, die nachher das bestmögliche Angebot zum Ergebnis hat. Deswegen geht Gründlichkeit vor Schnelligkeit. Das Ziel steht, und die beteiligten Häuser arbeiten daran.

(Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP: Das schätzen wir am Finanzministerium!)

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Thema. Damit ist das Thema für heute erledigt. – Danke schön.

Ich rufe das nächste Thema auf, gemeldet von der AfD-Fraktion:

Konzept der Landesregierung für die freiwillige Polizei

Ich erteile Herrn Abg. Berg das Wort.

Abg. Lars Patrick Berg AfD: Frau Präsidentin, werte Kollegen! Im Koalitionsvertrag zwischen Bündnis 90/Die Grünen und der CDU ist vereinbart, dass für den Freiwilligen Polizeidienst neue Grundlagen geschaffen werden sollen. Außerdem sollte der Beschluss der grün-roten Koalition aus dem Jahr 2011, in der 15. Legislatur den Freiwilligen Polizeidienst auslaufen zu lassen, aufgehoben werden.

Am 7. Juni 2016 teilte die Landesregierung in ihrer Stellungnahme zum Antrag Drucksache 16/60 mit, die Rahmenbedingungen und die Ausgestaltung zu den Unterstützungsmöglichkeiten und Befugnissen würden aktuell erarbeitet.

Seit 2016 haben sich allerdings die Rahmenbedingungen gewaltig verändert, und unserer Ansicht nach ist in dieser Sache bisher nichts geschehen. Deshalb folgende Fragen:

Erstens: Wurde der Beschluss der grün-roten Vorgängerregierung aus dem Jahr 2011, den Freiwilligen Polizeidienst auslaufen zu lassen, von der grün-schwarzen Regierung förmlich aufgehoben? Wenn ja, wann? Wenn nein, warum nicht?

Zweitens: Trifft es zu, dass es keine Arbeitsgruppe im Innenministerium gibt, die sich mit der Neukonzeption des Freiwilligen Polizeidienstes beschäftigt, dass bis heute noch keinerlei Konzept für den Freiwilligen Polizeidienst vorliegt und auch weiterhin kein Konzept in Aussicht ist, obwohl dies im Koalitionsvertrag vom 9. Mai 2016 vereinbart wurde?

Vielen Dank.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Was wollen Sie?)

Präsidentin Muhterem Aras: Danke schön. – Für die Landesregierung erteile ich Herrn Innenminister Strobl das Wort.

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Verehrte Frau Präsidentin Aras, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Freiwillige Polizeidienst, Herr Abg. Berg, ergänzt seit nunmehr über 50 Jahren, auf ehrenamtlichem Engagement beruhend, die sichtbare Präsenz der Polizei im öffentlichen Raum. Er stärkt damit die öffentliche Sicherheit

(Minister Thomas Strobl)

und das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger und ist zudem eine wichtige Brücke zwischen der Gesellschaft und staatlichen Institutionen.

Die Landesregierung hat im Koalitionsvertrag vereinbart, im Rahmen eines Gesamtkonzepts für sichere öffentliche Räume eine neue Grundlage für den Einsatz von Polizeifreiwilligen zu schaffen. Sie sieht die zukünftigen Aufgabenfelder des Freiwilligen Polizeidienstes vorrangig in präventiven Aktivitäten, wie beispielsweise im Jugendschutz, in Präsenzmaßnahmen im öffentlichen Raum.

Die Entscheidung der Vorgängerregierung aus dem Jahr 2011, den Freiwilligen Polizeidienst aufzulösen, ist damit aufgehoben. Bei der Neuausrichtung werden auch die zunehmende Gewalt bei Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, der Aus- und Fortbildungsstand der Polizeifreiwilligen sowie deren Ausrüstung berücksichtigt.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Was heißt das?)

Der Einsatz von Polizeifreiwilligen wird daher grundsätzlich auch künftig am bisherigen Grundsatz, wonach keine absehbar gefahrgeneigten Tätigkeiten übertragen werden dürfen, ausgerichtet sein.

Das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration prüft die Umsetzungsmöglichkeiten der im Koalitionsvertrag vorgesehenen Reform des Freiwilligen Polizeidienstes und in diesem Zusammenhang die Rahmenbedingungen und die entsprechenden Einsatzmöglichkeiten. Ein finalisiertes und abgestimmtes Konzept liegt derzeit nicht vor. Wir haben aber das Auslaufen des Freiwilligen Polizeidienstes klar beendet.

Deshalb wird der Freiwillige Polizeidienst gemäß Koalitionsvertrag, Herr Abg. Berg, unverändert auf dem bisherigen Stand fortgeführt. Das heißt, der Polizeivollzugsdienst wird von – Stand 31. Dezember 2017 – aktuell 673 Polizeifreiwilligen schwerpunktmäßig bei verkehrspolizeilichen Aufgaben sowie in der Prävention unterstützt. Im Haushalt 2018 stehen der Polizei dafür wie in den Jahren zuvor unverändert 544 100 € zur Verfügung.

Ich möchte ausdrücklich noch betonen: Der Freiwillige Polizeidienst ist unverändert einsatz- und handlungsfähig. Außerdem wurde bereits im Vorgriff auf die Neuausrichtung den regionalen Polizeipräsidien die Möglichkeit eingeräumt, in Einzelfällen wieder Ausnahmen von der gesetzlichen Altersgrenze im Sinne von § 11 des Gesetzes über den Freiwilligen Polizeidienst zu genehmigen. Das heißt, sie dürfen ihren Dienst auf Antrag freiwillig verlängern. Das ist also eine doppelte Freiwilligkeit. Man kann auch beim Freiwilligen Polizeidienst freiwillig über die Altersgrenze hinaus Dienst tun.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Gibt es weitere Fragen? – Herr Abg. Berg, bitte.

Abg. Lars Patrick Berg AfD: Herr Minister, vielen Dank für Ihre Ausführungen. Mein Eindruck ist, dass in Ihrem Haus schon sehr lange geprüft wird. Können Sie denn sagen, wann das finalisierte Konzept konkret vorliegen wird, und können Sie auch etwas zum zukünftigen personellen Aufwuchs des Freiwilligen Polizeidienstes sagen?

Vielen Dank.

Präsidentin Muhterem Aras: Bitte, Herr Minister.

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Herr Abg. Berg, ich möchte Ihnen ganz offen sagen: Wir haben in den vergangenen beiden Jahren schon eine Prioritätensetzung vorgenommen.

Uns war der Aufwuchs bei der Polizei in Baden-Württemberg ein wichtiges Anliegen. Deswegen sind wir gerade mitten in der größten Einstellungsoffensive, die es in der baden-württembergischen Polizei jemals gegeben hat.

Zum Zweiten: Wir haben in diesem Haus im letzten Jahr ein neues Polizeigesetz beschlossen. Das war ein wichtiges und richtungweisendes Gesetzgebungsverfahren.

Zum Dritten kümmern wir uns sehr intensiv darum, dass die baden-württembergische Polizei maximal und bestens ausgerüstet ist. Das waren u. a. die Prioritäten in den vergangenen drei Jahren.

Wir haben sofort das Auslaufen des Freiwilligen Polizeidienstes beendet. Das ist eine schnelle Entscheidung gewesen. Seither arbeiten wir daran, auf welche neue Grundlage wir den Freiwilligen Polizeidienst stellen wollen.

Nachdem wichtige Gesetzgebungsverfahren und diese große Einstellungsoffensive jetzt laufen, können wir uns auch um dieses Thema intensiver kümmern. Wir wollen das mit großer Sorgfalt tun. Wir wollen das insbesondere auch in enger Abstimmung innerhalb der Koalitionsfraktionen tun und wollen uns die Zeit dafür nehmen, die wir brauchen, um den Freiwilligen Polizeidienst auf eine zukunftsgerichtete und solide Grundlage zu stellen.

Es gibt noch keinen Endzeitpunkt, wann dieses Konzept abgestimmt sein wird. Sobald das aber der Fall ist, werden wir es auch dem Landtag von Baden-Württemberg gern vorstellen.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Die nächste Frage kommt von Herrn Abg. Blenke.

Abg. Thomas Blenke CDU: Herr Minister, teilen Sie die Einschätzung der CDU-Fraktion, dass in den über 50 Jahren des Bestehens des Freiwilligen Polizeidienstes durch den Einsatz von zivilen Berufen aus allen Bereichen der Gesellschaft eine Bereicherung in die Polizei und in die Polizeiarbeit hineingebracht wurde und dass sich Befürchtungen, die immer wieder einmal geäußert werden, wonach dieser Einsatz ein Risikofaktor ist, in den über 50 Jahren des Bestehens des Freiwilligen Polizeidienstes nicht konkretisiert haben, sondern das eigentlich immer gut funktioniert hat?

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Herr Abg. Blenke, ich teile in beiden Punkten Ihre Einschätzung.

(Abg. Anton Baron AfD: Welch ein Wunder!)

Zum Ersten: Vergleichbar mit den ehrenamtlichen Kräften etwa bei der Feuerwehr oder beim Technischen Hilfswerk haben wir auch beim Freiwilligen Polizeidienst einen außeror-

(Minister Thomas Strobl)

dentlichen Gewinn davon, dass die Freiwilligen, die dort ihren Dienst tun, ihre Expertise, die sie beispielsweise in ihrem beruflichen Leben erworben haben, auf vielfältigste Art und Weise in diesen Dienst einbringen. Im Grunde genommen findet hier eine moderne Art der „Industriespionage“ statt, weil das, was im bürgerlichen Erwerbsberuf an Kenntnissen erworben wird, wieder sozusagen kostenfrei für die staatliche Aufgabe bei der Polizei zur Verfügung gestellt wird.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Interessanter Aspekt!
So habe ich das noch nie gesehen!)

Deswegen kann ich diese Frage uneingeschränkt mit Ja beantworten.

Zu Ihrer zweiten Frage: Ja, 50 Jahre Erfolgsgeschichte des Freiwilligen Polizeidienstes. Andere Länder erfinden solche Einrichtungen im Moment, schaffen sie neu. Wenn ich sage: „Das ist eine Erfolgsgeschichte gewesen“, dann deshalb, weil die Probleme, die Sie angesprochen haben, Gott sei Dank nicht eingetreten sind. Insofern teile ich die Auffassung der CDU-Landtagsfraktion in beiden Punkten.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Danke schön!)

Präsidentin Muhterem Aras: Die nächste Frage kommt von Herrn Abg. Rottmann.

Abg. Daniel Rottmann AfD: Herr Innenminister, Sie sprachen in Ihren einleitenden Sätzen von zunehmender Gewalt „bei“ der Polizei. Zunehmende Gewalt gegen die Polizei ist mir bekannt. Über zunehmende Gewalt bei der Polizei können Sie mich vielleicht aufklären. Oder war das ein Missverständnis?

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Es war ein Missverständnis oder möglicherweise auch ein Versprecher von mir.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Oder ein Hörfehler!)

Wenn Letzteres der Fall gewesen sein sollte, bitte ich, mir das zu nachzusehen.

(Abg. Daniel Rottmann AfD: Danke schön!)

Präsidentin Muhterem Aras: Es gibt eine weitere Frage, und zwar von Herrn Abg. Dürr.

Abg. Klaus Dürr AfD: Frau Präsidentin! Herr Minister, Sie sind wie ich ein Freund von Zahlen, Daten, Fakten. Was können wir im Freiwilligen Polizeidienst Ende dieses Jahres an Zahlen erwarten? Was ist Ihre Planung bzw. Ihre Erwartungshaltung für Ende 2019? Ich denke, das interessiert die Bürger durchaus. Präsenz auf der Straße ist wichtig – jeden Tag mehr.

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Herr Abg. Dürr, ich kann Ihnen im Augenblick lediglich die Antwort geben, dass wir den Freiwilligen Polizeidienst auf unverändertem finanziellen Niveau fortführen. So sind auch die Haushaltsansätze, die der Landtag von Baden-Württemberg Gott sei Dank beschlossen hat. Es wäre jetzt nicht in Ordnung, wenn ich einzelne Überlegungen, einzelne Punkte, die es durchaus gibt, wie wir den Freiwilligen Polizeidienst fortentwickeln und auf eine neue Grundlage stellen

wollen, hier herauspicken würde. Wir haben noch kein finalisiertes, konsistentes Gesamtkonzept. Ein solches würde ich gern dem Landtag zu gegebener Zeit präsentieren. Im Augenblick arbeiten wir noch daran. Wir werden aber am Ende des Tages – da bin ich ganz sicher – ein gutes Konzept vorlegen, das die Vorteile, die der Freiwillige Polizeidienst seit 50 Jahren für die Sicherheit in diesem Land generiert, auch in Zukunft sicherstellt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Thema. Damit ist dieses Thema erledigt. – Vielen Dank, Herr Minister.

Ich rufe das nächste Thema auf, beantragt von der Fraktion GRÜNE:

Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie Baden-Württemberg

Ich darf das Wort Frau Abg. Lisbach erteilen.

Abg. Bettina Lisbach GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Baden-Württemberg ist erfreulicherweise zurzeit in der Fortschreibung. Sie soll weiterentwickelt werden. Ich frage deshalb die Landesregierung, was die Schwerpunkte und die Highlights dieser fortgeschriebenen oder weiterentwickelten Nachhaltigkeitsstrategie sein werden.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Umweltminister Untersteller, wobei ich Sie darauf hinweisen muss, dass wir nur noch sieben Minuten Zeit haben.

(Abg. Anton Baron AfD: Das wird eine Herausforderung! – Weitere Zurufe)

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Herzlichen Dank für die Frage. Vorweg eine kurze Bemerkung: In diesem Jahr feiert die Nachhaltigkeitsstrategie Baden-Württemberg ihr zehnjähriges Bestehen.

(Zuruf von der SPD: Unglaublich!)

Wir sind im Jubiläumsjahr. Ende dieser Woche findet aus diesem Anlass ein großer Kongress statt, und wir haben hierzu über 900 Anmeldungen.

Sie haben bereits die Frage der Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie angesprochen. Wir haben im Koalitionsvertrag festgelegt, dass wir die Nachhaltigkeitsstrategie weiterentwickeln wollen. Das Kabinett hat sich in der letzten Woche mit diesem Thema befasst; u. a. haben wir entschieden, dass wir den strategischen Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie auch in Zukunft weiterführen und fortentwickeln wollen.

Was gehört hier beispielsweise dazu? Dazu gehört, dass die Ministerien angehalten sind, eigene Nachhaltigkeitsberichte in ihrem Zuständigkeitsbereich zu erstellen. Wir haben schon in der letzten Legislaturperiode den Indikatorenbericht erstellt

(Minister Franz Untersteller)

und haben hierzu entsprechende Monitoringverfahren entwickelt. Wir haben den Nachhaltigkeitscheck entwickelt. All das sind Instrumente, die wir auch in Zukunft weiterentwickeln wollen und die wir natürlich auch anwenden wollen – bis hin zum Thema „Zertifizierung der Ministerien“ im Hinblick auf Ökoauditierung, aber auch auf das Energiemanagement. Bei dieser Zertifizierung sind wir, glaube ich, so weit wie kein anderes Bundesland; in den letzten Jahren wurden Stück um Stück auch nachgeordnete Behörden in diesen Bereichen zertifiziert.

Wir haben beschlossen, uns auch bei der Weiterführung der Nachhaltigkeitsstrategie wieder Schwerpunktthemen zu geben; ich nenne etwa das Thema „Energie und Klima“ oder das Thema „Bildung für nachhaltige Entwicklung“. Zudem haben wir uns als neues Thema die Frage des nachhaltigen Konsums gegeben; ich glaube, dies ist auch richtig. Einen weiteren Schwerpunkt setzen wir mit dem Thema „Urbanes Leben – Leben im ländlichen Raum“; auch dies wollen wir in der nächsten Zeit im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie bearbeiten. Es obliegt dann dem Beirat für nachhaltige Entwicklung – am kommenden Freitag wird es eine Sitzung geben –, hierzu entsprechende Arbeitsgruppen einzusetzen.

Wir haben uns auch dafür entschieden, die – jedenfalls nach meinem Dafürhalten – erfolgreichen Plattformen – ich nenne die Wirtschaftsinitiative Nachhaltigkeit; ich nenne die kommunale Initiative Nachhaltigkeit, aber auch die Jugendinitiative – weiterzuführen. Wenn wir einmal schauen, was in den letzten Jahren hier an Aktivitäten entwickelt wurde, dann können wir, meine ich, wirklich stolz sein.

Ich will aus Zeitgründen nur ein Beispiel herausgreifen, und zwar die Entwicklung der sogenannten WIN-Charta, die von der Wirtschaftsinitiative Nachhaltigkeit entwickelt wurde: ein Nachhaltigkeitsmanagementsystem für kleine und mittlere Unternehmen, die hier in Baden-Württemberg bekanntermaßen den Schwerpunkt und das Rückgrat unserer Wirtschaft bilden. Das ist ein sehr schlankes System, das den Unternehmen ermöglicht, systematisch das Thema Nachhaltigkeit in ihrer täglichen Arbeit zu realisieren. Ich habe den Eindruck, dass es hieran mittlerweile ein wachsendes Interesse gibt. Derzeit haben bereits fast 150 Unternehmen hier gezeichnet.

Andere Bundesländer – das sage ich ganz offen – beneiden uns um dieses Instrument, und ich glaube, die Aufmerksamkeit wird eher noch steigen. Warum? Weil wir mit der Zeichnung und der Beteiligung an der WIN-Charta der Unternehmen die Chance haben und die Möglichkeit nutzen können – das haben wir uns mittlerweile auch aus Brüssel versichern lassen –, die Anforderungen durch die CSR-Richtlinie zu erfüllen. Das ist für die Unternehmen natürlich eine sehr schlanke Möglichkeit, die Anforderungen vonseiten der EU zu erfüllen. Gleichzeitig liegt darin die Chance, das Thema „Nachhaltige Entwicklung“ auch in den Unternehmen in unserem Land immer stärker zu verankern.

Dabei will ich ausdrücklich hinzufügen – das sind jedenfalls meine Erfahrungen der letzten Jahre –, dass viele der kleinen und mittleren Unternehmen, insbesondere der familiengeführten Unternehmen, dem Thema Nachhaltigkeit und dessen Aspekten auch schon in der Vergangenheit sehr große Aufmerksamkeit gewidmet haben.

Das sind einige Punkte, die ich nennen will. Wir haben uns zudem vorgenommen, in den nächsten Jahren die Nachhaltigkeitsstrategie auch einmal von Externen evaluieren zu lassen. Wie wollen wir das machen? Auch das soll sehr schlank geschehen. Wir haben uns darauf verständigt, dass wir ein Peer-Review machen wollen, sprich, dass wir deutschlandweit, aber auch über die Grenzen hinaus Expertinnen und Experten anfragen wollen, dass sie einen externen Blick darauf werfen, was wir hier in Baden-Württemberg im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie umgesetzt haben und umsetzen, uns einmal Empfehlungen geben, wo wir gegebenenfalls Korrekturen anbringen können und gegebenenfalls auch neue Aspekte aufnehmen können.

Alles in allem, glaube ich, kann sich das sehr gut sehen lassen, insbesondere wenn man dann noch die Aktivitäten sieht, die wir Jahr für Jahr im Rahmen der Nachhaltigkeitstage haben. Auch in diesem Jahr werden wir wieder zwischen dem – wenn ich es richtig im Kopf habe – 8. und dem 10. Juni die Nachhaltigkeitstage in Baden-Württemberg durchführen. Im letzten Jahr hat sich gezeigt, dass wir hier wirklich einen großen Erfolg hatten. Es gab im Land 1 400 Aktionen, Veranstaltungen, Diskussionen.

Wenn man das mit Aktivitäten im Rahmen der Europäischen Nachhaltigkeitswoche in Frankreich vergleicht, muss man sagen: Wir haben allein in Baden-Württemberg erheblich mehr Aktivitäten als in ganz Frankreich. Sprich: Wir nehmen hier europaweit wirklich eine Spitzenposition ein, was die Beteiligung der Öffentlichkeit, der gesellschaftlichen Gruppen, der Unternehmen, der Kirchen, von Vereinen, aber auch von Schulen im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie betrifft. Ich sage Ihnen ganz offen: Auf eine so hohe Beteiligung ist die Landesregierung sehr stolz.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank, Herr Minister. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Es war eine Punktlandung. Die für die Regierungsbefragung vorgesehene Zeit ist um.

Damit ist Punkt 4 unserer Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Rechtsanwaltsversorgungsgesetzes – Drucksache 16/3620

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 16/3751

Berichterstatter: Abg. Nico Weinmann

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat festgelegt, dass in der Zweiten Beratung auf die Aussprache verzichtet wird.

Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 16/3620. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses, Drucksache 16/3751. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Ich rufe auf

Artikel 1

mit den Nummern 1 und 2. Ich schlage Ihnen vor, dass ich Artikel 1 insgesamt zur Abstimmung stelle. – Sie sind damit einverstanden. Vielen Dank.

(Präsidentin Muhterem Aras)

Wer Artikel 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Artikel 1 einstimmig zugestimmt. Vielen Dank.

Ich rufe auf

Artikel 2

Wer Artikel 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Artikel 2 ist damit einstimmig zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 11. April 2018 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Rechtsanwaltsversorgungsgesetzes“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich jetzt, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Gesetz ist damit einstimmig zugestimmt.

Punkt 5 der Tagesordnung ist damit erledigt. Vielen Dank.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

(Unruhe)

– Ich darf um etwas Ruhe bitten.

a) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Finanzen – Wie sich die Landesregierung mit kreativer Buchführung von der Schuldenbremse der Landeshaushaltsordnung und der Schuldenbremse des deutschen Grundgesetzes verabschiedet – Drucksache 16/935

b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Finanzen – Investitionen in die Infrastruktur des Landes zwischen Anspruch und Wirklichkeit: Mit einem Investitionsprogramm den hohen Ansprüchen auch Taten folgen lassen! – Drucksache 16/3432

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung der beiden Anträge insgesamt fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Für die Fraktion der SPD erteile ich das Wort Herrn Abg. Hofelich.

Abg. Peter Hofelich SPD: Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Herzlichen Dank für die Gelegenheit, die beiden Anträge, die zeitlich auseinanderliegen, heute einzuführen. Ich danke auch jetzt schon für den Austausch, den wir haben werden, auch dem Ministerium für die sicherlich sachlichen und präzisen Antworten.

Ich denke, wir haben eine Situation erreicht, in der wir, was die Haushaltsführung des Landes angeht, an einer Schnittstelle angekommen sind: vor und nach der verfassungsmäßigen Verankerung und Weiterführung der Schuldenbremse. Das bietet eine gute Gelegenheit, das, was hinter uns liegt, und das, was vor uns liegt, zu beleuchten. Dafür sind auch die beiden Anträge eine gute Grundlage.

Ich habe mir für die Gedanken drei Überschriften notiert. Die eine lautet „Prinzipien“, die zweite lautet „Investitionen“, und die dritte lautet „Perspektiven“.

Kommen wir zu den Prinzipien. Ich kann uns nicht ersparen, dass wir noch einmal den Rückblick machen, dass wir noch einmal beleuchten, wie das denn mit dieser Landeshaushaltsordnung war, auch wenn wir hierüber schon öfter gestritten haben.

Es war ja am Anfang so ein grün-schwarzer Feldversuch: Könnte man denn die baden-württembergische Konsolidierungspolitik der Jahre 2011 bis 2016, die nicht alle so wahrgenommen haben, die aber den Zahlen nach einfach stimmt, nicht vielleicht mit zwei Kniffen in Misskredit bringen? Die Hypotheken der Weltwirtschaftskrise und der Flüchtlingsströme, die ja real da waren, werden ein bisschen ausgeblendet, und die Früchte eines fast zehnjährigen Aufschwungs seit der Weltwirtschaftskrise werden einfach grün-schwarz zubilanziert.

Der Versuch war vielleicht gar nicht so schlecht, zumal wenn ein Ministerpräsident mitgewirkt hat, für den das Regieren ja laut Wahlplakaten eine Stilfrage war und der keine Probleme hatte, seine eigene Beteiligung an der Vergangenheit eher geringzuschreiben, das Geleistete zu vergessen – auch das zu Verantwortende – und einfach nur einmal nach vorn zu schauen auf die eigenen Meriten.

Aber dann kam irgendwo ein Punkt, an dem Grün-Schwarz überdrehte. Die zugefallene Ernte sollte nicht mehr in Bescheidenheit, nämlich in Kredittilgung, eingefahren werden, sondern es sollte durchregiert werden mit eigener Dramaturgie und die Landeshaushaltsordnung bar neuer Regeln willkürlich uminterpretiert werden: „Da gerade die Zinsen niedrig sind, werden wir einen analytisch richtigen Sachverhalt zur impliziten Verschuldung vielleicht auch taktisch schlau ins Haushaltsrecht implementieren können.“ Das erschien manchen in der Regierung wahrscheinlich pragmatisch – aber nicht allen –, anderen erschien es eher opportunistisch. Deswegen sage ich im Rückblick, meine Damen und Herren: Haushaltspolitik funktioniert bei uns prinzipienfest – das ist das, was wir wollen –, und das war bei Ihnen in der Vergangenheit nicht so.

(Beifall bei der SPD)

Wir, die Kollegen der Oppositionsfraktionen, haben uns dem entgegengestemmt. Ich will es auch nicht lange ausführen. Interessant ist, dass es doch reguläre politische Geländegewinne in der Argumentation gab. Deutlich wurde, dass reguläre Investitionen und notwendige Instandhaltungsmaßnahmen als Tilgung von Schulden verkauft wurden und dass sich der Schuldenstand des Landes auf dem Kapitalmarkt überhaupt nicht verändert, und das bei laufenden kassenmäßigen Jahresüberschüssen in Höhe von 3,5 Milliarden € im Jahr 2016 und

(Peter Hofelich)

2,7 Milliarden € im Jahr 2017. Deutlich wurde auch, dass die Kommunen als die Verlierer zurückblieben, deren Investitionskraft durch die Erhöhung der Vorwegentnahme im Finanzausgleich geschwächt wurde.

Unsere Schlussfolgerung, meine Damen und Herren: Fassade statt Substanz bei Grün-Schwarz. Das war kein Ruhmesblatt, mit dem Sie sich in dieser Übergangsphase jetzt hier gezeigt haben.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben Ihnen, um die Prinzipien zu wahren, auch noch einmal für den Übergangszeitraum angeboten, dass wir eine handhabbare Lösung einführen. Deshalb haben wir unseren Gesetzesvorschlag eingebracht, der eine Auflistung der Kriterien beinhaltet, was implizite Verschuldung ist und was angerechnet werden kann. Damit wäre klar gewesen: Wir wollen Investitionen über den Abschreibungsbetrag sowie Vorsorgeaufwendungen, die abgedeckt sind. „All das brauchen wir nicht, kriegen wir allein hin“ – das war die Botschaft, die uns hier entgegenschallt ist. Ich sage einmal: Pustekuchen! Das war eine Phase, in der es nur auf und ab ging, bei der nicht klar war, was die Linie der Landesregierung ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Punkt: Investitionen. Jetzt haben wir doch einmal nachgefragt, wie das, um was es sich dreht – wir wollen ja das Geld in Investitionen anlegen, und dafür brauchen wir das alles, was wir hier veranstalten –, aussieht, ob denn die Konstruktion überhaupt trägt. Daher war Gegenstand unseres zweiten Antrags, ob Ihre Investitionen das vorgegebene Maß der nach Ihrem Verständnis impliziten Verschuldung treffen.

Erinnern wir uns – auch das darf man ja mal anführen –: Die zurückliegenden Jahre 2011 bis 2016 hatten unter sozialdemokratischer Verantwortung in der Finanzpolitik eine Trendumkehr gebracht. Man darf auch sagen: Der Anteil der öffentlichen Investitionen am Bruttoinlandsprodukt, der in Baden-Württemberg zunächst bei 1,1 % im Jahr 2011 lag, war wieder auf fast 1,6 % angestiegen; insbesondere auch die Sachinvestitionen waren angestiegen.

Auch im Bundesvergleich standen wir nicht schlecht da. Unter sozialdemokratischer Verantwortung wurde investiert, meine Damen und Herren, und zwar ansteigend.

(Beifall bei der SPD)

Würde Grün-Schwarz diesen Schwung mitnehmen?

(Zurufe von den Grünen: Ja!)

Jetzt die Antwort auf unsere Anfrage: Sie bekamen im Jahr 2017 die Höhe der Investitionen nicht hin: Kalkulatorischen Abschreibungen von 850 Millionen € bei den Liegenschaften stehen aktuell Investitionen von 709 Millionen € gegenüber. Wir hatten also – wenn man so will – eine „negative Nettoinvestitionsrate“ von 141 Millionen € im Jahr 2017.

Bei den Straßen sieht es etwas besser aus. Aber unter dem Strich: Es gibt keinen Abbau der impliziten Verschuldung,

sondern eher eine Ausweitung. Die Landesregierung zehrt an der Substanz unserer Liegenschaften und Landesstraßen

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ach, olle Kamellen!)

– halleluja, Herr Schwarz; bitte ganz vorsichtig, sonst werde ich noch präziser –,

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Mach ruhig! Wir haben nichts zu verbergen! – Zuruf: Er klappert schon mit den Zähnen!)

und das alles, obwohl klar ist, dass es Ermächtigungen gibt, dass es Rücklagen gibt und dass es auch Reste gibt, die zur Verfügung stehen.

Wir fordern deshalb die Landesregierung auf, die Investitionen in Landesstraßen und Liegenschaften zu steigern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Das kann geschehen beim Personal für Planung, beim Personal für Auftragsvergabe und auch bei einer Reform der Vergabeverfahren. Wir alle wissen, dass wir daran auch gemeinsam zu arbeiten haben.

Weiter fordern wir Sie auf, Städte, Gemeinden und Landkreise bei ihren kommunalen Investitionen künftig stärker zu unterstützen. Dazu haben wir zum Landeshaushalt 2018/2019 Anträge gestellt. Wir müssen hier vorankommen. Die Gemeinden brauchen dies, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Schließlich fordern wir Sie auf, ein eigenes Investitionsprogramm vorzulegen, das am Ende, um dem Ziel gerecht zu werden, zu Bruttoinvestitionen in Höhe von 1,35 Milliarden € führen müsste.

Aber schauen wir über den Tellerrand des Landeshaushalts hinaus: Es ist doch auch so, dass wir genau wissen, dass es bei der bislang tragenden Hochkonjunktur, in der wir uns seit Jahren befinden – wir wünschen uns, dass sie weitergeht –, auch förderlich ist, dass neben den Exporterfolgen Baden-Württembergs und neben der Binnennachfrage auch die öffentlichen Investitionen insgesamt einen stärkeren Beitrag an der Verstärkung unseres wirtschaftlichen Erfolgs leisten. Dann erst werden wir im Südweststaat Baden-Württemberg unserer Stärke wirklich gerecht. Deswegen sind öffentliche Investitionen in Baden-Württemberg wie in ganz Deutschland das Gebot der Stunde, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Perspektiven: Es gilt jetzt, vor diesem Hintergrund die Schuldenbremse in der Landesverfassung zu verankern. Dafür ist eine breite parlamentarische Mehrheit ratsam. Wir begrüßen deshalb auch die von der Finanzministerin eingesetzte Arbeitsgruppe und danken dafür.

Die Gespräche laufen. Für uns gibt es dabei einige Prämissen. Eine Prämisse ist – das ist bereits deutlich geworden –: Es muss politisch klar sein, dass uns die Pflege des Landesbesitzes und aufwachsende Versorgungsrücklagen begleiten müs-

(Peter Hofelich)

sen. Klar ist auch, dass die Tilgung von Krediten ruhig über die Verpflichtung der Verfahren zur Konjunkturbereinigung hinausgehen darf. Schließlich brauchen wir auch eine deutliche parlamentarische Mitwirkung nicht nur bei der Erarbeitung der Gesetze – verfassungsrechtlich und einfachgesetzlich –, sondern auch bei der untergesetzlichen Umsetzung der laufenden Praxis hier im Haus. Darüber werden wir zu diskutieren haben.

Ich formuliere das als Perspektive, weil wir – ich komme darauf zurück – bei der Haushaltsführung wieder auf die Ebene der Prinzipien zurückkehren müssen. Es gilt aber insgesamt das Credo der Investitionen: Der aktiv investierende Staat, der seine Kommunen unterstützende Staat ist auch der solide und nachhaltig wirtschaftende Staat.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Kollegin Walker das Wort.

Abg. Thekla Walker GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die heutige Aussprache über die beiden vorliegenden Anträge – es tut mir leid – lässt sich wirklich nur mit dem Filmtitel „Und täglich grüßt das Murmeltier“ überschreiben.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Dann mach mal!)

Denn ich kann nicht mehr mitzählen, wie oft wir diese Frage bereits im Ausschuss und auch hier im Plenum debattiert haben.

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

Ich kann dabei wirklich nicht erkennen, was die SPD eigentlich will. Einerseits will sie mit dem vorliegenden Antrag von 2016 mit Vehemenz verhindern, dass die Tilgungsverpflichtung der Landeshaushaltsordnung auf implizite Schulden ausgeweitet wird – es sollen also ausschließlich Kreditmarktschulden getilgt werden; so ist es in diesem Antrag 2016 noch formuliert –, andererseits will sie, dass das Land noch viel mehr investiert. Sie fordern im jüngsten Antrag Nettoinvestitionen von 1 Milliarde € im Doppelhaushalt bzw. eine Erhöhung der Investitionen um 50 %. Man kann natürlich beiden Zielen etwas abgewinnen; das ist gar keine Frage. Wer will nicht möglichst viel investieren? Wer möchte nicht möglichst viel Schulden tilgen? Nur: Das Maximum von beidem gleichzeitig zu fordern, das ist aus unserer Sicht schlicht unseriöse Haushaltspolitik.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Abg. Reinhold Gall SPD: Das wäre machbar! Nicht unseriös!
– Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Wir haben das ja auch bei den vergangenen Haushaltsberatungen intensiv diskutiert. Auch mit dem entsprechenden Gesetzentwurf der SPD-Fraktion zur Landeshaushaltsordnung haben wir uns hier intensiv auseinandergesetzt.

Ich möchte noch darauf hinweisen – Sie haben auch die Kommunen angesprochen, Herr Hofelich –, was es bedeuten würde, wenn wir jetzt den kommunalen Sanierungsfonds, den Sie

nicht wollen, abschaffen würden. Derzeit wird ja in den Regierungspräsidien auch darüber entschieden, wie die Schulsanierungsoffensive vor Ort umgesetzt wird, welche Anträge da zum Zug kommen. Es kann doch nicht ernsthaft im Sinne der SPD sein, das wieder zurückzunehmen. Das wäre doch schlicht kommunalfeindlich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU
– Abg. Reinhold Gall SPD: Völlig falsch! – Zuruf des
Abg. Peter Hofelich SPD)

Sie haben es richtig gesagt: Derzeit bearbeitet eine interfraktionelle Arbeitsgruppe auf Einladung der Finanzministerin das Thema Schuldenbremse. Die Tilgungsverpflichtung in der Landeshaushaltsordnung endet mit Ablauf des laufenden Doppelhaushalts. Ab 2020 gilt dann die Schuldenbremse nach dem Grundgesetz, die wir ja alle gemeinsam in der Landesverfassung verankern wollen. Die heutige Debatte ist deshalb eine theoretische, eine rückwärtsgewandte Debatte. Für die Praxis spielt sie jedenfalls keine Rolle mehr.

(Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Ich finde, wir sollten diese theoretischen Betrachtungen und diese Scheindebatten – etwas anderes ist es eben nicht – hinter uns lassen. Es gibt viel zu tun. Die Sanierungsaufgaben sind groß, und diese Regierung packt diese Sanierungsaufgaben an wie keine Regierung zuvor.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Das haben wir mit dem aktuellen Doppelhaushalt unterstrichen. Insgesamt 3,3 Milliarden € implizite Schulden werden getilgt. Dieser Invest unter Grün-Schwarz ist deutlich höher als der Invest unter Grün-Rot.

Ich erinnere die SPD aber auch daran, dass sie in der letzten Legislaturperiode das Thema „Implizite Schulden“ im Grunde genauso gesehen hat. Ich darf zur Erinnerung aus der mittelfristigen Finanzplanung der Jahre 2015 bis 2019 zum Stand Januar 2016 zitieren. Herausgeber war das SPD-geführte Finanzministerium. Ich zitiere aus Seite 14:

Nachhaltige und generationengerechte Haushaltspolitik muss die sogenannte indirekte Verschuldung des Landes im Blickfeld haben.

(Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Als Beitrag zum Abbau der impliziten Verschuldung werden in dieser mittelfristigen Finanzplanung die Sanierungsausgaben 2011 bis 2016 und die Einzahlungen in den Versorgungsfonds und die Versorgungsrücklage aufgeführt. Es wird in dieser von Ihnen, Herr Hofelich, als damaligem Staatssekretär verantworteten mittelfristigen Finanzplanung ein direkter Zusammenhang hergestellt zwischen der Nettokreditaufnahme der Jahre 2011 bis 2016 einerseits und den Sanierungsausgaben sowie den Einzahlungen in die Pensionsrücklagen andererseits. Es wird darauf hingewiesen, dass sich das Vermögen des Landes aus Bilanzsicht trotz Nettokreditaufnahme nicht verschlechtert habe, da ja gleichzeitig die implizite Verschuldung abgebaut worden sei.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Genau!)

(Thekla Walker)

Das muss man sich noch einmal in Erinnerung rufen. Und nur wenige Monate nach diesen Ausführungen des Staatssekretärs Hofelich will der Oppositionspolitiker Hofelich plötzlich von diesen Zusammenhängen nichts mehr wissen.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Stimmt doch gar nicht!)

Auf einmal sind nur noch Nettoinvestitionen der Maßstab, und als Schuldenabbau gilt nur noch die Tilgung von Kreditmarktschulden.

Der Weg, den wir beschritten haben, ist ökonomisch und haushaltspolitisch der klügere und sinnvollere Weg. Wir betreiben eine ausgewogene Mischung aus der Tilgung impliziter Schulden und der Tilgung von Kreditmarktschulden. Das hat auch noch einmal die Stellungnahme des Finanzministeriums zu dem SPD-Antrag gezeigt.

(Glocke des Präsidenten)

Wir haben die Trendwende geschafft, wir investieren, und wir werden das auch fortsetzen. Den Beschlusstexten der beiden vorliegenden Anträge können wir dementsprechend nicht zustimmen. Ich finde, damit können wir das Thema auch endgültig abschließen und uns der Zukunft zuwenden.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Das Wort für die CDU-Fraktion erteile ich dem Kollegen Mack.

Abg. Winfried Mack CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorweg: Das Land Baden-Württemberg und seine Kommunen stehen auf einem soliden finanziellen Fundament. Seit Jahren und Jahrzehnten weisen wir im Landeshaushalt nach Bayern und Sachsen die niedrigste Verschuldung pro Kopf aus. Unsere Kommunen haben die niedrigste Verschuldung republikweit – hier stehen wir auf Platz 1.

Bei einem Haushaltsvolumen von gut 50 Milliarden € haben wir auf das Land gerechnet gut 40 Milliarden € Verschuldung. Wir haben Pensionsverpflichtungen; dies soll nicht verschwiegen werden. Insgesamt stehen wir aber auf einem sehr guten und soliden Fundament. Die Kommunen Nordrhein-Westfalens haben pro Kopf eine fünf Mal so hohe Verschuldung, die Kommunen in Rheinland-Pfalz eine sechs Mal so hohe Pro-Kopf-Verschuldung. Daran sehen Sie, wie gut Baden-Württemberg im Verhältnis dasteht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Wir haben seit ziemlich exakt sieben Jahren eine – wie ich fast sagen möchte – Ausnahmesituation bei den Steuereinnahmen: Die Einnahmen sprudeln, wir haben enorme Zuwächse.

Aber das war nicht immer so. In den Neunzigerjahren stiegen die Arbeitslosenzahlen, und wir hatten die deutsche Einheit zu finanzieren. Wir hatten den Euro noch nicht, und dadurch gab es D-Mark-Aufwertungen. In diesem Landesparlament mussten wir in jedem Jahr Einsparungen vornehmen. In den Zweitausenderjahren hatten wir die Steuerreform und steigende Arbeitslosigkeit.

(Abg. Anton Baron AfD: Was hat das jetzt mit dem Euro zu tun?)

Trotzdem haben wir in Baden-Württemberg, was die Verschuldung anbelangt, Maß gehalten, auch wenn wir damals neue Schulden gemacht haben. Wenn heute Investitionen oder Investitionsstaus insbesondere im Straßenbau angesprochen werden: Sehen Sie sich die Zahlen an, die in den Stellungnahmen zu Ihren Anträgen genannt werden. Wir haben damals am Straßenbau gespart, weil wir uns nicht überschulden wollten.

Andere Länder haben sich aber überschuldet. Daher gab es die Idee der Schuldenbremse im Sinne einer gesamtstaatlichen Verantwortung. Die Idee der Schuldenbremse war, dass wir Rahmenvorgaben setzen. Warum? Weil wir sehen, dass wir sonst den Bund oder den Länderfinanzausgleich brauchen, um den überschuldeten Ländern zu helfen.

(Abg. Anton Baron AfD: Jetzt schwimmen Sie im Geld und machen trotzdem nichts!)

Die Quittung – das sehen wir doch – haben wir bekommen. Wir haben jetzt z. B. das Sanierungsprogramm des Bundes für finanzschwache Kommunen. Was bekommt Baden-Württemberg davon ab?

(Abg. Thomas Blenke CDU: Nichts!)

Wir bekommen 7,18 %. Der Anteil Baden-Württembergs nach dem Königsteiner Schlüssel liegt aber bei 13,01 %. Das heißt, wir bekommen viel weniger. Wir werden eigentlich dafür bestraft, dass wir keine solche Anzahl von finanzschwachen Kommunen haben.

Wir haben es jetzt geschafft, allen Kommunen in Baden-Württemberg garantieren zu können, dass sie – ob finanzschwach oder nicht – in den Jahren 2017 bis 2019 Sanierungsmittel bekommen. Ich glaube, das ist ein großartiger Erfolg.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Nicole Razavi: Sehr gut!)

Wenn die SPD jetzt sagt, Herr Hofelich, wir könnten das statt über implizite Verschuldung ja auch direkt aus dem Haushalt finanzieren, muss man natürlich auch sehen, dass das Land Baden-Württemberg durch den Länderfinanzausgleich insgesamt nivelliert wird und dass wir pro Kopf nicht übermäßig viel mehr im Landeshaushalt haben als andere Länder. Uns gelingt es jetzt, beispielsweise die 331 Millionen € für den Schulhausbau über die implizite Verschuldung zu decken, so dass wir ein schlüssiges Programm auflegen können.

Insgesamt, wenn Sie nach Investitionen fragen: Wir investieren im Doppelhaushalt bereits 1,65 Milliarden € für die Modernisierung von Straßen, Brücken, Hochschulbauten, Universitätskliniken, Gerichtsgebäuden und Polizeirevieren. Wir haben die Investitionen für den Straßenbau erhöht. Im Doppelhaushalt stellen wir 310 Millionen € für den Erhalt von Landesstraßen bereit.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Wir haben die Planungsmittel und die Planungskapazitäten erhöht. Wir investieren also in den Straßenbau.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

(Winfried Mack)

Gleichzeitig tilgen wir: Wir tilgen 1,9 Milliarden € implizite Schulden. Wir tilgen eine halbe Milliarde Euro Kreditmarktschulden. Wir bereinigen alte Kreditermächtigungen aus der vergangenen Legislaturperiode,

(Dem Redner wird das Ende seiner Redezeit angezeigt. – Glocke des Präsidenten)

und wir haben ein Auge auf den Versorgungsfonds. – Herr Präsident, ein letzter Satz.

Im Jahr 2019 wird der Versorgungsfonds auf 7,8 Milliarden € angewachsen. Daher können wir sagen: Wir haben in Baden-Württemberg solide Finanzen. Wir tilgen, und wir investieren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Das ist ein guter Erfolg und ein guter Weg für das Land.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Das Wort für die AfD-Fraktion erteile ich dem Kollegen Dr. Podeswa.

Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Tatsächlich – das wurde ja schon ausgeführt – ist dies hier eine rückwärtsgewandte Diskussion, die wir uns an dieser Stelle eigentlich auch hätten sparen können.

Der erste der beiden vorliegenden Anträge der SPD-Fraktion datiert vom November 2016. Auch das darin formulierte Ersuchen der SPD-Fraktion an die Landesregierung ist nicht mehr aktuell, da es schon lange überholt ist und durch das tatsächliche Regierungshandeln schon lange konterkariert wurde. Da sich der SPD-Antrag dadurch weitgehend erledigt hat, werden wir uns seitens der AfD-Fraktion bei der Abstimmung über diesen SPD-Antrag der Stimme enthalten.

Trotzdem kann ich Ihnen natürlich nicht ganz ersparen, hier in aller Kürze auf den Inhalt einzugehen. Die Landeshaushaltsordnung hat für das Jahr 2017 keine Zweideutigkeiten zugelassen. Angesichts der besten Steuereinnahmen aller Zeiten in der Geschichte von Baden-Württemberg zum damaligen – rückwärts betrachtet – Zeitraum musste die Landesregierung Schulden tilgen. Denn da gab es überhaupt keine Interpretationsmöglichkeiten.

(Beifall bei der AfD)

Die Tilgungsverpflichtungen laut § 18 der Landeshaushaltsordnung hätten zum Zeitpunkt der Einbringung des Haushaltsentwurfs bei rund 300 Millionen € gelegen. Nach Ablauf des Jahres hätten sich diese Tilgungsverpflichtungen sogar auf nahezu 500 Millionen € ausgeweitet.

Doch was wurde tatsächlich getilgt? Im Wesentlichen nichts. Denn die eindeutige Verpflichtung der Landesregierung, Schulden zu tilgen, wurde nicht erfüllt. Dieser Verpflichtung hat sich die Landesregierung mit einem Taschenspielertrick entledigt, und dieser Taschenspielertrick heißt „implizite Schulden“; das wurde hier schon vielfältig diskutiert und von der AfD-Fraktion als größter Oppositionsfraktion von Anfang an heftig kritisiert. Wir wurden in unserer Sichtweise auch weitestgehend vom Landesrechnungshof bestärkt.

Der Antrag von der SPD zeigt: In der Opposition lässt die SPD hier in Baden-Württemberg eine finanzielle Vernunft erkennen, welche man zu Zeiten ihrer Regierungsverantwortung allerdings vermissen musste.

(Beifall bei der AfD)

Als zukunftsorientierte Fraktion wollen wir diesen Antrag daher auch zum Anlass nehmen, in die Zukunft zu blicken. Wir benötigen endlich eine Schuldenbremse in der Verfassung, eine Schuldenbremse, die man nicht mit einem Taschenspielertrick oder mit „kreativer Buchführung“, wie es im Antrag der SPD so schön heißt, einfach aushebeln kann.

Vor diesem Hintergrund begrüßt die AfD-Fraktion ganz ausdrücklich die Initiative der Frau Finanzministerin Sitzmann. Sie hat eine interfraktionelle Arbeitsgruppe zur gemeinsamen Verankerung der Schuldenbremse in der Landesverfassung installiert. Die Frau Ministerin lädt alle Fraktionen dazu ein, mit ihr und ihrem Haus eine Verfassungsergänzung zu erarbeiten, welche den breitestmöglichen Konsens aller Landtagsfraktionen darstellt. Dies ist ein der Bedeutung und Wertschätzung der Landesverfassung sicherlich angemessenes Vorgehen.

(Beifall bei der AfD)

Gerade aus diesem Grund unterstreicht die AfD-Fraktion die Initiative der Frau Finanzministerin. Das ist beispielgebende konstruktive Parlamentsarbeit. Wer mit uns den eigentlich selbstverständlichen Gepflogenheiten des Parlaments entsprechend redet, der darf auch konstruktive Vorschläge erwarten. Wer mit uns redet, wird sehen: Wir wollen das Beste für die Bürger von Baden-Württemberg.

(Beifall bei der AfD)

In diesem Themenkomplex ist das Beste ohne jeden Zweifel eine strenge Schuldenbremse, die die Zukunft des Landes Baden-Württemberg sichert. Ich bin mir da sehr sicher: Den Taschenspielertrick der impliziten Schulden werden wir gemeinsam aus der Welt schaffen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Denn der Antrag der SPD – hier beziehe ich mich ausdrücklich auch auf den zweiten Antrag, der hier diskutiert wird, den Antrag zu den Investitionen – ist vom Grundsatz natürlich richtig. Er offenbart aber auch eine Gedankenwelt der SPD, die man gar nicht so einfach nachvollziehen kann. Was für ein kreativer Gedanke, in der jetzigen konjunkturellen Situation ein Investitionsprogramm zu fordern.

(Glocke des Präsidenten)

Darauf muss man erst einmal kommen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Das wird von der AfD-Fraktion kategorisch abgelehnt.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Ge-deon [fraktionslos])

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Dr. Aden.

Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Peter Hofelich, ich muss sagen, die Diskussion, die Sie uns heute aufnötigen, ist in der Tat ziemlich kalter Kaffee. Ich glaube, das haben Sie selbst gemerkt. Sonst hätten Sie nämlich der Diskussion, die wir vor drei oder vier Wochen aus Zeitgründen schon abgesetzt hatten, nicht noch einen Punkt zur Investition hinterhergeschoben. Dazu werde ich später kurz etwas sagen.

Ist die Debatte nicht schon sehr viel weiter fortgeschritten?

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Hat sich die SPD – wie auch schon an anderer Stelle hier bemerkt – mit einem späteren Gesetzentwurf zur engeren Definition der impliziten Schuldentilgung und durch Anträge in den Haushaltsberatungen nicht schon selbst von ihrem Antrag aus dem Jahr 2016 verabschiedet?

Wie wir alle wissen, wurde und wird von der FDP/DVP-Fraktion bei jeder passenden Gelegenheit wiederholt, dass sie sich dieser Kritik der SPD vollumfänglich anschließt und darüber hinaus – im Gegensatz zur Position der SPD – die ganze Tilgungsverpflichtung zur Kreditmarktschuldentilgung einsetzen möchte.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Die FDP/DVP-Fraktion lehnt, wie wir alle wissen, das Konstrukt der impliziten Verschuldung ausdrücklich ab.

Der interessante Ansatz dieses Antrags allerdings, von der Landesregierung zu erfahren, wie sich die Tilgungsverpflichtungen – je nach angewandtem Verfahren zur Berechnung einer Konjunkturstörung – berechnen lassen, ist löblich, aber längst von der Wirklichkeit überholt. Der Haushalt 2017 und der Doppelhaushalt 2018/2019 wurden mit der entsprechenden Änderung der Haushaltsordnung verabschiedet. Bei dieser Ausgangslage bleibt eigentlich nur der Blick in die Zukunft, wenn man nicht die endlosen Debatten in den Ausschüssen hier im Parlament wiederholen möchte.

Interessant wird der Blick auf die Steuerschätzung im Mai. Hier werden sich ebenfalls wieder Mehreinnahmen ergeben. Für uns von der FDP/DVP-Fraktion stellt sich die Frage, ob bereits eine Mehrausgabenliste existiert oder ob die Mehreinnahmen vielleicht doch in die Tilgung der Kreditmarktschulden fließen. Es wäre schön, Frau Staatssekretärin, wenn Sie uns dazu etwas sagen könnten.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der AfD)

Wie die Landesregierung versprochen hat, ist eine interfraktionelle Arbeitsgruppe eingesetzt worden. Sie hat auch schon zweimal getagt. Die bisherigen Beratungen lassen vermuten, dass man sich bei der Berechnung einer möglichen Schuldenaufnahme im Falle von Konjunktüreinbrüchen und Katastrophen auf das EU-Verfahren einigen wird. Das ist sinnvoll, weil auch der Stabilitätsrat zur Überwachung der Schuldenbremse nach diesem Modell arbeitet.

Das EU-Modell definiert allerdings nur einen Teil der Mehreinnahmen als konjunkturell und produziert somit tendenziell eine geringere Tilgungsverpflichtung, aber auch eine geringere Kreditaufnahmemöglichkeit. Bei Mehreinnahmen steht also immer mehr frei verfügbares Geld zur Disposition, das man entweder investieren oder auch – ich betone das – zur Schuldentilgung verwenden könnte. So werden der Regierung durch das Einführen des EU-Modells trotz der Schuldenbremse keine Fesseln angelegt. Das Geld müsste nicht zwingend für den Abbau der Kreditmarktschulden eingesetzt werden.

Nachdem wir jahrelang ziemlich ungeniert auf allen Ebenen unseres Staates Schulden aufgetürmt haben, ist nun doch ein Mentalitätswandel bei allen Parteien und Fraktionen festzustellen. Das Wort „Schuldenbremse“ ist nicht nur im Grundgesetz verankert worden, sondern ist mittlerweile – so kann man hoffen – im Bewusstsein aller verantwortlichen Politiker.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Trotzdem muss man sich hier gegen reflexhaftes Regierungshandeln wehren, sich möglichst viel finanziellen Spielraum zu erarbeiten.

Noch ein paar kurze Anmerkungen zu der Frage: Reichen die Investitionen aus, um in Zukunft das Landesvermögen zu erhalten?

Zu den Landesliegenschaften: Der bei der Vermögensaufstellung berechnete Wert beträgt ca. 41 Milliarden €, der Versicherungswert 25 Milliarden €. Daraus resultiert ein Mittelbedarf von jährlich 850 Millionen €. In den Haushalt sind 700 Millionen € eingestellt. Es mag sein, dass wir mit Ausgaberesten und vielleicht Zuweisungen von Bund, EU und Kommunen über den horizontalen Finanzausgleich 1 Milliarde € erreichen. Das wäre dann auch die rechnerische Investition, die wir für das nächste Jahr brauchen.

Das Gleiche gilt cum grano salis, kann man sagen, vielleicht auch für die Landesstraßen. Da allerdings in den Jahren seit 2002 immer eine Investitionslücke bestanden hat, wird es sicher viele Jahre sprudelnder Steuereinnahmen, aber auch Ausgabendisziplin bedürfen, um zu verhindern, dass das Landesvermögen weiter abnimmt.

(Glocke des Präsidenten)

– Ich komme zum Schluss, Herr Präsident. – Dies steht dann natürlich in Widerspruch zu der vorhin angeführten Schuldenbremse. Einen guten Mittelweg zu finden ist hier unsere Aufgabe.

Ich freue mich auf die Diskussion in den Ausschüssen und in Zukunft.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD sowie des Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos])

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die Landesregierung erteile ich Frau Staatssekretärin Dr. Splett das Wort.

Staatssekretärin Dr. Gisela Splett: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Es mutet ja einigermaßen befremdlich an, dass wir heute, am 11. April 2018, eine Drucksache besprechen, die vom 8. November 2016 datiert.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Da können wir ja nichts dafür, oder? – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Zuruf von der AfD)

So sind nicht nur die Zahlen, die sich noch auf den Regierungsentwurf 2017 beziehen, lange überholt. Auch die Kritik der SPD an der Verordnung zu § 18 der Landeshaushaltsordnung wurde schon mehrfach hier im Saal – u. a. am 9. November des vergangenen Jahres – und im Finanzausschuss besprochen.

Trotzdem werfe auch ich einen kurzen Blick zurück – dieser wird allerdings ein bisschen anders aussehen als der von Ihnen, Herr Abg. Hofelich –,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Völlig überraschend!)

bevor ich dann auch den Blick nach vorn richten werde.

(Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP: Ja, nach vorn!)

Im Rahmen des § 18 der Landeshaushaltsordnung konnte in den beschlossenen Haushalten 2017 und 2018/2019 viel erreicht werden. 2017 lag die Tilgungsverpflichtung mit Abschluss des parlamentarischen Verfahrens bei 411 Millionen €. 10 % dieser Mittel gingen an die Kommunen für Schul- und Brückensanierungen. Die entsprechenden Verwaltungsvorschriften für die Förderung liegen vor. Darüber hinaus wurden Ersatzbeschaffungen im Schienennahverkehr gefördert. Die restlichen Mittel wurden für die Sanierung von Hochbau und Straße und die Vermeidung der bilanziellen Überschuldung der NECKARPRI eingesetzt.

Für 2018 und 2019 lag die Tilgungsverpflichtung insgesamt bei 3,8 Milliarden €. Auch da gilt wieder: 10 % fließen an die Kommunen – das hat die SPD immer kritisiert, aber sie konterkariert damit ihre eigenen Aussagen zur Kommunalfreundlichkeit. Zusätzlich 50 Millionen € wurden für den Schienennahverkehr veranschlagt. 1,65 Milliarden € fließen in die Sanierung. 400 Millionen € davon kommen den Universitätsklinika zugute. Mit 0,9 Milliarden € werden die noch vorhandenen Nettokreditermächtigungen abgelöst. Auch die NECKARPRI wird mit 94 Millionen € weiter unterstützt. In Höhe von 0,5 Milliarden € werden Altschulden getilgt, und schließlich fließen 120 Millionen € zusätzlich in den Versorgungsfonds.

Das ist eine exzellente Bilanz. Mit diesen Maßnahmen entlasten wir zukünftige Haushalte maßgeblich. Wir haben vermieden, in guten Zeiten strukturelle Ausgaben aufzubauen, und wir haben gleichzeitig die Lasten der Zukunft reduziert.

Und, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, der Haushaltsgesetzgeber hat mit diesen Haushalten einen enormen Impuls für die öffentlichen Investitionen beschlossen. Sie haben uns, wie auch in den beiden Drucksachen, die hier behandelt werden, beständig dafür kritisiert, dass wir die impliziten Schulden mit ins Auge gefasst haben. Eines ist aber klar: Da-

mit haben wir den Weg für deutlich ausgeweitete Investitionen erst freigemacht und nicht, wie Sie das suggerieren, versperrt.

Im Doppelhaushalt 2018/2019 haben wir für Unterhalt, Sanierung und Neubau der Landesliegenschaften Ausgaben von über 1,4 Milliarden € veranschlagt. Für die Erhaltung sowie den Aus- und Neubau der Landesstraßen stehen 257 Millionen € bereit. Mit den in die Rücklagen eingestellten Mitteln stehen rund 2,9 Milliarden € für die Landesliegenschaften und die Landesstraßen bereit. Hinzu kommen Ausgabereste aus dem Jahr 2017, die allerdings in ihrer abschließenden Höhe noch nicht feststehen. Die Bruttoinvestitionen dürften damit je nach Abfluss der Mittel bereits in der von Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, geforderten Größenordnung von 2,7 Milliarden € für 2018 und 2019 liegen.

Im Hinblick auf den grundständigen Mittelbedarf kalkuliert die Landesregierung im Übrigen investitionsfreundlicher als Sie. Wir gehen von einem Sanierungsbedarf von jährlich rund 1 Milliarde € für Gebäude und Straßen des Landes aus. Man kann es nicht oft genug sagen: Die Sanierung ist für uns so wichtig, weil dadurch nicht nur der Zustand der Landesliegenschaften und der Landesstraßen verbessert wird, sondern auch zukünftige Belastungen des Landeshaushalts vermindert werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Außerdem – das ist in der Fachwelt klar – besteht weitgehende Einigkeit darüber, dass die Wachstumseffekte von Sanierungsinvestitionen mindestens so hoch sind wie die Wachstumseffekte von Erweiterungsinvestitionen. Davon profitiert nicht zuletzt auch der Landeshaushalt über steigende Steuereinnahmen.

Mit Ihrem Gesetzentwurf und nun mit Ihren Investitionsforderungen haben Sie einen 180-Grad-Schwenk hingelegt. Erst kritisieren Sie, dass nicht noch mehr getilgt wird, und dann, dass nicht noch mehr investiert wird. Nicht unsere Buchführung ist kreativ, sondern Ihre Oppositionsarbeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Kreativ ja! Da stimmen wir zu! – Abg. Andreas Stoch SPD: Da stimmen wir zu!)

– Mit dieser Aussage war die Oppositionsarbeit der SPD gemeint. – Doch genug der Vergangenheitsbewältigung: Lassen Sie uns diese Drucksache zum Anlass nehmen, nach vorn zu schauen. Das haben auch meine Vorrednerinnen und Vorredner schon getan. Ab 2020 gilt die grundgesetzlich verankerte Schuldenbremse, und wir haben bereits vor der vom Grundgesetz vorgegebenen Zeit gezeigt, wie ernst wir diese nehmen. Seit dem Jahr 2015 nehmen wir bereits keine neuen Schulden auf. Wir steuern also sicher und verlässlich auf die Schuldenbremse zu.

Erfreulicherweise sind sich alle Fraktionen einig, dafür auch eine Regelung in der Landesverfassung treffen zu wollen. Ich bin dankbar, dass sich Vertreterinnen und Vertreter aller Fraktionen in bislang zwei Terminen intensiv mit dieser Frage auseinandergesetzt haben. Die Eckpunkte für die zukünftige Regelung sind Konsens.

(Staatssekretärin Dr. Gisela Splett)

Rechnungshofpräsident Benz hat die Eckpunkte auch in seiner Rede am 28. Februar hier im Saal genannt: erstens das grundsätzliche Verbot, neue Schulden zu machen, zweitens eine symmetrische Konjunkturkomponente, drittens eine Regelung für Naturkatastrophen und Notsituationen.

Jetzt geht es um die Details, und ich bin dankbar, wie konstruktiv und sachorientiert wir gemeinsam an diesem Thema arbeiten. Das Finanzministerium hat einen ersten Referentenentwurf in die Arbeitsgruppe eingebracht, und bis zur nächsten Sitzung sind die Fraktionen gebeten, sich zu positionieren. Ich freue mich auf die weitere Diskussion.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Kollege Hofelich, wünschen Sie noch mal das Wort? – Bitte schön.

Abg. Peter Hofelich SPD: Viel Gegner, viel Ehr. Wenn alle aus unterschiedlichen Richtungen kommen, ist es vielleicht ganz gut, wenn man die letzte Minute noch nutzt, um hier ein paar Dinge klarzustellen.

Das Erste ist: Herr Podeswa, vielleicht haben Sie das in der vergangenen Wahlperiode nicht so mitbekommen, weil Sie da noch mit anderen Dingen – außerhalb des Landtags – beschäftigt waren, aber in diesen vergangenen fünf Jahren ist in diesem Land eines zu verzeichnen gewesen, nämlich eine Konsolidierung des Haushalts aus einer schwierigen Phase heraus, was Willi Stächele am besten weiß, und es ist in dieser Zeit auch gelungen, die Investitionen zu steigern. Ich weiß gar nicht, wovon Sie sprechen. Wir haben fünf gute Jahre hinter uns, Herr Podeswa.

(Beifall bei der SPD – Abg. Andreas Stoch SPD: So ist es! – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Frau Kollegin Splett, es trägt dann auch nicht dazu bei, wenn man hier sagt: „Seit 2015 werden die Schulden getilgt.“ Es ist bekannt, dass das auch vorher schon stattgefunden hat. Diese ständigen kleinen Abrechnungen nach dem Motto „Ich distanzieren mich von der Vergangenheit“ sind etwas, was mich besonders ärgert – das aber nur nebenbei.

Zweitens: Wenn ich selbst sage: „Der Blick voraus ist entscheidend“, ist es schon komisch, dass hier alle nur den Blick zurück attestieren. Beim Blick zurück, lieber Kollege Aden, geht es aber darum – da sind wir uns einig –, dass die Interpretation der Landeshaushaltsordnung und die Änderung, für die wir nicht stehen, sondern die in dieser Legislaturperiode erfolgt ist, den Blick dafür verstellt haben, dass die Investitionen, die notwendig sind, aus dem ordentlichen Haushalt finanziert werden. Das war der entscheidende Punkt. Deswegen haben wir hier ein politisches Davonlaufen von Grün-Schwarz gehabt.

(Beifall bei der SPD – Abg. Andreas Stoch SPD: So sieht es aus! – Glocke des Präsidenten)

Es ist in der Tendenz richtig.

Der dritte Punkt ist: Beim Blick voraus gilt der Sachverhalt des heutigen Tages, nämlich dass wir alle im Landeshaushalt die Mindestanforderungen zum Substanzerhalt nicht erfüllen.

Das ist der Punkt der Nettobetrachtung. Deswegen wissen auch alle, dass wir hier einen Aufholbedarf haben und dass dieser Aufholbedarf bei Sanierungen, Modernisierungen und Neubauten geleistet werden muss. Deswegen brauchen wir mehr öffentliche Investitionen in Baden-Württemberg. Das ist die Botschaft, um die es uns geht, meine Damen und Herren.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD – Abg. Andreas Kenner SPD: Bravo!)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen daher zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der beiden Anträge.

Wir kommen zunächst zur Abstimmung über den Antrag Drucksache 16/935. Abschnitt I des Antrags ist ein Berichtsteil und kann für erledigt erklärt werden. – Sie stimmen dem zu.

Abschnitt II des Antrags ist ein Beschlussteil, der ein Handlungersuchen enthält. Wird Abstimmung über Abschnitt II gewünscht? – Das ist der Fall.

Wer Abschnitt II zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Abschnitt II ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Nun kommen wir zur Abstimmung über den Antrag Drucksache 16/3432. Abschnitt I des Antrags ist ein Berichtsteil und kann ebenfalls für erledigt erklärt werden. – Sie stimmen dem zu.

Abschnitt II des Antrags ist ein Beschlussteil, der ein Handlungersuchen enthält. Wird Abstimmung über Abschnitt II gewünscht? – Das ist der Fall.

Wer Abschnitt II zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Abschnitt II ist ebenfalls mehrheitlich abgelehnt.

Meine Damen und Herren, damit ist Punkt 6 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft – Weiterentwicklung der Abfall- und Kreislaufwirtschaft in Baden-Württemberg – Drucksache 16/952

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

(Unruhe)

– Wenn Ruhe einkehrt, machen wir weiter.

Das Wort zur Begründung erteile ich Frau Abg. Lisbach.

Abg. Bettina Lisbach GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Den Antrag zur Zukunft der Abfall- und Kreislaufwirtschaft in Baden-Württemberg haben wir schon Ende 2016 gestellt. Mittlerweile ist einige Zeit vergangen. Die Entwicklungstrends sind unverän-

(Bettina Lisbach)

dert, und das Thema hat auch überhaupt nichts an Aktualität verloren.

Wir Deutschen loben uns immer ganz gern als Weltmeister im Mülltrennen. Tatsächlich haben wir auch eine sehr gute Entsorgungsinfrastruktur. Wir sind aber leider auch Europameister beim Müllproduzieren. Das gilt insbesondere für den Verpackungsmüll – Tendenz leider immer noch deutlich steigend, und das mit den bekannten Nebenwirkungen wie Plastikmüll in Ozeanen, Mikroplastik in unseren Gewässern, Müllexporte in ferne Länder – da hat China jetzt völlig zu Recht den Riegel vorgeschoben – und eine unnötige Verschwendung von knappen Rohstoffen und Ressourcen.

Meine Damen und Herren, wir stehen hier in Deutschland wirklich noch vor enormen abfallwirtschaftlichen Herausforderungen. Wir brauchen jetzt auch endlich eine Kreislaufwirtschaft, die ihren Namen wirklich verdient.

(Beifall bei den Grünen)

Wo die Bundesgesetzgebung greift, da treten wir leider vielfach noch auf der Stelle. Aber wo das Land Handlungsspielräume hat, gibt es in Baden-Württemberg deutliche Fortschritte. So haben wir auch 2016 wieder ein historisches Tief beim Restmüllaufkommen erreicht mit dem bundesweit niedrigsten Wert von etwas über 140 kg pro Einwohner gegenüber 190 kg pro Einwohner bundesweit. Ich finde, das ist ein schöner Erfolg, auf den wir hier wirklich stolz sein können.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Daran können auch Stadt- und Landkreise mit weiteren Anreizen zur Müllvermeidung anknüpfen, beispielsweise mit mengenabhängigen Gebühren.

Ganz entscheidend zur weiteren Reduzierung von Restmüll beitragen kann die separate Biomüllerrfassung. Hier ist noch ganz viel Luft nach oben bei der Steigerung der Sammlungsmengen. Das Umweltministerium engagiert sich seit Jahren sehr erfolgreich für eine flächendeckende Umsetzung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes. Unser Ziel ist und bleibt, dass sich bald alle Kreise dieser getrennten Biomüllsammlung anschließen und ihren Biomüll separat erfassen. Hier sind wir landesweit jetzt wirklich auf einem sehr guten Weg. Nur noch zwei Kreise fehlen, wenn man mit einkalkuliert, dass der Landkreis Karlsruhe sich wahrscheinlich im Sommer auch auf den Weg dieser Biomüllerrfassung machen wird.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sie haben es am Montag zugesagt!)

– Zugesagt, genau. Da ist man noch in sehr konstruktiven Gesprächen, wie das dann genau aussehen wird.

Verbesserungspotenzial gibt es auch noch bei der Art der Biomüllverwertung. Hier ist die Vergärung das optimale Mittel für eine optimale Energiegewinnung und hat auch den Vorteil, dass man dann die Gärreste als Düngemittel und den Kompost zur Bodenverbesserung verwerten kann. Das ist eine sehr komplexe und gute Möglichkeit, den Müll wiederzuverwerten.

Das Engagement lohnt sich, denn eine optimale Sammlung und Verwertung kann zu einer fast dreifachen Strom- und Wärmeausbeute führen im Vergleich zu dem, was wir heute haben. Meine Damen und Herren, die Biomüllverwertung ist auch – das zeigt sich hier ganz deutlich – ein wichtiger Beitrag zu mehr Klimaschutz bei uns im Land.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Eines unserer größten Sorgenkinder – ich habe es vorhin schon einmal angedeutet – ist und bleibt aber der Verpackungsmüll. Innerhalb der EU ist Deutschland hier unrühmlicher Spitzenreiter, Tendenz weiter steigend. Mit überdimensionierten Verpackungen wird versucht, unsere Kaufkraft zu steigern.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Baron?

Abg. Bettina Lisbach GRÜNE: Nein.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Nein.

Abg. Bettina Lisbach GRÜNE: Fast-Food- und To-go-Kultur vermüllen unsere Städte und belasten die Umwelt. Hier muss die Politik ansetzen. Aber auch da muss man ganz deutlich sagen: Hier sind die EU und der Bund gefragt. Wir brauchen beim Verpackungsmüll dringend eine Trendumkehr, um Umwelt und Ressourcen zu schonen und um unsere Städte sauberer zu machen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Leider sieht es danach aber im Augenblick nicht aus. Denn mit dem Verpackungsgesetz 2017 hält der Bund am gescheiterten dualen System fest. Abhilfe gebracht hätte hier ein ökologisches und wirklich verbraucherfreundliches Wertstoffgesetz mit verbindlichen Mehrweg- und ambitionierten Recyclingquoten für alle Wertstoffe, also nicht nur für Verpackung, sondern auch für die Bratpfanne oder das Plastikspielzeug. Dazu hätte auch gehört, dass man die Wertstoffsammlung komplett in die Hände der öffentlich-rechtlichen Entsorger legt, um dieses Kompetenzchaos, das wir heute haben und das zulasten der Kommunen geht, endlich abzuschaffen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Genau dafür hat sich Baden-Württemberg im Bundesrat zusammen mit anderen Ländern eingesetzt, bisher leider noch ohne Erfolg. Ich möchte heute auch an die Kolleginnen und Kollegen von CDU und SPD appellieren, uns hier im Bund zu unterstützen,

(Abg. Anton Baron AfD: Bloß nicht! So ein Quatsch!)

um Verpackungsmüll in Zukunft wirksam zu reduzieren und das Recycling zu verbessern. Denn die unverbindlichen Erklärungen im Koalitionsvertrag der GroKo helfen uns hier leider überhaupt nicht weiter.

(Beifall bei den Grünen – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Balzer?

Abg. Bettina Lisbach GRÜNE: Nein.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Auch nein.

Abg. Bettina Lisbach GRÜNE: Bis es so weit kommt, bleiben leider für uns hier nur freiwillige Initiativen.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Born von der SPD?

Abg. Bettina Lisbach GRÜNE: Nein, auch nicht.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Auch nicht. Gut.

Abg. Bettina Lisbach GRÜNE: Bis es so weit kommt, bleiben leider für uns hier nur freiwillige Initiativen. Freiburg und Tübingen mit ihren Projekten für Mehrwegkaffeebecher sind ja schon mal auf einem guten Weg; daneben nenne ich etwa Sperrmüllbasare, Gebrauchtwarenkaufhäuser und Reparaturcafés. Das alles sind tolle und interessante Ansätze, aber so lange im Bund nichts vorankommt, bleibt dies leider ein Tropfen auf den heißen Stein.

Anlass zu verhaltenem Optimismus geben uns die aktuellen Entwicklungen auf EU-Ebene. Im Januar 2018 wurde die Plastikstrategie der EU vorgestellt; Ziel ist es, die Recyclingquote von derzeit unter 30 % durch eine bessere Sammlung und getrennte Erfassung von Plastikabfällen sowie durch mehr Einsatz von Recyclingkunststoffen deutlich zu steigern. Auch Mikroplastik in Kosmetika sowie in anderen Produkten soll deutlich reduziert werden.

Es ist nun wichtig, dass diese gute Strategie schnell in die nationale Umsetzung kommt, auch, um die dramatische Verseuchung unserer Gewässer und Ozeane mit Mikroplastik und Plastikmüll endlich zu stoppen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Auch das EU-Paket zur Kreislaufwirtschaft lässt weitere Verbesserungen erwarten. Hier wünschen wir uns eine noch stärkere Verankerung des Ökodesigns; das heißt, dass langlebige, reparatur- und recyclingfreundliche Produkte gefördert und entwickelt werden. Denn es macht einen Unterschied, ob Wasserkocher, Handy oder auch ein Fön zwei, fünf oder vielleicht sogar zehn Jahre halten und ob diese Geräte dann kaputt im Restmüll landen oder hier ein vernünftiges Recycling stattfindet.

Es gäbe noch vieles zu ergänzen; ich verweise auf die kostbaren Rohstoffe wie Gold oder Platin, die wir heute noch im Elektromüll haben und die dringend recycelt werden müssen. Das geht weiter über den Klärschlamm, bei dem wir mit dem Phosphorrecycling in Baden-Württemberg auf einem sehr guten Weg sind, bis hin zum Baustoffrecycling, zu dem es inzwischen sehr gute Pilotprojekte bei den landeseigenen Bauten gibt.

Es zeigt sich immer wieder: Wo das Land handeln und entscheiden kann, da kommen wir sichtbar voran; wo der Bund

gefragt ist, tritt die Kreislaufwirtschaft leider vielfach noch auf der Stelle. Einen solchen Stillstand können wir uns und kann sich unsere Gesellschaft aber nicht leisten. Wir brauchen eine Kreislaufwirtschaft, die Umwelt und Ressourcen schont und die wir zukünftigen Generationen gegenüber auch verantworten können.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Rombach.

(Abg. Anton Baron AfD: 25 % Müllgebührenerhöhung in Hohenlohe! So ein Quatsch!)

– Das dürfen Sie nachher zum Besten geben.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Abg. Karl Rombach CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Abfallrecycling wurde bereits in den Neunzigerjahren unter der CDU-geführten Landesregierung sowie auch im Bund forciert. Das Landesabfallgesetz wurde, wie Sie wissen, am 15. Oktober 1996 in diesem Haus verabschiedet.

Altpapier und Bioabfälle werden schon seit Langem getrennt gesammelt und weiterverwertet. In vielen weiteren Bereichen wird das Recyclingprinzip fortlaufend immer stärker umgesetzt. Ein typisches Beispiel ist der Bereich Beton.

Für uns Christdemokraten und auch für mich persönlich ist ein effizienter Umgang mit den Ressourcen gelebte Verantwortung für die Schöpfung.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Da Deutschland ein rohstoffarmes Land ist, ist dies zudem ein Gebot der Vernunft und insbesondere der Nachhaltigkeit.

Heute sprechen wir über den Antrag der grünen Landtagsfraktion, den Frau Lisbach soeben begründet hat. Im Koalitionsvertrag wurde ganz konkret auf dieses Thema eingegangen, und hierzu erfolgten gemeinsame Festschreibungen.

Ein kleiner Rat, Frau Lisbach: Bevor wir gemeinsam über den Bund schelten – was ja fast nicht möglich ist; zunächst sind ja wir gefordert, gemeinsam unsere Hausaufgaben zu machen –, ist es, glaube ich, richtig, wenn ich noch einmal in Erinnerung rufe, was wir gemeinsam vereinbart haben und was wir auch gemeinsam anstreben und umsetzen. Wir wollen die Gewinnung von Sekundärrohstoffen weiter vorantreiben, die Entwicklung neuer Ansätze zur Rückgewinnung kritischer Technologierohstoffe vorantreiben, wir wollen den landesweiten Ausbau der Phosphorgewinnung und des Batterierecyclings, wir wollen eine grundsätzliche Unterstützung des Ausbaus von Recyclinganlagen, und wir wollen die Ausweitung der innovativen Verwertung von Bioabfällen angehen.

Für Bürger und Unternehmen im Land gleichermaßen ist eine hochwertige und effiziente Kreislaufwirtschaft wichtig.

(Abg. Anton Baron AfD: Wirtschaftlicher Unsinn!)

(Karl Rombach)

Ziel muss es sein, meine Damen und Herren, eine hohe Verwertungsquote bei gleichzeitig stabil anfallenden Gebühren anzupacken und umzusetzen.

(Abg. Anton Baron AfD: Und wie ist die Realität?)

Die Regierungskoalition will den Ausbau von Recyclinganlagen weiter unterstützen und die innovative Verwertung von Bauabfällen weiter vorantreiben.

Wenn – wie im Antrag des grünen Koalitionspartners – beim Bau- und Abbruchabfall seit 2011 eine mehr als 20-prozentige Steigerung festgestellt wird, ist es gerade wichtig und zugleich sachgerecht, gemeinsam zielführende Antworten zu geben. In der Tat stehen größere Abfallströme im Hoch- und Tiefbau an. Gerade dort müssen wir alle Prozesse – ich würde jetzt den Minister ansprechen, aber in diesem Fall spreche ich den Herrn Staatssekretär an – überdenken.

Übereinstimmend mit der Aussage des Umweltministers Franz Untersteller vor wenigen Wochen macht es keinen Sinn, größere Mengen von nicht recycelten Bauabfällen auf immer weniger Deponien zu entsorgen und gleichzeitig neue Abbaustätten zu erschließen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Sehr gut!)

Die Bauwirtschaft klagt über fehlende Deponiekapazitäten, zu hohe Gebühren und oft unnötige lange Lkw-Transporte.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU – Abg. Anton Baron AfD: Das stimmt! Selbst in Hohenlohe!)

Dieser Rückmeldung aus der Praxis, meine Damen und Herren, muss in der Tat Folge geleistet werden. Deshalb ist es wichtig, Frau Lisbach, dass wir gemeinsam zügig und schnell das geplante Landeskreislaufwirtschaftsgesetz anpacken. Um durch den Abriss und die Sanierung von Gebäuden anfallende wertvolle Rohstoffe wiederzuverwerten, ist es unser aller Auftrag, aber insbesondere der Auftrag der Bauwirtschaft und der Industrie, praktikable und gleichwertige Recyclinglösungen anzubieten. Unsere Verantwortung ist es, zweckmäßige Lösungen mit der Bauwirtschaft zu finden.

Ein weiterer ganz wichtiger Punkt – Frau Lisbach, Sie sind kurz darauf eingegangen –: Die Lebensmittel- und Plastikabfälle werden die größten wirtschaftlichen, ökologischen und gesellschaftlichen Herausforderungen der kommenden Zeit sein. Wenn es zutrifft, dass sich die Lebensmittel- und Haushaltsabfälle in den letzten zehn Jahren verdoppelt haben, dann ist dieses Thema anzupacken. Wenn die zunehmende Entwicklung bei Lebensmittel- und Plastikabfällen weiter anhält, dann ist dieses Thema zu überdenken und sind aus der gemachten Erfahrung entsprechende Beschlüsse zu ziehen.

Die steigende Belastung der Umwelt durch Kunststoffe ist schon seit mehreren Jahren ein uns bekanntes Thema. Deshalb hat die Forschungsgruppe um den Ökologen Professor Dr. Christian Laforsch eine detaillierte Untersuchung zur Mikroplastikbelastung von Flüssen und Seen in Deutschland durchgeführt. Dieses Thema, meine Damen und Herren, nehme ich als praktischer Landwirt doppelt ernst, und es ist für mich bedeutsam. Um diese Problematik im Zusammenhang mit unseren sehr wertvollen Flächen der Lebensmittelversorgung – insbesondere vorbeugend – anzupacken, damit wir den Folgen ...

Präsidentin Muhterem Aras: Kommen Sie bitte zum Schluss.

Abg. Karl Rombach CDU: ... dieser bedenklichen Entwicklung auf die Spur kommen und ihr durch geeignete Maßnahmen begegnen können, müssen wir zunächst einmal wissen, auf welchem Weg die Kunststoffpartikel in das Ökosystem gelangen.

Baden-Württemberg hat eine hohe Ressourceneffizienz, aber wir dürfen uns darauf nicht ausruhen.

Ich komme zum Schluss. Die Schonung natürlicher Ressourcen und der nachhaltige Umgang mit der Umwelt sind Erfolgsfaktoren für die Menschen in diesem Land. Die Bewahrung der Schöpfung ist seit jeher Kernanliegen der CDU. Verantwortlich handeln, nachhaltig leben, Lebensqualität bewahren, dafür steht die Landtagsfraktion der CDU.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Karl Zimmermann CDU: Sehr gut!)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Grimmer.

Abg. Dr. Bernd Grimmer AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Baden-Württemberg ist spitze. In der Stellungnahme des Ministeriums lesen wir Sätze wie: „Die Zielvorgaben wurden stets erfüllt“, „Die Getrennthaltung der werthaltigen Abfallfraktionen konnte kontinuierlich verbessert werden“, „Baden-Württemberg hat eine bundesweit führende Rolle in vielen Bereichen der Abfallwirtschaft“ oder „... bundesweit der niedrigste Wert für das jährliche Restmüllaufkommen pro Einwohner in den Ländern“. Ähnlich stellt sich die Lage beim Grünabfall dar, beim Klärschlamm, bei Elektrogeräten, bei der Rückgewinnung von Phosphor aus Klärschlamm – überall sind wir führend.

Wo wir Baden-Württemberger hingegen nicht zuständig sind, da sind wir auch nicht führend, z. B. bei der Verpackung. Bundesweit fallen jedes Jahr 18 Millionen t Verpackung zur Entsorgung an. Der gestiegene Online- und Versandhandel trägt dazu bei, im Bereich des Lebensmittelhandels aber auch immer strengere EU-Vorgaben und deren rigide Umsetzung vor allem in Deutschland.

Auf dem Wochenmarkt darf man nicht einmal mehr den leeren Eierkarton der letzten Woche mitbringen, beim Käse nicht die saubere Tuppereschüssel über die Theke geben. Deutsche Bürokratie steht hier wieder einmal quer im Stall. Und – nicht marginal –: Wer die Wertschöpfung zunehmend nach China verlagert, der steigert mit dem Transportbedarf auch die Verpackungsmenge.

(Beifall bei der AfD)

Anders als das Ministerium sehen wir es nicht als Defizit an, wenn in sechs der 44 vor allem ländlichen Kreise noch keine Bioabfälle getrennt gesammelt werden, kompostieren doch sehr viele Leute auf dem Land noch selbst. Mengen und lange Wege für zentrale Lösungen stehen vermutlich in keinem wirtschaftlich sinnvollen Verhältnis.

(Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

(Dr. Bernd Grimmer)

Verteuerungen sind das einzig sichere Ergebnis dieser Aktion.

(Beifall bei der AfD – Abg. Anton Baron AfD: Genau!)

Die Hinhaltenaktik der Landkreise ist also keine Rebellion, die Landräte müssen keinen europäischen Haftbefehl befürchten. Vielmehr bestaunen wir hier noch schätzenswerte Rückzugsgebiete von gesundem Menschenverstand.

(Beifall bei der AfD)

Was die Antwort des Ministeriums gar nicht im Blick hat, ist ein Abfall- und Müllproblem ganz besonderer Art. In einem FAZ-Artikel beschrieb der Vizepräsident des Verfassungsgerichts, Kirchhof, wie der Bundestag in drei Jahren 64 000 EUDokumente verarbeiten und umsetzen musste – jeden Monat 1 800 Gesetzgebungsvorschläge und andere politische Akte. Der Bundestag – so Kirchhof – werde von dieser Dokumentenflut „zugemüllt“.

Das Umweltrecht ist hierfür ein Paradebeispiel der negativen Art. Das Gutachten im Auftrag des Umweltministeriums, das in der Stellungnahme erwähnt wird, zeigt das am Beispiel des Abfallrechts. Wehmütig schreiben die Gutachter, wie das Abfallgesetz bis 1996 ein überschaubares Regelwerk mit lediglich 31 Paragraphen gewesen sei. Dann kam das Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz als Umsetzung der europäischen Abfallrahmenrichtlinie. Mit der Aufzählung aller Verordnungen, die dadurch ausgelöst wurden, wäre ich mit meiner Redezeit hier überfordert. Dass allein die Broschüre „Verpflichtende Umsetzung zur Getrenntsammlung von Bioabfällen“ des Umweltbundesamts genau 200 Seiten lang ist, spricht für sich.

Die Zäune, die in den letzten Jahren um alle Grüngutsammelplätze gebaut werden mussten, wären besser als großer Fangzaun um die Gesetzesschleuder von Brüssel herumgebaut worden. Das hätte uns vor vielem bewahrt.

(Beifall bei der AfD)

Das System siegt sich hier zu Tode. Sowohl das Gutachten als auch die befragten Mitarbeiter der Landratsämter und RPs konstatieren systematische Vollzugsschwächen.

Der englische Philosoph Roger Scruton beschreibt in seinem Buch „Grüne Philosophie: Ein konservativer Denkansatz“:

Im Falle der Europäischen Union, wo die Gesetzgeber Bürokraten sind, die vom Volk, das unter ihren Entscheidungen zu leiden hat, nicht in die Wüste gejagt werden können, ist die Regulierungsmaschinerie mittlerweile völlig außer Kontrolle geraten.

Auch für eine ökologische Politik gilt, dass der Zweck nicht alle Mittel heiligt. Die Freiheit des Bürgers und unternehmerisches Handeln sind Werte an sich.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Mit Vorschriften und Gängelungen sind Probleme noch niemals nachhaltig gelöst worden. Wir sehen unsere Aufgabe darin, Freiräume zu erhalten für Eigenverantwortung der Regi-

onen und Subsidiarität, für den gesunden Menschenverstand und gegen die totale Regulierung durch anonyme Bürokraten.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Born.

Abg. Daniel Born SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei wahrscheinlich keinem anderen Thema hängen der Umweltschutz im Kleinen, der Umweltschutz daheim, und die vermeintlich große Umweltschutzpolitik so unmittelbar zusammen wie bei der Abfall- und Kreislaufwirtschaft. Jede Weiterentwicklung – das ist ja die Überschrift Ihres Antrags – würde scheitern, wenn sie nicht von den Haushalten getragen und vor allem von den vielen Müllwerkern bei Wind und Wetter umgesetzt würde.

(Beifall bei der SPD)

Abfall- und Müllsortierung sowie Müllvermeidung werden in vielen Haushalten mit großem Engagement betrieben – hierfür herzlichen Dank –, und Abfall- und Kreislaufwirtschaft ist für viele Menschen in Baden-Württemberg ein Knochenjob. Von hier aus gesagt, liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Müllabfuhr, bei den Entsorgungsbetrieben: Wir wissen um Ihren großartigen Dienst in unserem Land. Für Ihre Arbeit herzlichen Dank. Wir stehen in Solidarität an Ihrer Seite.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der Grünen, der CDU und der AfD)

Nicht nur der Schutz unserer Umwelt und die Nutzung von Ressourcen, sondern dieser Knochenjob, der geleistet wird, und das Engagement der Haushalte setzen uns hier im Landtag bei der Debatte in eine besondere Verantwortung, nämlich dafür, dass wir nicht auf halber Strecke stehen bleiben. Das heißt, dass wir das, was sich gut weiterentwickelt hat, auch benennen, aber auch die kritischen Bereiche, in denen sich dringender politischer Handlungsbedarf abzeichnet, ansprechen.

Schlecht ist es, wenn viele Jahre, nachdem die Biotonne eingeführt wurde und sie für viele Millionen Haushalte längst eine Selbstverständlichkeit ist, Landkreise diese immer noch nicht oder nicht flächendeckend eingeführt haben.

(Abg. Anton Baron AfD: Wieso denn?)

Auch gibt es immer noch Landkreise, in denen die Bürger ihren DSD-Verpackungsmüll irgendwo in Kellern oder Wohnungen sammeln müssen, um ihn dann selbst zum Wertstoffhof zu fahren. Was das für die Qualität der Sortierungen und für die Erfassungsquote heißt, kann sich jeder vorstellen.

Aber denken wir noch einmal weiter, was das für die Menschen heißt, die kein eigenes Auto zur Verfügung haben

(Abg. Anton Baron AfD: Die wenig Geld zur Verfügung haben!)

oder die aufgrund ihrer körperlichen Verfasstheit gar nicht in der Lage sind, einmal eben zwei Säcke zum Wertstoffhof zu fahren.

(Daniel Born)

Wir von der SPD wollen, dass in Baden-Württemberg flächen- deckend eine rechtskonforme und bürgerfreundliche Abfall- sammlung garantiert ist.

(Beifall bei der SPD)

Es ist schockierend, wenn laut dem Bericht der Landesregie- rung bei Hunderttausenden von stillgelegten Fahrzeugen jähr- lich nichts über den Verbleib gewusst wird. Immerhin geht es da nicht nur um eine Tonne Müll, da geht es auch nicht nur um Metall, sondern um viel Kunststoff, Glas, elektronische Bauteile und Textilstoffe. Der Umstand, dass die nicht alle entsorgt werden, sondern vielleicht auch irgendwie irgendwo noch weiter genutzt oder eingelagert werden, beruhigt kaum. Denn wir wissen, dass der größte Bestandteil davon doch ent- sorgt wird, ohne dass wir Kenntnis davon haben, wie. Das muss beunruhigen. Das relativiert auch die stolz dargestellten Zahlen über die Wiederverwendung und Verwertung von Alt- autos gemäß der EU-Richtlinie.

Bei der Erfassung und Verwertung von Verpackungen aller Art, aber auch bei Glas, Kartonagen und Kunststoffen ist die Landesregierung leider, wie die dargelegten Zahlen belegen, keinen wirklichen Schritt vorangegangen. Die Verwertung sta- gniiert auf bestehendem Niveau.

Es ist schlecht, dass der Anlauf zu einem Wertstoffgesetz 2016 scheiterte. Der Kompromissvorschlag von Nordrhein-West- falen, Schleswig-Holstein und dem damals grün-rot regierten Baden-Württemberg wäre ein guter Weg gewesen. Vorgese- hen war dabei, die Sammlung dieser Abfälle in die Hände öf- fentlich-rechtlicher Entsorgungsträger zu legen, während die eigentliche Sortierung und Verwertung der Privatwirtschaft obliegen würde. Wir von der SPD-Fraktion treten weiter für diesen Weg ein. Die Sammlung von Wertstoffen gehört für uns Sozialdemokraten in öffentlich-rechtliche Hand.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Bettina Lisbach
GRÜNE – Abg. Anton Baron AfD: Das wird teurer!)

Das war die Frage, die ich Ihnen stellen wollte: Betrifft das Wort „uns“, das Sie gebraucht haben, die grüne Fraktion oder die Regierung von Baden-Württemberg? Aber Sie haben uns da an Ihrer Seite. Denn es macht ja überhaupt keinen Sinn, dass man eine Bratpfanne oder ein Metallspielzeug nur des- halb in den Restmüll werfen muss, weil kein grüner Punkt vom DSD darauf ist.

Wir brauchen deshalb nach wie vor eine Gesetzesnovelle, die sicherstellt, dass mit einer Wertstofftonne endlich die richtigen Stoffe erfasst werden anstatt nur die vom DSD gelisteten Pro- dukte.

Klar ist: Die Kreislauf- und Abfallwirtschaft ist und bleibt eine Aufgabe, bei der es noch viele offene Baustellen gibt. Wir beschreiten einen Weg, der noch lange nicht zu Ende ist. Es war interessant, heute Ihren grün-schwarzen Weg aufgezeigt zu bekommen. Vor allem war es interessant, festzustellen, wie viele Widersprüche sich aufgetan haben, wie unterschiedlich Sie die Schwerpunkte setzen.

(Zurufe der Abg. Karl Rombach und Paul Nemeth
CDU)

Das erklärt ein Stück weit, warum nach Ihren Jamaika-Ver- handlungen nicht mehr als ein halber Satz dazu herausgekom- men ist, nachdem Sie dort über Wochen so viel Papiermüll produziert hatten.

Wir haben uns das Ziel gesetzt, hier im Landtag weiter für eine nachhaltige, für eine ökologische, für eine sinnvolle Ab- fallwirtschaftspolitik einzutreten,

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Nur im
Landtag oder auch in Berlin?)

und wir setzen uns dafür auch in Berlin ein. Unsere Regie- rungsmitglieder in der Bundesregierung sind da mit sehr viel Ehrgeiz gestartet. Sie von den Grünen haben leider keine Re- gierungsmitglieder im Bund. Die Regierungsmitglieder der CDU werden wir überzeugen.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

So werden wir die großen Schritte machen. Wir werden ver- langen, dass auch Sie in Baden-Württemberg Ihre Hausauf- gaben machen. Wir zeigen auf, wo auch hier vor Ort die rich- tigen Maßnahmen ergriffen werden können. Wir bleiben am Ball.

(Beifall bei der SPD – Abg. Andreas Stoch SPD: Sehr
gut! – Zurufe der Abg. Daniel Andreas Lede Abal
GRÜNE und Anton Baron AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die FDP/DVP-Fraktion er- teile ich das Wort Frau Abg. Reich-Gutjahr.

Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, der bis- herige Diskussionsverlauf zeigt, dass wir in der Sache alle einer Meinung sind. Wer könnte einer anderen Meinung sein als der, dass man Müll vermeiden muss und dass man den ange- fallenen Müll wiederverwerten muss? Ich glaube, darüber herrscht allgemein Konsens.

Worüber unterschiedliche Auffassungen bestehen, ist die Fra- ge: Wie erreicht man das am besten? Das ist ja die Aufgabe, die die Politik letztlich hat. Dass wir, die Politik, unseren Bei- trag leisten müssen in der Frage, wie der Grundsatz „Vermei- den und Verwerten“ am besten umgesetzt werden kann – mit entsprechenden Vorschriften, aber auch mit Verwertungswe- gen –, ist ganz klar. Ich glaube aber, über das Wie herrscht kei- ne einheitliche Vorstellung.

Die Statistik, die wir in der Stellungnahme zu dem vorlie- genden Antrag aufgezeigt bekommen haben, ist – je nachdem, wie man draufschauen will – erfreulich oder auch nicht. Er- freulich ist, dass in vielen Bereichen die Werte nicht gestie- gen sind, sondern eine Konstanz, teilweise auch eine Abnah- me von Werten zu verzeichnen ist. Allerdings sind – der Kol- lege von der CDU sprach es schon an – die Werte im Bereich der Bau- und Abbruchabfälle massiv gestiegen. Es wird ja auch erklärt, warum das so ist. Wir hören von vielen Stellen, dass es im Moment Probleme gibt, noch Deponien zu finden, auf denen Bauschutt abgelagert werden kann. Hier haben wir, die Politik, eine Aufgabe. Denn wir können uns dieser Pro- blematik nicht verschließen, ob uns die Entwicklung des Ab- fallaufkommens gefällt oder nicht.

(Gabriele Reich-Gutjahr)

Bei den Altfahrzeugen und ihrer Verwertung ist erfreulicherweise festzustellen, dass bei der Wiederverwertung, auch der stofflichen Wiederverwertung, die Werte, die in der Statistik aufgeführt werden, bereits 2015 über den Zielwerten lagen und schon da bereits die ab 2016 geltenden Zielwerte erreicht worden sind. Es ist erfreulich, dass wir solche Entwicklungen haben.

Das Sorgenkind ist der Verpackungsmüll. Als Gründe werden hier der Versandhandel, die Fast-Food-Mahlzeiten und der Mitnahmekaffee angeführt. Klar, die Menschen ändern ihr Verhalten, und wir müssen uns Antworten überlegen. Der Trend zum Coffee to go hat schon Start-ups mit der Idee „Bring your own cup“ auf den Plan gelockt. Ich glaube daher, auch die Industrie und die Menschen, die Gesellschaft mitgestalten, bringen Ideen ein, wie wir Verpackungsmüll reduzieren können.

Die Problematik auf politischer Seite, die ich sehe, liegt darin begründet, dass die grün mitregierten Länder auf Bundesebene verhindert haben, dass der von der SPD 2015 eingebrachte Entwurf eines Wertstoffgesetzes durchging. Es wurde ein abgespecktes Verpackungsgesetz verabschiedet, das zumindest einige Elemente beinhaltet, die in die richtige Richtung weisen. Aber natürlich ist das Ganze damit noch nicht zu Ende gebracht worden.

Dazu gehört zum einen die Einrichtung der Stiftung Zentrale Stelle Verpackungsregister in Berlin, die 2019 ihre Funktion aufnehmen wird. Dann wurden die dualen Systeme verpflichtet, eine bessere Verbraucherinformation über Sinn und Zweck der Mülltrennung durchzuführen. Auch wurde die Verpflichtung zu einer ökologischen Staffelung der Beteiligungsentgelte eingeführt, um einen stärkeren Anreiz zur stofflichen Wiederverwertung von Verpackungen zu setzen. Das sind Maßnahmen, die noch im Werden sind.

Wir würden es doch sehr begrüßen, wenn die grün mitregierten Länder und auch unsere Regierung aufhören würden, die weitere Entwicklung der Wertstoffgesetzgebung zu behindern, und sich stattdessen positiv beteiligen würden. Denn was Ihren Versuch angeht, dies wieder zu rekommunalisieren, sind wir natürlich völlig anderer Meinung als die SPD.

Wir glauben, dass der duale Weg der richtige ist. Nach dem Verursacherprinzip muss derjenige, der den Dreck macht, ihn auch wegräumen. Das duale System muss in Zusammenarbeit mit jenen, die an der Ausgangsstelle stehen, wo der Müll produziert wird, auch Wege finden, wie man ihn ökonomisch und ökologisch wieder entsorgt.

Die Subsidiaritätsklausel in § 102 der baden-württembergischen Gemeindeordnung ist eine im Ländervergleich einzigartige Begrenzung der wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen. Wir sollten auch denen, die jetzt agieren, die Sicherheit geben, dass sie als duale Systemdienstleister ihre Aufgabe zuverlässig erledigen können und auch künftig erledigen werden. Umgekehrt geben wir den Kommunen damit ein klares Signal, dass ihre Aufgabe darin besteht, die bestehende Struktur so zu unterstützen, dass am Ende für uns alle weniger Müll herauskommt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Staatssekretär Dr. Baumann das Wort.

Staatssekretär Dr. Andre Baumann: Frau Präsidentin, verehrte Mitglieder des Landtags von Baden-Württemberg! „Ein Sack in China“, so lautete kürzlich die Überschrift eines Artikels im SPIEGEL. In diesem Bericht ging es darum, dass China seit Beginn dieses Jahres keine Abfälle mehr importiert und dass Deutschland nun auf rund 560 000 t unrecyceltem Plastik sitzen bleibt. Dass China keine Abfälle mehr annehmen will, hat die Abfallbranche weltweit in Panik versetzt und auch bei uns zu Sorgen geführt.

(Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Staatssekretär Dr. Baumann, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Kern zu?

Staatssekretär Dr. Andre Baumann: Nein.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Den mag er nicht!)

– Nein, ich lasse jetzt überhaupt keine Zwischenfragen zu.

Der Untergang der westlichen Abfallentsorgung, meine Damen und Herren, steht trotz dieser Entwicklung in China allerdings nicht bevor. Nach Schätzungen etlicher Sachverständiger liegt der Anteil der nach China verbrachten Kunststoffe im Bereich der Gelben Säcke bei uns – –

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

– Hören Sie mir einmal zu, Herr Abg. Dr. Kern.

Präsidentin Muhterem Aras: Moment. Herr Kollege Lede Abal, bitte – –

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Ich habe nur dem Herrn Kern – –)

– Sie sind jetzt nicht dran, Herr Kollege Lede Abal.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Ich habe mich gar nicht gemeldet!)

Herr Staatssekretär Dr. Baumann hat das Wort.

Staatssekretär Dr. Andre Baumann: Danke, Frau Präsidentin. – Nach Schätzungen etlicher Sachverständiger liegt bei uns der Anteil der nach China verbrachten Kunststoffe im Bereich der sogenannten Gelben Säcke bei nur 4 %. 40 bis 50 % der Kunststoffabfälle werden bei uns recycelt. Es geht in China also nicht um den Gelben Sack.

Das Gros der nach China verbrachten Kunststoffe sind meist industrielle Kunststoffe wie Folien oder Großbehälter, also Abfälle, die nach dem Kreislaufwirtschaftsrecht nicht in der Verantwortung der öffentlichen Hand liegen, sondern privatwirtschaftlich zu organisieren sind. Privatwirtschaftliche Entsorgung heißt eben auch, meine Damen und Herren, privatwirtschaftliche Verantwortung.

Deshalb begrüßen wir das Importverbot von China. Wir haben in den Neunzigerjahren für Restmüllabfälle die Autarkie Baden-Württembergs durchgesetzt und dadurch eine eigene,

(Staatssekretär Dr. Andre Baumann)

sehr hochwertige und insgesamt umweltfreundliche Entsorgungsstruktur initiiert und etabliert. Ich sehe das Importverbot der Chinesen deshalb mehr als Chance denn als Risiko.

Es ist Deutschland, das vom umwelttechnologischen Export lebt und gut daran tut, vorbildhaft zu zeigen, wie Abfälle hochwertig verwertet werden können. Im Grunde schließt sich damit eine Glaubwürdigkeitslücke des so oft titulierten Sortierweltmeisters Deutschland in der Welt. Denn es ist ohnehin fragwürdig, dass wir Kunststoffe zuerst bei uns im Land getrennt halten und dann ins Ausland exportieren. Das, meine Damen und Herren, sollte nicht die Antwort des Umwelttechnologiestandorts Deutschland auf die Forderung nach einer wirtschaftlichen und umweltgerechten Entsorgung sein. Das ist, meine Damen und Herren, nicht nachhaltig.

Zur Entwicklung der Kreislaufwirtschaft bei uns im Land gehört auch die Bioabfallsammlung und -verwertung. Darauf ist auch schon Frau Lisbach eingegangen. Bei uns ist man bei der Bioabfallsammlung wesentlich vorangekommen. Beispiel Hohenlohekreis:

(Abg. Anton Baron AfD: Ja!)

Aus dem Stand heraus wurden 87 kg Bioabfall pro Einwohner und Jahr getrennt gesammelt. Das ist ein hervorragendes Ergebnis.

(Abg. Dr. Rainer Balzer AfD meldet sich.)

– Nein, ich lasse gar keine Zwischenfragen zu.

(Abg. Anton Baron AfD: Erwähnen Sie noch die Kostensteigerung! – Unruhe)

Gleichzeitig konnte dadurch das Restmüllaufkommen weiter gesenkt werden.

(Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Das wäre eine Fachfrage gewesen!)

Inzwischen fehlt bei uns noch bei zwei Landkreisen die Bereitschaft zur separaten Erfassung. Mit diesen beiden Landkreisen sind wir in guten Gesprächen mit dem Ziel, bald eine flächendeckende Erfassung im Land sicherzustellen.

Die Erfassung des Bioabfalls ist die eine Sache, die Verwertung dieser Abfälle ist die andere Sache, und diese gestaltet sich schwieriger als erwartet, gerade beim Ausbau der Verwertungsinfrastruktur, der Bioabfallvergärungsanlagen. Dieser Ausbau der Bioabfallvergärungsanlagen muss nun verstärkt umgesetzt werden, um das hohe Potenzial an nutzbarer erneuerbarer Energie zu erschließen.

(Unruhe)

34 Minuten Licht kann man aus einer Bananenschale herausholen, wenn man die entsprechenden Leuchtkörper verwendet.

(Heiterkeit des Abg. Emil Sänze AfD – Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Staatssekretär Dr. Baumann, ...

Staatssekretär Dr. Andre Baumann: Ich wiederhole mich.

Präsidentin Muhterem Aras: ... lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Bullinger zu? Ja oder nein?

(Staatssekretär Dr. Andre Baumann zögert.)

– Ja oder nein?

Staatssekretär Dr. Andre Baumann: Ich lasse sie zu.

(Vereinzelt Beifall – Unruhe)

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Vielen Dank, Herr Staatssekretär. – Ich nehme Ihren Bericht, der inhaltsreich ist, sehr ernst und halte ihn für gut. Ich frage Sie jedoch: Wie schätzen Sie die Wertschätzung der Landesregierung bei diesem Thema ein, wenn gerade einmal zwei Minister und elf grüne Abgeordnete da sind?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

Staatssekretär Dr. Andre Baumann: Also, auf diese „Fachfrage“ will ich jetzt nicht antworten.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Moment!

(Unruhe)

Staatssekretär Dr. Andre Baumann: Also, ich wiederhole noch einmal, um zurückzukommen: Die Erfassung ist die eine Sache, die Verwertung die andere Sache.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Moment, Herr Staatssekretär Dr. Baumann, warten Sie bitte.

Herr Abg. Dr. Bullinger, Sie haben eine Frage gestellt,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ja!)

und damit hat jetzt Herr Staatssekretär Dr. Baumann das Wort, nicht Sie.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Gut! Ich warte auf die Antwort!)

– Danke.

Staatssekretär Dr. Andre Baumann: Also, auf diese „Fachfrage“ antworte ich nicht, sondern werde jetzt fortfahren.

(Zuruf: Weiß er es nicht mehr? – Unruhe)

Lassen Sie mich auf die Klärschlammverwertung und die Phosphorrückgewinnung eingehen. Das ist ein weiteres positives Beispiel, wie wir im Bereich der Kreislaufwirtschaft auch vorangekommen sind.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Thema!)

– Jetzt hören Sie doch einmal zu, Herr Bullinger!

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ich lasse mich von Ihnen nicht belehren! – Weitere Zurufe – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Moment! Ganz ruhig! – Moment, Herr Dr. Baumann.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, erstens – –

(Unruhe – Glocke der Präsidentin – Zurufe)

– Moment! Jetzt bin ich dran, Herr Dr. Bullinger!

Erstens bitte ich Sie alle insgesamt um etwas Ruhe. Ich glaube, das würde uns allen guttun.

Zweitens: Herr Dr. Baumann, ich habe die Sitzungsleitung,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

und ich entscheide, wen ich zur Ruhe rufe.

Staatssekretär Dr. Andre Baumann: Verzeihung.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Fahren Sie bitte fort.

Staatssekretär Dr. Andre Baumann: Ein weiteres positives Beispiel ist die Optimierung der Klärschlammverwertung und der Phosphorrückgewinnung. Klärschlamm – da sind wir uns, glaube ich, alle einig – gehört nicht auf Acker- und Grünlandflächen,

(Zuruf: Genau!)

und hier hat Baden-Württemberg sehr frühzeitig die Vorreiterrolle eingenommen. Schadstoffe sind im Klärschlamm hoch konzentriert, und dieser sollte eben der reinigenden Kraft des Feuers zugeführt werden. Wir sind hier mit einer Verbrennungsquote von aktuell 96 % europaweit an der Spitze. Ich bin froh, dass mit der neuen Klärschlammverordnung von 2017 nun auch der Bund dem Land Baden-Württemberg folgt.

(Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Staatssekretär Dr. Baumann, es gibt eine weitere Zwischenfrage, und zwar von Herrn Abg. Dr. Balzer. Lassen Sie sie zu oder nicht?

Staatssekretär Dr. Andre Baumann: Jetzt habe ich einmal damit angefangen. Ich lasse sie zu.

Präsidentin Muhterem Aras: Bitte.

Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Danke, Herr Staatssekretär, für die Genehmigung der Frage. – Ich habe auch nur eine Fachfrage: Warum will Ihr Ministerium eine sichere, funktionierende, preiswerte Biomüllentsorgung in einem Landkreis stoppen, die sogar laut Gutachten und durch einen Entscheid des Landrats bzw. des Kreistags funktioniert und sicher ist? Warum wollen Sie dies verändern und durch ein allgemeines Modell, das nachweislich zu Kostensteigerungen führen wird, ersetzen?

Staatssekretär Dr. Andre Baumann: Ich war jetzt eigentlich beim Thema Klärschlamm, aber ich kann gern noch mal zurückspringen zum Thema Bioabfallvergärung. Das mache ich gern; vielen Dank für die Fachfrage.

Ich habe in meinen Ausführungen eben mitgeteilt, dass aus einer Bananenschale so viel Energie herausgeholt werden kann, dass 34 Minuten lang eine moderne LED-Lampe betrieben werden kann.

(Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: Ja, also fast nichts!)

Wir haben in Baden-Württemberg sehr viel Bioabfall, und es ist wichtig, dass wir auch diese Ressource nutzen, um daraus erneuerbare Energien zu bekommen. Das zeigen die entsprechenden Gutachten. Wir können diese Ressource aus Bioabfällen nutzen, um die Energiewende voranzutreiben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Außerdem können wir dann auch das Restmüllaufkommen in Baden-Württemberg weiter senken. Dort sind wir deutschlandweit an der Spitze. Wir haben in den vergangenen Jahren viele Erfolge erzielt. Deswegen ist es sinnvoll, dass man das auch macht.

Ich habe in meinen Ausführungen dargelegt, dass wir mit den meisten Landkreisen gute Lösungen gefunden haben. Mit zwei Landkreisen sind wir gerade in guten Gesprächen, und ich bin mir sicher, dass wir auch hierzu Lösungen finden. Denn in der Sache ist es richtig, dass wir die Bioabfälle getrennt sammeln, um ebendiese Ressource zu nutzen. All das, was im Restmüll an Bananenschalen und Bioabfällen nicht drin ist, das muss auch nicht verbrannt werden. Es ist sinnvoll, dass wir auch hier die Mengen an Restmüll, der dann verbrannt wird, deutlich reduzieren.

Aber jetzt lassen Sie mich noch einmal auf das zurückkommen, was verbrannt wird, nämlich der Klärschlamm. Es ist gut so, dass wir da bei 96 % sind. Alles hat im Leben aber Vor- und Nachteile, auch die Klärschlammverbrennung. Die Schadstoffe werden verbrannt – das ist gut –, aber auch gute Nährstoffe wie z. B. Phosphor gehen verloren. Deswegen ist es gut, dass das Land Baden-Württemberg bereits 2012 eine Phosphorrückgewinnungsstrategie aufgelegt hat, und wir setzen diese Phosphorrückgewinnungsstrategie konsequent um. Unser für den Bau von Phosphorrückgewinnungsanlagen aufgelegtes EFRE-Förderprogramm wurde und wird gut angenommen. Die Fördermittel werden ausgeschöpft, und die Infrastruktur für die Rückgewinnung von Phosphor wird ausgebaut.

Diese Erfolge, meine Damen und Herren, dürfen aber nicht den Blick darauf verstellen, dass wir auf dem Weg hin zu einer umfassenden Kreislaufwirtschaft vor großen Herausforderungen stehen, etwa beim Ausbau des Baustoffrecyclings oder auch im Hinblick auf knapper werdende Deponiekapazitäten. Darauf haben Sie, Herr Abg. Rombach, bereits hingewiesen. Deswegen möchte ich ganz kurz darauf eingehen.

Die Bauwirtschaft hat, auch medial unterstützt, bereits plakatig den Entsorgungsnotstand ausgerufen und beklagt zu hohe Entsorgungskosten für den Aushub beim Eigenheimbau. Tatsache aber ist, dass die Deponiekapazitäten in Baden-Württemberg noch über zehn Jahre hinaus ausreichend sind. Das ist

(Staatssekretär Dr. Andre Baumann)

die Tatsache. Das geht auch aus dem Monitoringbericht der kommunalen Landesverbände, die dafür verantwortlich sind, hervor. Wir haben also noch ausreichende Deponiekapazitäten in Baden-Württemberg über eine Dekade hinaus. Ganz klar, es gibt regionale Unterschiede, und in einigen Regionen wie z. B. im Oberrheingraben muss zeitnah neuer Deponieraum geschaffen werden.

Bedenkt man die langen Zeiträume für die Planung von Erweiterungen oder von neuen Deponieprojekten, dann wird klar: Der Deponieausbau ist eine der Schwerpunktaufgaben in den nächsten Jahren. Denn ein Entsorgungsnotstand in der Zukunft muss jetzt vermieden werden – ganz klar.

Meine Damen und Herren, das Land Baden-Württemberg hat erfolgreich den Weg hin zu Abfallvermeidung, Kreislaufwirtschaft und Ressourceneffizienz eingeschlagen. Wir wollen die Kreislaufwirtschaft in den kommenden Jahren weiter voranbringen und die Rückgewinnung von Sekundärrohstoffen weiter stärken. Auch damit leisten wir einen Beitrag, um Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch im Land noch stärker zu entkoppeln. Dabei zeigt sich einmal mehr: Grün-Schwarz steht für die Aussöhnung von Ökonomie und Ökologie.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: In der zweiten Runde erteile ich das Wort für die Fraktion GRÜNE Frau Abg. Lisbach.

Abg. Bettina Lisbach GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte ganz kurz noch auf ein paar Punkte eingehen, die jetzt in der Debatte zur Sprache kamen.

Das eine war die Behauptung, wir hätten uns dem Beschluss eines Wertstoffgesetzes verweigert. Aber ich glaube, ich habe es vorhin ganz deutlich gesagt: Ein Wertstoffgesetz ist nur dann vernünftig und macht für uns nur dann Sinn, wenn es die Abkehr vom dualen System vorsieht und wenn es außerdem die Sammlung der Wertstoffe in die Hände der öffentlich-rechtlichen Entsorger gibt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Alles andere macht für uns keinen Sinn. Es darf auch keine Rosinenpickerei zulasten der Kommunen geben. Das ist für uns ganz wichtig.

Herr Born, Sie hatten ein paar Scheinwidersprüche aufgemacht. Sie sagten, die Landesregierung müsse ihre Hausaufgaben erfüllen.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Polemik!)

Aber Sie haben keine einzige Aufgabe benannt, die wir nicht erfüllt hätten.

Sie haben Widersprüche in der Rede des Kollegen Rombach und in meiner Rede ausgemacht.

(Zuruf des Abg. Karl Rombach CDU)

Wir haben unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt und uns prima ergänzt. Natürlich ist auch das Thema Deponiekonzepti-

on ganz wichtig. Aber ich habe keinerlei echte Widersprüche erkannt. Vielmehr ist die Landesregierung hier, denke ich, gemeinsam mit uns auf einem guten Weg.

Sie sagen – das freut mich ja auch –, dass Sie weiterhin hinter einem echten Wertstoffgesetz stehen, auch hier im Land.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Dann setzen Sie sich bitte auf Bundesebene in der Großen Koalition dafür ein, setzen Sie sich bei Ihren Kolleginnen und Kollegen im Bund dafür ein, dass sie das gemeinsam mit uns auf den Weg bringen und unsere Forderung im Bundesrat unterstützen.

Abschließend will ich mich noch dem Dank an die vielen Menschen anschließen, die in der Müllabfuhr täglich eine ganz wichtige und gute Arbeit leisten. – Damit will ich es für heute bewenden lassen.

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen daher zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 16/952. Der Antrag ist ein reiner Berichtsantrag und kann für erledigt erklärt werden. – Sie stimmen dem zu.

Damit ist Punkt 7 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der AfD und Stellungnahme des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst – „Genderforschung“ an baden-württembergischen Hochschulen offenlegen – Drucksache 16/1218

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

– Herr Vizepräsident a. D.! –:

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Danke!)

für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort zur Begründung erteile ich Herrn Abg. Dr. Merz.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kollegen Abgeordnete, sehr geehrte Damen und Herren! Wir sprechen heute nicht nur darüber, welcher Irrsinn in der Genderideologie an unsere Hochschulen getragen wurde, sondern auch darüber, ob eine Ministerin, die nicht nur dem Landtag, sondern auch den Hochschulen gegenüber die Unwahrheit sagt, noch tragbar ist. Denn genau das ist wieder einmal passiert. Gerade vor dem Hintergrund, dass dieses Haus so gern sein Königsrecht beschwört, nämlich über den Landeshaushalt beschließen zu können, ist es unsere ureigene Auf-

(Dr. Heiner Merz)

gabe und Pflicht, ebenfalls nach der korrekten Verwendung dieser Haushaltsmittel zu fragen.

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Ge-
deon [fraktionslos])

Dieser Pflicht als Landtagsabgeordneter bin ich nachgekommen. Ich habe nach den Kosten und Ausgaben für die Erfindung von irgendwelchen Gaga-Geschlechtern und weiterem diesbezüglichen Unfug, also der sogenannten Genderforschung, gefragt. Die Antwort des Ministeriums war, wie so oft, ernüchternd. Sie lautete, man könne das nicht so genau sagen,

(Zuruf von der AfD: Hört, hört!)

und eine Erhebung sei mit vertretbaren Mitteln nicht umzusetzen. – Aha.

Glücklicherweise können unsere Hochschulen sehr genau darlegen, wofür sie Steuermittel ausgeben. Daher habe ich mich direkt an die Hochschulen gewandt und zunächst auch detaillierte Antworten erhalten, bis das Ministerium auf meine Initiative aufmerksam wurde und sogleich bei den Hochschulen intervenierte mit der wahrheitswidrigen Behauptung, mir seien diese Fragen schon beantwortet worden. Weiter unterstrich es gegenüber den Hochschulen hier seine eigene, alleinige Zuständigkeit und hat den Hochschulen explizit verboten, mir hier direkt zu antworten.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zurufe von der
AfD: Pfui! – Buh! – Unglaublich!)

Einem Abgeordneten und Hochschulleitungen gegenüber bewusste Falschbehauptungen abzugeben, das ist schon ein starkes Stück.

(Beifall bei der AfD)

Dieses Verhalten und diese mehr als fragwürdige Informationspolitik der Ministerin gegenüber dem Landtag sind jedoch nicht neu und sind für sie bezeichnend. Ich erlaube mir, diesbezüglich aus der Rede von Herrn Abg. Dr. Bullinger am 25. November 2015 hier im Landtag wörtlich zu zitieren:

Eine Ministerin täuscht den Landtag und die Öffentlichkeit, schreckt vor der Verbreitung der Unwahrheit nicht zurück. Sie und ihr Ministerium handelten rechtswidrig.

(Abg. Daniel Rottmann AfD: Da wird es Zeit für einen Rücktritt!)

Auch die jüngst verspätete Aktenübergabe im Untersuchungsausschuss „Zulagen Ludwigsburg“ sowie das Tricksen und Täuschen des Ministeriums bei der Offenlegung linksextremer Strukturen an den Hochschulen sind für diese grüne Ministerin exakt symptomatisch. Hierauf werden wir, die AfD-Fraktion, demnächst ebenfalls zu sprechen kommen.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Bei Extremismus kennen Sie sich aus! Das ist richtig!)

Falls Frau Ministerin Bauer noch länger im Amt bleibt, wird es daher sicher auch nicht das letzte Mal sein, dass wir uns hier mit solchem amtsunwürdigen Verhalten befassen müssen.

(Beifall bei der AfD)

Gender ist weder Wissenschaft, noch wirkt sich dieser Wahn irgendwie positiv auf unsere Gesellschaft aus. Nur die Genderquatschtreibenden selbst reden sich einen angeblichen Sinn, Nutzen und eine Notwendigkeit ein, nehmen Einfluss auf einfältige Politiker und erklären zur Norm, was biologisch allenfalls ein Hundertstel bis Zehntel Promille einer Gesellschaft beinhaltet. Im derzeitigen linksgrünen Zeitgeist übersatter Länder werden so Strukturen und Versorgungswerke geschaffen, welche die „nonsenste“ Truppe dieser Disziplin hervorbringen und versorgen.

Doch kein Wirtschaftsunternehmen und auch nicht unser Volk brauchen zeigefingerhebende Beauftragte, die die angebliche Existenz von drei, vier oder 67 Geschlechtern fantasieren und solches dann ja, beauftragt, anmahnen. Nur deshalb müssen derlei Strukturen von irgendwelchen Ministerien staatlich gefördert und der Gesellschaft und der Wirtschaft aufgezwungen werden. Kein normal Denkender würde je auf solch eine Absurdität kommen.

(Beifall bei der AfD – Abg. Daniel Andreas Lede
Abal GRÜNE: Beziehen Sie sich mit ein oder nicht?
– Zuruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Man könnte dieses bunte Treiben durchaus belustigt zur Kenntnis nehmen, wenn hierfür kein Steuergeld verschwendet würde und wenn sich diese Ideologen nicht zum verbissenen Ziel gesetzt hätten, unsere Gesellschaft nachhaltig zu deformieren.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Das sind doch
Sie!)

Wir wissen, dass wir mit unseren Aufdeckungen einen leider erheblichen Teil dieses Hauses nicht erreichen werden. Aber gerade diejenigen, die von diesem als „Wissenschaft“ absurd etikettierten Genderschwachsinn überzeugt sind, dürften kein Problem damit haben, den Bürgern darzulegen, in welcher Höhe Mittel für solche Umtriebe ausgegeben werden.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Daher beantragen wir, das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst aufzufordern, endlich die Kosten für Genderlehrstühle und Genderveranstaltungen hier im Lande offenzulegen. Kostentransparenz bei der Ausgabe von Steuergeldern sollte das Mindeste sein, was die Steuerzahler in diesem unserem Land erwarten können.

Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich der Kollegin Lösch das Wort.

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum wiederholten Mal müssen wir uns mit einem AfD-Antrag auseinandersetzen, der rein ideologisch geprägt

(Zurufe von der AfD)

und mit Unterstellungen und Behauptungen nur so gespickt ist,

(Zuruf des Abg. Stefan Rappke AfD)

(Brigitte Lösch)

wie z. B. – Herr Merz hat es gerade wahrheitswidrig ausgeführt –, dass es ohnehin umstrittene Studiengänge seien oder dass Kosten vertuscht würden. Und zum wiederholten Mal zeigt sich damit, dass es Ihnen von der AfD nicht um die Sache geht, sondern nur um Populismus und Provokation.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Abg. Daniel Rottmann AfD: Sie haben keine Ahnung! – Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

Mit nahezu gleichlautenden Anträgen wie die anderer AfD-Fraktionen in anderen deutschen Landtagen schießen Sie sich auf Ihr Lieblingsthema „Feindbild: Gender“ ein. – Wer „Dschender“ nicht aussprechen kann und „Gender“ sagt, kann übrigens auch „Geschlecht“ sagen, Kollege.

(Zurufe von der AfD)

Bereits auf eine Kleine Anfrage des Abg. Dr. Merz AfD hat das Ministerium ausführlich geantwortet,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

wie die Genderforschung an baden-württembergischen Hochschulen aussieht.

Daher kann ich einen erneuten Antrag mit dem Begehren der AfD-Fraktion zur Offenlegung der Genderforschung überhaupt nicht nachvollziehen. Dabei stellen sich mir folgende Fragen:

Erstens: Entweder ist Ihnen die Freiheit von Lehre, Forschung und Kunst nicht bekannt, oder sie interessiert Sie nicht, oder Ihnen dient das Thema Geschlechterstudien, also Genderstudies, als Aufhänger, um Ihr rechtskonservatives Weltbild von vorgestern gegen alle wissenschaftlichen Erkenntnisse durchsetzen zu wollen.

(Zurufe von der AfD – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Vielleicht ist es aber auch einfach nur schlecht bestellt – nicht bloß um Ihre Lesefähigkeit, sondern auch um Ihre Fähigkeit, zuzuhören.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Zuruf: Sehr gut!)

Darum lassen Sie mich nochmals aus der Antwort des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst auf die Kleine Anfrage vom 8. August 2016 zitieren:

Die Hochschulen sind frei in Forschung, Lehre und Kunst.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sehr gut! – Weitere Zurufe)

– Hören Sie doch zu!

... über die inhaltlichen Schwerpunkte innerhalb der Forschung und Lehre in den Hochschulen –

(Zurufe – Unruhe)

– Wollen Sie eine Zwischenfrage stellen, dazwischenrufen, oder was?

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Frau Kollegin, das geht von Ihrer Zeit ab.

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE:

Daher werden auch weder die einzelnen Lehrveranstaltungen der Hochschulen noch deren Zugehörigkeit zu den Studiengängen vonseiten des Landes erfasst.

Und das ist auch gut so, meine Damen und Herren von der AfD. Auch wenn es Ihnen vielleicht nicht gefällt, gelten für unsere Hochschulen die im Grundgesetz garantierten Grundrechte, nämlich Artikel 5 Absatz 3:

Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Kollege Räßle, Sie sind doch nachher noch als Redner gemeldet.

(Zurufe: Oje!)

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Oje. – Weiter führt die Ministerin in ihrer Antwort aus:

Verbindliche Aussagen – –

(Anhaltende Unruhe)

– Jetzt hören Sie doch zu.

Verbindliche Aussagen zur Anzahl von wissenschaftlichen Mitarbeitenden, Lehrveranstaltungen oder verpflichtenden Lehrveranstaltungen können daher

– wegen der Freiheit der Lehre –

nicht gemacht werden. Ebenso sind mit einer Gender-Forschung verbundene Kosten nicht abzugrenzen.

Die Zentraleinrichtung zur Förderung von Frauen- und Geschlechterforschung ... gibt eine Übersicht über die Professuren ... für Frauen- und Geschlechterforschung ...

Das steht alles in der Antwort auf die Kleine Anfrage. Es steht auch drin, es sind zwölf Professuren. Diese sind dann alle in einer Tabelle aufgeführt. Was sollen dann auch hier wieder Ihre Unterstellungen von wegen mangelnder Offenlegung und mangelnder Transparenz? Auch hier gilt: Wer lesen kann, ist klar im Vorteil.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Vereinzelt Beifall bei der CDU – Zurufe)

Sie sehen also, die Ressourcen, die in die Genderstudies gehen, sind mit zwei Studiengängen und einem Dutzend Professuren sehr überschaubar, und von einer Dominanz der Genderstudies zu sprechen, ist total überzogen. Was soll dann eigentlich dieser Antrag?

Ihre Anfragen und auch die Rede gerade haben gezeigt, dass es Ihnen in keiner Weise um eine sachliche Diskussion, um Gender- oder Geschlechterforschung geht.

(Zuruf: Genau!)

(Brigitte Lösch)

Sie verstehen nicht, dass Menschen heute anders zusammenleben wollen als vor 50 Jahren. Verstehen Sie doch bitte endlich, dass sich die Welt weiterdreht.

(Lachen bei Abgeordneten der AfD – Zuruf von der AfD: Die Evolution geht weiter!)

Hören Sie auf, fadenscheinige, pseudowissenschaftliche Beweise für Ihre menschenverachtende Politik anzuführen. Ich glaube, Sie wissen gar nicht, was Gender-Mainstreaming ist.

(Lachen bei der AfD – Zurufe)

Gender-Mainstreaming ist keine Ideologie. Vielmehr ist Gender-Mainstreaming eine Strategie zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter, indem die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Menschen, von Frauen und Männern, bei allen Entscheidungen auf allen gesellschaftlichen Ebenen zu berücksichtigen sind.

(Glocke des Präsidenten)

– Ich komme gleich zum Schluss.

(Zurufe – Glocke des Präsidenten)

Da steht nichts von Nivellierung. Da steht nichts von Gleichmacherei, und da steht übrigens auch nichts zum Thema Frühsexualisierung, wie auf der Homepage vom Kollegen Balzer – – Das muss ich jetzt noch ansprechen, weil er mich heute Morgen erwähnt hat. Ich habe ihn in meinem offenen Brief niemals als homophob bezeichnet.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das muss man vielleicht noch einmal überdenken!)

Aber was Sie sich heute auf Ihrer Homepage zum Thema Gender geleistet haben, Gender gleichzusetzen mit einer Frühsexualisierung der Kinder, mit der Abschaffung der Rechte der Eltern und mit der Forderung nach Homosexualität und Abtreibung, das ist wirklich infam.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Widerlich! – Weitere Zurufe)

Wenn man sich das noch einmal genau anschaut, stellt man fest, dass Sie als Quellen für Ihre Aussagen, ...

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Frau Kollegin!

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: ... als detaillierten Quellenachweis – das ist wirklich der letzte Satz – Ihr selbst gedrehtes Video angeben. Wenn man sich das einmal anschaut, sieht man: Das hat es wirklich in sich. Bei den Quellen sind Links zum bekannten Neonazi Michael Mannheimer dabei, ...

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Frau Kollegin, jetzt kann ich nicht mehr zulassen. Jetzt ist es zu viel. Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: ... zur „FreieWelt“, zu „PI News“. Das zeigt deutlich, wes Geistes Kind Ihr Antrag ist. Selbstverständlich werden wir Ihren Antrag ablehnen.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD – Zuruf: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die CDU-Fraktion erhält die Kollegin Neumann-Martin das Wort.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Jetzt wird es gut!)

Abg. Christine Neumann-Martin CDU: Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Debatte im Landtag hat sich seit dem Einzug der AfD verändert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der AfD – Zuruf von der AfD: Gott sei Dank! – Abg. Nicole Razavi CDU: Nicht besser geworden!)

Besonders fällt mir auf, dass die AfD einige Lieblingsthemen hat, die sie immer wieder gern bedient.

(Zurufe von der AfD: Richtig!)

Diese Themen sind beispielsweise Ausländer, Asylsuchende und alle Fragen, die sich mit frauenpolitischen Positionen beschäftigen.

(Zuruf von der AfD: Und Bürger! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Frauenfeindliche Partei!)

Ob es um die Gleichstellungsbeauftragte geht oder wie im vorliegenden Antrag um die Genderforschung, schon in der Überschrift und der Fragestellung wird klar, dass die AfD hier eine eindeutige Meinung vertritt. Dabei beschäftigt sie sich mit gleichstellungspolitischen Themen ausschließlich im Wege von billiger Polemik und Vereinfachungen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der Grünen, der SPD und der FDP/DVP)

Im November 2018 feiern wir 100 Jahre Frauenwahlrecht. Seit der Einführung des Frauenwahlrechts haben wir natürlich viele Fortschritte gemacht, aber es ist keinesfalls so, wie die AfD uns manchmal glauben machen will, dass die Chancengleichheit von Mann und Frau in unserer Gesellschaft bereits erreicht wäre.

(Beifall der Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch)

Selbstverständlich kann man über manche Maßnahmen diskutieren, und natürlich muss ausgewertet werden, was sinnvoll ist und was nicht. Ob im Bereich der Genderforschung am Ende des Tages alles sinnvoll und erforderlich ist, auch darüber kann man politisch unterschiedlicher Meinung sein.

(Beifall des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Unzweifelhaft ist aber auch: Wir Frauen bilden 50 % der Bevölkerung, tragen mindestens 80 % der Verantwortung in Familie und Gesellschaft, haben aber, wenn es z. B. um gleichberechtigte Teilhabe an Spitzenpositionen in Wirtschaft und

(Christine Neumann-Martin)

Gesellschaft geht, trotz gleich guter Ausbildung immer noch das Nachsehen.

(Abg. Thomas Axel Palka AfD: Dann müssen Sie sich mehr anstrengen! – Gegenruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Dann gehen Sie doch auf die Ostalb! – Gegenruf der Abg. Nicole Razavi CDU: Vorsicht! Nicht die Ostalb! – Zuruf des Abg. Dr. Heiner Merz AfD – Glocke des Präsidenten)

Vor allem gilt für mich: Die Möglichkeit, Genderforschung zu betreiben, gehört zur Freiheit von Wissenschaft und Forschung, und dazu bekennen wir uns ganz ausdrücklich.

(Beifall bei der CDU und den Grünen sowie Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Udo Stein AfD)

Wir stehen für die Freiheit der Wissenschaft, und Sie machen hier Gesinnungspolitik.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der Grünen und der SPD)

Wir beschäftigen uns hier also mit einem Thema, das politisch ebenso aktuell wie relevant ist.

Ihnen, liebe Damen und Herren der AfD, geht es aber gar nicht um eine valide Grundlage für eine konstruktive Diskussion. Ihnen geht es um pauschale Stimmungsmache. Das ist weder politisch seriös noch der Bedeutung des Themas angemessen. Die politische Bewertung und die politische Auseinandersetzung dazu kann und muss dann im Landtag geführt werden. Aber für eine sinnvolle politische Debatte ist es unerlässlich, auf der Grundlage gesicherter Zahlen und nicht von Vermutungen zu diskutieren.

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Genau! – Zuruf von der AfD: Genau! Die haben wir beantragt!)

Dazu benötigen wir alle die Unterstützung der Ministerien und substanzielle Zahlen. Gerade um zu verhindern, dass politische Debatten polemisch geführt werden, finde ich es wichtig, dass Transparenz herrscht.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf von der AfD: Genau!)

Zu dieser Transparenz gehört auch, dass die Forschung zur gleichberechtigten Teilhabe von Mann und Frau mit belastbaren Zahlen unterlegt wird. Diese Zahlen sollten wir Abgeordneten auch zur Verfügung gestellt bekommen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und den Grünen sowie Abgeordneten der AfD und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort der Kollegin Rolland.

Abg. Gabi Rolland SPD: Verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Es mag ja sein, dass Forschung manchmal kuriose Blüten treibt, manchmal auch in eine Sackgasse führt, aber in der Regel führt sie doch

immer zu erhellenden Ergebnissen. Deswegen ist die Wissenschaftsfreiheit und damit auch die Forschungsfreiheit im Grundgesetz verfassungsmäßig geschützt; diese können deswegen auch nur unter sehr engen Voraussetzungen in ihrer Freiheit eingeschränkt werden und unterliegen eben nicht einer staatlichen Kontrolle. Das ist gut so, und so soll es auch bleiben.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

Das gilt selbstverständlich auch für die Forschung über die Geschlechter, über die Geschlechterrollen. Dass das Thema Gender eine der Lieblingssauen ist, die die AfD-Einpeitscher durch das Dorf der Republik führen, haben wir heute wieder erlebt. An Gift und Häme gibt es dabei keinen Mangel.

Die SPD weist diese verschwörungstheoretische Polemik der AfD gegen die Geschlechterforschung und die verbalen Entgleisungen wie „Genderwahn“ entschieden zurück.

(Zuruf von der AfD: „Gender“, nicht „Dschender“!)

Denn aus unserer freiheitlichen Perspektive ist an einem akademischen Programm der Geschlechterforschung per se genau wenig auszusetzen wie an dem Grundgedanken der Gleichstellung wie auch ihrer aktiven Förderung.

(Beifall bei der SPD – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Die SPD-Fraktion unterstützt deswegen auch weiterhin die Forschung über Rollenbilder und die Entwicklung von Instrumenten, die es dem Staat, aber auch den Städten und Gemeinden, wie ebenso den Verbänden und Vereinen ermöglichen und erleichtern, Stereotypen zu hinterfragen, aufzubrechen und gegebenenfalls auch Entscheidungsprozesse zu verändern.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Weinmann.

Abg. Nico Weinmann FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Um was geht es? Die Genderstudies – Geschlechterstudien oder Geschlechterforschung – sind eine interdisziplinäre Forschungseinrichtung, die nach der Bedeutung des Geschlechts für Kultur, Gesellschaft und Wissenschaft fragt. Untersucht werden die Konstruktionen des Begriffs „Geschlecht“ in den verschiedenen Zusammenhängen, seine Bedeutung und seine Auswirkungen auf die Verteilung von politischer Macht, auf die sozialen Strukturen und auf die Produktion von Wissen, Kultur und Kunst.

Im weitesten Sinn geht es also um die Gleichstellung und die Gleichberechtigung von Frauen und Männern und, wenn es nach dem deutschen Personenstandsrecht geht, auch von Menschen, die keinem Geschlecht zugeordnet werden wollen.

Dabei vertreten wir eine Gleichstellungspolitik, die die Unterschiede in den Lebensverläufen von Männern und Frauen berücksichtigt. Diese Lebenslaufpolitik verknüpft Gleichstel-

(Nico Weinmann)

lungspolitik und Sozialpolitik mit einer nachhaltigen Politik des sozialen Zusammenhalts, die geschlechterbedingte Nachteile abbaut und gleichberechtigte Partnerschaft stärkt. Dies ist eine Querschnittsaufgabe. Und, ja, in den letzten Jahren haben wir hier viel erreicht, aber wir sind dennoch weit davon entfernt, zu sagen, dass die Gleichberechtigung erreicht wurde oder gar schon selbstverständlich ist.

(Beifall bei der FDP/DVP – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Klar ist allerdings auch, dass alle Gesetze und Programme ein gesellschaftliches Umdenken nicht erzwingen können. Hier ist nicht nur die Politik gefordert, sondern alle Akteure müssen auf dieser Ebene einen Beitrag leisten.

Doch um was geht es der AfD wirklich? Beim Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2017 und auch für den Doppelhaushalt 2018/2019 forderte die AfD die Streichung der Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Wissenschaft. Es geht also darum, nicht nur die Doktrin, die vermeintliche Scheinwissenschaft der Genderstudies, zu bekämpfen, sondern auch in der Gleichstellungspolitik überholte Geschlechterrollen zu etablieren.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Dass sich eine Partei herausnimmt, definieren zu wollen, wie eine „normale Familie“, wie eine „natürliche Geschlechterordnung“ auszusehen hat, ist heute meilenweit von der Lebenswirklichkeit im 21. Jahrhundert entfernt. Allerdings ist die AfD auch nicht allein. Im Manifest der WerteUnion, wie es am vergangenen Samstag in Schwetzingen verabschiedet wurde,

(Zuruf von der AfD: Aha! Hört, hört!)

steht – ich zitiere –:

Ehe und Familie sind für uns die wichtigsten Grundlagen unserer Gesellschaft. Dabei sehen wir das Leitbild „Vater, Mutter, Kinder“ als elementaren Grundpfeiler an.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

In diesem Zusammenhang sprechen wir uns gegen staatliche Förderung der ideologisch motivierten sogenannten Genderforschung aus.

(Zuruf von der AfD: Ja, die CDU ist lernfähig! – Zuruf: Die Übergänge sind fließend!)

Hier reduziert man wohl die Geschlechterforschung auf durchaus kritisch zu hinterfragende Früchte, wie beispielsweise die millionenschwere Umetikettierung des Studentenwerks in ein Studierendenwerk.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das hat aber nichts mit Forschung zu tun! – Zuruf von der AfD: Was für ein Quatsch!)

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, bei allem Für und Wider wird man den Eindruck nicht los, dass Kritiker und Verfechter der Genderforschung einen albernem Kampf um alles oder nichts führen,

(Beifall bei der FDP/DVP)

in dem die ausschließlich biologische Position ihr Gegenstück in philosophisch anmutenden Neologismen sucht, in denen sich die Zahl der sozialen Geschlechter stetig mehrt. Beide Extrempositionen sind für sich genommen absurd. Sie markieren nur den Rand, an dem die Befassung mit dem Thema sinnlos wird und das Parlament nicht über Gebühr beschäftigen sollte.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP – Vereinzelt Beifall bei der SPD – Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Frau Ministerin Bauer.

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich ein paar Ausführungen zu Herrn Dr. Merz vorwegschicken. – Ich versuche einmal wegzulassen, was Sie an Unterstellungen und Beleidigungen meiner Person gegenüber ausgeführt haben, und greife zwei Punkte heraus, die, glaube ich, wirklich einer Erwiderung und Klarstellung bedürfen.

Erstens zu der Frage: Wie geht denn der Abgeordnete mit den Hochschulen um, und wie geht die Ministerin mit ihren Hochschulen um? Ich habe schon ein paar Mal darauf hingewiesen und muss es heute anscheinend wieder tun, dass man als Abgeordneter auch die Pflicht hat, sich an ein paar Spielregeln und Vorschriften zu halten. Ich muss Ihnen bei dieser Gelegenheit anscheinend vorlesen, um welche Vorschrift es hier geht, wenn ein Abgeordneter ein Auskunftersuchen hat und sich an Einrichtungen der Verwaltung wendet.

Dazu gibt es eine Dienstordnung der Landesverwaltung Baden-Württemberg. Ich werde jetzt daraus zitieren; hören Sie gut zu. Punkt 3.4.3 der Dienstordnung für die Landesverwaltung Baden-Württemberg – Verkehr mit dem Landtag und den Abgeordneten –:

(1) *Der Verkehr mit dem Landtag ist den obersten Landesbehörden vorbehalten. Die den Ministerien nachgeordneten Behörden sind nicht befugt, sich unmittelbar an den Landtag oder an einzelne Abgeordnete zu wenden.*

(2) *Wenden sich Abgeordnete unmittelbar an Behörden, die den Ministerien nachgeordnet sind, oder an einzelne dort beschäftigte Personen, ist das zuständige Ministerium zu unterrichten, wenn es sich um ein Anliegen von erheblicher politischer Bedeutung handelt.*

Es sei denn, es handelt sich um ein Anliegen von rein lokaler Bedeutung.

Ich glaube, das ist eindeutig; das gilt für alle Abgeordneten, und das macht Sinn.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Das gilt für die Beamten, nicht für die Abgeordneten! – Glocke des Präsidenten)

Die nachgeordneten Behörden haben sich an uns gewandt, haben uns informiert und um Unterstützung gebeten, wie sie mit Ihren Briefen umgehen sollten, und dann haben sie die entsprechende Auskunft erhalten. Das ist nichts anderes als korrekt. Es gilt für alle Abgeordneten, und es gilt insbesondere auch für die Herrschaften der AfD.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Frau Ministerin, es gibt zwei Zwischenfragen.

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Ich möchte gern meine Ausführungen machen.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Gut. Also nein.

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Nein. – Zweitens, zum Thema Kosten: Auch da haben Sie eine Auskunft erhalten. Es ist eben bei den Reden der Abgeordneten der anderen Fraktionen zu Recht darauf hingewiesen worden, dass wir, wenn wir über Wissenschaft reden, über Freiheit von Forschung und Lehre reden.

(Zuruf von der AfD: Aber nicht von Sinnfreiheit!)

Diese Freiheit spiegelt sich in einer bestimmten Art der Finanzierung von Wissenschaft, nämlich indem wir unseren Hochschulen mehrjährige Globalbudgets geben. Innerhalb dieser Globalbudgets besteht weitgehende Freiheit, wie die Mittel eingesetzt werden. Bei der Finanzierung von Lehrstühlen oder von Räumen, Laboren oder von weiteren Personalkosten gibt es deshalb in diesem Bereich eben keine Abtrennung und Abrechnung, Teilfinanzierung von einzelnen Lehrveranstaltungen, Vorlesungen oder gar Forschungsprojekten, sondern innerhalb des Globalbudgets wird der allergrößte Teil abgebildet. Deswegen ist die Antwort, die ich Ihnen gegeben habe, schlicht und einfach korrekt.

(Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Aber Sie wissen nicht, was in den Hochschulen vorgeht!)

Es gibt keine saubere, klare Abgrenzung von einzelnen Forschungsvorhaben, die im Rahmen dieser Professuren durchgeführt werden, oder einzelner Veranstaltungen. Häufig ist bei dem Querschnittsthema Genderforschung natürlich das Genderthema auch ein Teilaspekt einer größeren Forschungsarbeit, sodass wir Ihnen keine sinnvolle und klar abgrenzbare Darstellung der Kosten geben können. Das habe ich Ihnen ausgeführt. Ich glaube, die Schwierigkeit, das zu verstehen, besteht darin, dass Sie mit der Freiheit von Forschung und Lehre und ihrer Finanzierung nicht wirklich etwas anfangen können.

(Beifall bei den Grünen und der Abg. Nicole Razavi CDU)

Jetzt zu dem Antrag und der dazugehörigen Kleinen Anfrage: Es hat uns ja jetzt nicht wirklich überrascht, dass die AfD einen solchen Antrag zur Debatte stellt. Das überrascht nicht im Geringsten; denn die AfD nutzt ja jede Gelegenheit, wenn es um Hochschulpolitik geht, gegen Genderforschung zu agitieren. Das machen Sie immer. Sobald die Themen Hochschule und Wissenschaft im Landtag zur Sprache kommen, legen Sie los mit Gender, Gender, Gender, hoch und runter.

(Zuruf von der AfD: Gender ist keine Wissenschaft!)

Nichts scheint Sie mehr zu erregen als die Genderforschung.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen – Zurufe von der AfD, u. a.: Die Vorgänge in Ludwigsburg regen uns auch auf! – Glocke des Präsidenten)

Nein, ganz im Ernst: Was regt Sie eigentlich so auf?

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Die Geldverschwendung!)

Das muss man sich ja wirklich fragen. Regt es Sie etwa auf, dass an den Hochschulen in Deutschland bundesweit ganze 192 Professuren eingerichtet sind, die sich zumindest teilweise mit Geschlechterfragen beschäftigen? Warum lösen diese 0,41 % aller Professuren in Deutschland bei Ihnen solch einen Beißreflex aus?

(Abg. Dr. Bernd Grimmer AfD: Weil es 0,41 % zu viel sind! – Gegenruf des Abg. Anton Baron AfD: Da hat er recht! – Glocke des Präsidenten)

Was regt Sie eigentlich so auf daran, dass z. B. Frauen bei einem Herzinfarkt andere Symptome zeigen als Männer und dass jahrzehntelang der Herzinfarkt als reine Männerkrankheit erfasst wurde, die Symptome bei Frauen nicht verstanden wurden und sie deswegen häufiger –

(Zuruf von der AfD: Das hat doch mit Gender nichts zu tun! – Lebhaftige Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Jetzt kommen Sie bitte wieder zur Ruhe. Die Frau Ministerin hat das Wort. Die AfD als antragstellende Fraktion hat noch fünf Minuten Redezeit. Da haben Sie Gelegenheit, all Ihre Argumente vorzubringen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Die Scheinargumente!)

Frau Ministerin, fahren Sie bitte fort.

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Danke.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: In diesem Zusammenhang weise ich darauf hin – das habe ich heute früh auch schon getan –, dass das Fotografieren und Filmen hier im Plenarsaal untersagt ist. Ich lasse gegebenenfalls auch Handys konfiszieren, wenn hier Filme gedreht werden und unter Umständen aus dem Saal ins Netz gestellt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der SPD und der FDP/DVP – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Machen Sie das! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sehr gut, Herr Präsident! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU – Heiterkeit)

Frau Ministerin, bitte.

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Also, was regt Sie daran so auf, dass der Herzinfarkt eine genderspezifische Untersuchung verlangt, um Todesraten und tödlich verlaufende Herzinfarkte insbesondere bei Frauen zu reduzieren? Was ist denn daran so ärgerlich,

(Abg. Emil Sänze AfD: Lenken Sie doch nicht ab!)

wenn jemand zu diesen Fragen forscht? Was ist denn das Problem, wenn die Technische Universität München – um ein weiteres Beispiel zu nehmen – einen Lehrstuhl für Genderstudies in den Ingenieurwissenschaften eingerichtet hat und dabei z. B. an der Frage der Organisationsentwicklung unter Gesichtspunkten der personellen Diversität arbeitet? Insbesondere viele Maschinenbauunternehmen erzählen uns ja –

(Ministerin Theresia Bauer)

und beklagen sich darüber –, dass sie gern mehr Frauen in ihrem Betrieb hätten. Die könnten doch auf solche Forschungen zurückgreifen. Was regt Sie daran so auf, dass dazu geforscht und gelehrt wird?

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Was stört Sie eigentlich daran, dass Forscherinnen und Forscher darüber nachdenken und sich fragen, wie sich die Hirnfunktionen von Männern verändern, wenn sie sich intensiv um ihre Kinder kümmern, oder wenn Forscher untersuchen, wie sich der Hormonhaushalt ändert, je nachdem, welche Verhaltensmuster man einstudiert? Was ist denn für Sie das Problem?

(Abg. Stefan Räßle AfD: Wir wollen wissen, wie viel es kostet!)

Was ist das Problem, wenn unterschiedliche Hormonpegel lange Zeit rein in Bezug auf das biologische Geschlecht diskutiert wurden

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

und wenn wir jetzt seit Neuestem wissen, dass auch das soziale Verhalten Einfluss nimmt? Das sind Fragen, die früher völlig ausgeblendet wurden; heute wissen wir mehr darüber. Was ist Ihr Problem? Was stört Sie daran, dass wir darüber Bescheid wissen sollen? Was ist für die AfD so schlimm daran? Sobald wir über die Themen Hochschule und Wissenschaft reden, müssen Sie regelmäßig und geradezu reflexartig darüber herfallen und fordern, die Förderung der Genderforschung einzustellen – und für Gleichstellung dann auch gleich mit.

Wo liegt denn das Problem, wenn die DFG, die größte Forschungsförderorganisation in Deutschland, vor Kurzem für die nächsten fünf Jahre ein großes Forschungsprojekt zum Thema „Recht, Geschlecht und Kollektivität“ bewilligt hat? Das Vorhaben hat sich in einem wettbewerblichen und gutachterlichen Verfahren durchgesetzt.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Da zweifle ich an dem Gutachter!)

Die Konkurrenz in diesem Bereich ist groß. Anträge mit Genderbezug sind da nicht mehr oder weniger erfolgreich, in der Bewertung nicht weniger gut oder schlecht als andere Bereiche auch. Etwa 30 % kommen durch, die anderen bewähren sich in der Auswahl eben nicht.

Wo ist das Problem, dass die DFG eine solche Art von Projekten finanziert – mit Steuergeldern, wohlgemerkt?

(Zurufe von der AfD: Oje!)

Was für eine Schwierigkeit haben Sie eigentlich damit, dass wir an der Universität Tübingen ein Zentrum für Gender- und Diversitätsforschung haben? Übrigens arbeitet an diesem Zentrum die ehemalige Staatsrätin Professorin Ammicht Quinn; sie war einmal Staatsrätin in der Landesregierung.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Es ist eine Einrichtung, die als Querschnittsaufgabe alle Forschungs- und Lehrprojekte mit Bezug zu Gender- und Diversitätsfragen zusammenführt und dafür sorgt, dass interdiszi-

plinär das Wissen zusammenkommen und weiterentwickelt werden kann.

(Abg. Anton Baron AfD: Forschen Sie lieber bei Batterietechnik!)

Was ist das Problem? Was bringt Sie daran so auf die Palme, dass Sie immer, wenn das Wort „Gender“ fällt, so aus der Fassung geraten?

(Abg. Anton Baron AfD: Weil das die Leute nicht brauchen!)

Kann es sein, dass es manche Dinge gibt, die einfach nicht so sind, wie Sie es gern hätten?

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Rüdiger Klos AfD: Jede Menge!)

Regt es Sie schlicht und einfach auf, dass manchmal die Grenzen nicht so klar sind, wie Sie es gern hätten,

(Abg. Bernd Gögel AfD: Das ist doch Ihr Geschäftsmodell!)

sodass Sie die Forschung über diese Fragen schlicht und einfach verbieten wollen? Mit anderen Worten: Kann es sein, dass das Thema „Freiheit der Wissenschaft“ gemäß Artikel 5 des Grundgesetzes für Sie ein Problem ist?

(Abg. Emil Sänze AfD: Nein, für Sie!)

Denn nichts anderes als ein Eingriff in die Freiheit der Wissenschaft ist es, wenn Sie – –

(Abg. Anton Baron AfD: Solange Sie da keine Steuergelder einsetzen! – Abg. Wolfgang Drexler SPD zur AfD: Sie wollen russische Verhältnisse! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Jetzt zitiere ich aus einem Beschluss Ihres AfD-Landesparteitags:

„Gender“-Lehrstühle sollen traditionellen Studiengängen zugeordnet und nicht wieder nachbesetzt werden.

Das ist nichts anderes als ein Eingriff in die Freiheit der Wissenschaft.

(Zurufe von der AfD – Glocke des Präsidenten)

Solch ein maßloses Verhalten kennen wir, wenn wir in die Welt von Autokraten in dem einen oder anderen Land blicken. Aber wir machen das nicht hier in Baden-Württemberg; das kann ich Ihnen sagen.

(Beifall bei den Grünen, Abgeordneten der CDU sowie der Abg. Gabi Rolland SPD und Dr. Timm Kern FDP/DVP)

Jetzt zu Ihren Schwierigkeiten – –

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abg. Wolle?

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Nein.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Nein.

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Jetzt zu Ihren Schwierigkeiten mit der Eindeutigkeit und zu Ihrem Schwarz-Weiß-Denken. Wir haben in Baden-Württemberg geschätzt 11 000 Menschen, die mit nicht eindeutigen Geschlechtsmerkmalen auf die Welt gekommen sind.

(Abg. Emil Sänze AfD: Das war schon früher so!)

Das passt halt nicht zu Ihrem ständigen AfD-Topos, dass es eben nur zwei Geschlechter gäbe – ich zitiere Sie wieder – und dass es auch hier keine Wahlfreiheit gäbe. Sie kommen mit der real existierenden Komplexität unserer Gesellschaft nicht klar

(Lachen bei der AfD)

und versuchen, es zu zwingen.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Diese 11 000 existierenden Menschen allein in Baden-Württemberg passen nicht in Ihr Bild und passen nicht in Ihre Raster und in Ihre Schwarz-Weiß-Denke. Deswegen wäre es Ihnen am liebsten, Sie könnten sie einfach verschwinden lassen, weil es Ihnen politisch nicht in den Kram passt.

(Abg. Emil Sänze AfD: Solche Ideologien verbreitet Ihre Partei! – Glocke des Präsidenten)

Deswegen kann ich Ihnen nur sagen: Wir verfolgen in Baden-Württemberg den entgegengesetzten Weg. Wir stellen im Rahmen des Aktionsplans „Für Akzeptanz & gleiche Rechte“ Mittel zur Verfügung, um diese Menschen zu unterstützen, die nicht ins Raster der AfD passen. Denn die Aufgabe von Politik ist es, gesellschaftlichen Zusammenhalt und einen anständigen Umgang miteinander zu fördern

(Zuruf von der AfD: Gut, dass Sie das sagen!)

und die Menschen darin zu bestärken, ihre Freiheit zu leben.

Deswegen, meine Damen und Herren: Ich gebe zu, ich weiß wirklich nicht, was die AfD so sehr an der Genderforschung aufregt.

(Abg. Thomas Axel Palka AfD: Dann reden Sie mal mit uns!)

Aber ich weiß, was mich aufregt, nämlich dass die AfD alles, was nicht in ihre kleine, enge Welt hineinpasst, verbieten will

(Beifall bei den Grünen, Abgeordneten der CDU und der SPD sowie des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP – Abg. Anton Baron AfD: Sie haben die Pflicht, uns die Kosten zu liefern!)

und dass Ihnen Wissenschaftsfreiheit und -autonomie offensichtlich egal sind.

(Zurufe von der AfD, u.a. Abg. Bernd Gögel: Diese kleine, enge Welt hat Ihren Wohlstand erschaffen! – Glocke des Präsidenten)

Lassen Sie sich eines gesagt sein: Die Freiheit von Wissenschaft und ihre Zwillingschwester, die Freiheit von Kunst, von der wir heute Morgen geredet haben, sind die Grundpfeiler unserer westlichen Ideengeschichte und unserer liberalen Demokratie.

(Abg. Emil Sänze AfD: Erhalten Sie sie doch! – Weitere Zurufe von der AfD – Glocke des Präsidenten)

Dass Sie das nicht schert, regt mich auf.

(Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Die AfD attackiert immer wieder und notorisch die Genderforschung. Heute Morgen, als die Staatssekretärin über Kunstfreiheit geredet hat, haben wir schon einmal darüber gesprochen: Diese notorischen, immer gleichen argumentativen Muster entsprechen ganz offensichtlich der Definition von Fanatikern, wie sie Winston Churchill formuliert hat.

(Vereinzelt Beifall)

Ich wiederhole noch einmal die Definition, die heute Morgen vorgetragen wurde:

Fanatiker sind Menschen, die ihre Ansichten nicht ändern können und das Thema nicht wechseln wollen.

Ich glaube, das passt. Genau so ist Ihr Umgang mit der Genderforschung. Vielleicht ist es das einzig Positive der Debatte am heutigen Nachmittag, dass sie belegt, was Geistes Kind die AfD eigentlich ist.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Deswegen – das zum Schluss –: Das Wissenschafts- und Kunstland Baden-Württemberg ist wachsam und weiß sich zu schützen vor Übergriffen auf den Wissenschafts- und Kunststandort.

(Zuruf von der AfD – Gegenruf von den Grünen: Das ist eine Frechheit! – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE zur AfD: Ist das das Einzige, was euch da drüben einfällt?)

Wir werden Sie im Auge behalten, im Blick behalten. Wir werden Übergriffe auf unser freiheitliches Wissenschafts- und Kunstsystem nicht zulassen. Darauf können Sie sich verlassen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Abg. Anton Baron AfD: Sie haben nichts geliefert!)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die AfD-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Rappke das Wort.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Jetzt geht es noch mal eine Etage tiefer! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE zur AfD: Ich dachte, er sei suspendiert! Dann haben Sie im Präsidium die Unwahrheit gesagt! – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Welchen Stellenwert hat eine Zusage von Herrn Gögel? – Zuruf: Man kann bis zum Bauchnabel sehen! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Abg. Stefan Räßle AfD: Das Sakko geht nicht mehr zu. Ich war im Urlaub. – Werte Damen und Herren!

(Anhaltende Unruhe)

Herr Präsident? – Eigentlich ist es ja schon peinlich, hier zu stehen

(Anhaltender lebhafter Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Lachen bei der AfD)

und über eine so sinnlose Sache zu sprechen.

(Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Diese Selbsterkenntnis ist prima! – Zuruf: Bravo!)

Es ist dieses Hohen Hauses eigentlich unwürdig, darüber zu sprechen, dass es einen Unterschied zwischen Männern und Frauen gibt.

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Es ist wirklich peinlich gegenüber dem Steuerzahler, dass man darüber sprechen muss, dass es Männer und Frauen gibt, dass es da Unterschiede gibt. Es ist absolut sinnlos, hier einen Gender-Mainstream, einen Hauptstrom etablieren zu wollen,

(Lachen bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Unruhe)

womit der Einheitsmensch gebildet werden soll – so eine Mischung zwischen Mann und Frau. Das ist doch Ihr Ziel. Sie wollen die Mischung zwischen einem Mann und einer Frau haben.

(Lachen bei den Grünen und der SPD – Glocke des Präsidenten)

Die Männer, die Jungs werden in den Kindergärten wie Frauen erzogen, und die Frauen werden in Männerberufe hineingetrieben, werden wie Männer erzogen. Wohin soll das noch führen?

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Ich gehe jetzt einmal auf die Wortbeiträge der Vorredner ein; ich habe nicht mehr allzu viel Zeit.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den Grünen sowie Abgeordneten der FDP/DVP)

Frau Lösch und Frau Rolland, Sie haben genauso wie die Wissenschaftsministerin Artikel 5 Absatz 3 des Grundgesetzes zitiert, in dem die Wissenschaftsfreiheit steht. Ja, das ist sehr gut. Wie ist es dann aber mit dem Grundgesetz vereinbar, dass es im Landeshochschulgesetz einen § 4 zu den Gleichstellungsbeauftragten gibt, die nicht nur eine Quote erzielen sollen, sondern die direkt in den Wissenschaftsbetrieb einwirken, wo männliche Professoren abgewiesen werden, weil sie das falsche Geschlecht haben? Ist das etwa grundgesetzkonform?

Eine Gleichstellungsbeauftragte muss demzufolge weiblichen Geschlechts sein, obwohl sie sich nach der Definition von Frau Lösch ja angeblich um die Bedürfnisse von Männern und

Frauen kümmern soll. Wie kann es sein, dass da nur Frauen zulässig sind?

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Wird dadurch vielleicht nicht nur Grundgesetzartikel 5 angegriffen, sondern auch noch Artikel 3? Dort steht klar und deutlich:

Niemand darf wegen seines Geschlechtes ... bevorzugt werden.

Das steht 1 : 1 im Grundgesetz. Es dürfen auch keine Frauen bevorzugt werden, auch nicht bei Professuren.

(Beifall bei der AfD – Zuruf der Abg. Gabi Rolland SPD)

Also ist § 4 des Landeshochschulgesetzes grundgesetzfeindlich.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Klagen Sie doch mal dagegen! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Das ist nicht konform mit dem Grundgesetz.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Jetzt! – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD – Glocke des Präsidenten)

Es wird auch nicht von der Geschlechterforschung gesprochen, wie es Herr Weinmann hier suggeriert hat, sondern diese Genderlehrstühle, die wir in Baden-Württemberg haben, sind Frauen- und Geschlechterforschungslehrstühle, aber keine Männer- und Geschlechterforschungslehrstühle.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das wäre aber schon mal interessant!)

Es geht um Frauen- und Geschlechterforschung. Das heißt, dies ist nichts anderes als ein reiner Staatsfeminismus, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD – Lachen bei den Grünen und der Abg. Nicole Razavi CDU – Abg. Reinhold Gall SPD: Um Gottes willen!)

Das muss man auch klar einmal so benennen. Hier geht es um eine Besserstellung der Frauen – teilweise ungebildeter Frauen – im Wissenschaftsbetrieb.

(Lachen bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist doch peinlich! – Lebhaftige Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Hier werden teilweise kompetenzlose Leute

(Abg. Reinhold Gall SPD: Unglaublich!)

in den Wissenschaftsbetrieben, in den Universitäten in höchste Positionen gehievt,

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Wir haben solche auch im Parlament, z. B. Sie! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

(Stefan Räßle)

und top ausgebildeten Männern wird die Tür vor der Nase zugeschlagen.

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Das ist die Realität an den Hochschulen.

An der Pädagogischen Hochschule Freiburg, in deren Hochschulrat ich von 2009 bis 2012 Mitglied war, wurde im Jahr 2011 die Doktrin ausgegeben, dass jeder einzelne Professor, der an der Pädagogischen Hochschule neu beginnt, in einem Fach Genderinhalte unterrichten muss. Inwiefern, bitte, ist das kein Eingriff in die Wissenschaftsfreiheit laut Artikel 5 des Grundgesetzes? Das frage ich Sie.

(Beifall bei der AfD)

Diejenigen Professoren, die nicht Genderinhalte vermitteln, werden an der Pädagogischen Hochschule nicht zugelassen. Das ist ein klarer Eingriff in die Wissenschaftsfreiheit. Hier werden also Lügenmärchen erzählt – von der Regierung. Ich bin fassungslos!

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Warum sind Sie denn so aggressiv? – Unruhe)

– Ich bin deshalb so aggressiv – – Das versteht die CDU nicht. Das hat man auch bei Ihrer Kollegin, Frau Neumann-Martin, gehört.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Die war nicht aggressiv!)

Sie hat gesagt, dieses Thema wäre ein irrelevantes Thema.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich sage Ihnen: Ich bin deswegen so erzürnt, weil das für unsere Gesellschaft ein sehr relevantes Thema ist. Ich sage Ihnen eines: Ziel des Gender-Mainstreams,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Unruhe)

Ziel des Einheitsmenschen ist es, eine sexuell orientierungslose und identitätslose Gesellschaft zu begründen und damit einhergehend die Zerschlagung der Familien zu erreichen –

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ich kann Ihnen einen guten Arzt empfehlen!)

die Zerschlagung der Familien!

(Beifall bei der AfD – Dem Redner wird das Ende seiner Redezeit angezeigt.)

Denn daraus entwickeln sich bindungslose, orientierungslose Kinder – mein letzter Satz –, die als zukünftige Untertanen und als Stimmvieh für Sie fettgefressenen Politiker und als Sklaven der Wirtschaft dienen.

Vielen Dank.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten – Abg. Reinhold Gall SPD: Jetzt ist's aber gut! – Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Das ist ja unglaublich! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE zur AfD: Sie haben das Präsidium belogen! – Abg. Bernd Gögel AfD: Ich hoffe, dass Sie das protokolliert haben, was er hier gesagt hat! – Weitere Zurufe – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Den einen Punkt, Herr Kollege Sckerl, der die Aussage des AfD-Fraktionsvorsitzenden bezüglich des Kollegen Räßle betrifft, werden wir im Präsidium klären. Das ist hier nicht Gegenstand der Beratung.

Lieber Kollege Räßle, es gehört sich nicht in diesem Hohen Haus, dass man sich als Kollegen gegenseitig auf diese Art und Weise beleidigt. Ich bitte Sie, das in Zukunft zu unterlassen.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 16/1218. Hierzu liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3856, vor, der die Einfügung eines neuen Abschnitts II begehrt. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zum ursprünglichen Berichtsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/1218, der für erledigt erklärt werden kann. – Sie stimmen dem zu.

Damit ist Punkt 8 der Tagesordnung erledigt.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet morgen, 12. April 2018, um 9:30 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 17:52 Uhr

Vorschlag

der Fraktion der AfD

Umbesetzungen im Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Funktion	scheidet aus	tritt ein
Mitglied	Sänze	Stein
Stellvertretendes Mitglied	Stein	Palka

10.04.2018

Gögel, Baron und Fraktion